Historische Tatsachen Nr. 104

SIEGFRIED EGEL

Dokumentation zum Rußlandfeldzug



Pressekonferenz im Auswärtigen Amt am 22. Juni 1941, 6 Uhr morgens. Ribbentrop gibt die Kriegserklärung an die Sowjetunion bekannt. Sitzend (im Bild v. lks.) Staatssekretär Ernst v. Weizsäcker, Reichspressechef Dr. Otto Dietrich und der Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter Paul Schmidt.

"Das **Lenin/Stalin**sche System hat nach stichhaltigen und plausiblen Nachforschungen sowjetischer und russischer Systemkritiker von 1917 bis hin zu **Stalins** Todesjahr 1953 einschließlich der Kriegsverluste von 1941 bis 1945 fast 100 Millionen Menschenleben gefordert. Allein bis Kriegsausbruch Juni 1941 hatte das bolschewistische Gewaltregime **Lenins** und **Stalins** ca. 67 Millionen Menschen gefordert.

Stalin hat eine blutige Spur durch das 20. Jahrhundert und durch Europa gezogen. Es gehört zu den nicht zu bewältigenden und unfaßbaren Geschichtstatsachen, daß sich Staaten wie die USA und England mit einem Regime des Massenmords zu verbünden wagten und die Niederwerfung des Deutschen Reiches und Volkes als humanitäre Großtat und als Befreiung bezeichneten."

Fritz Becker, "Stalins Blutspur durch Europa -- Partner des Westens 1933 - 45", Kiel 1995, Arndt Verlag, S. 6.

Zu dieser ***HT***-Ausgabe vergl. insg.: Erich Sommer, "Das Memorandum -- Wie der Sowjetunion der Krieg erklärt wurde", München - Berlin 1981.

Historische Tatsachen Nr. 104

-- Wissenschaftliche Schriftenreihe --

SIEGFRIED EGEL

Dokumentation zum Rußlandfeldzug

The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Das Foreign Office hatte 1944 eine "Kriegsverbrecherliste" zusammengestellt

Diese lag

*"auf derselben Linie wie die dazu von **Morgenthau** gemachten und von **Roosevelt** für gut befundenen Vorschläge.*

*Nach einer kurzen Erörterung des Themas am 15. September 1944, bei der **Roosevelt** sich noch einmal stark machte für eine Erschießung der »Naziführer« ohne jegliche Verhandlung, einigten sich **Roosevelt** und **Churchill**, die Vorschläge von Lord **Simons** ebenso wie die Liste Marschall **Stalin** zukommen zu lassen.*

Von amerikanischer und britischer Seite waren die Exekutionen somit zum Programm erhoben."

Burkhard Schöbener "Die amerikanische Besatzungspolitik und das Völkerrecht, Frankfurt/M - Bern - New York - Paris 2001, S. 117 -- in "Schriften zum Staats- und Völkerrecht", Ausgabe 45 hrsg. v. Prof. Dr. Dieter Blumenwitz.

"Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Die historische Wahrheit lasse sich nicht aufhalten, auch wenn sie unter Strafe gestellt werde. Wissenschaft muß die Chance haben, die Dinge so darzustellen, wie sie sich aus den Quellen ergeben und nicht so, wie sie dargestellt werden sollen."

Verleger **Dr. Herbert Fleissner** anläßlich der Hutten-Preisverleihung auf dem Kongreß der Gesellschaft für freie Publizistik im April 2008

645 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 -- USA
2008

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

Barnes Review
P.O. Box 243
Uckfield
East Sussex TN 22 9AW
England

Barnes Review
Siegfried Verbeke
Posbus 46
B 2600 Berchem 1

Deutschland: Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung
Postfach 1643, D 32590 Vlotho/Weser

ISSN 0176 - 4144

INHALT

VERLAG FÜR VOLKSTUM UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

POSTFACH 1643 D 32590 VLOTHO/ WESER

liefert weiterhin alle in der Bundesrepublik lieferbaren Schriften aus

Tel: 05733/2157; Fax: 05733/4419

Wissenschaftliche Schriftenreihe

von Dipl. Pol. Udo Walendy

Historische Tatsachen, je 40 Seiten, ill. = 5,-- €

- Nr. 1 Kriegs-, Verbrechens- oder Propagandaopfer? (in der BRD vernichtet)
- Nr. 2 Die Methoden der Umerziehung
- Nr. 3 Der Nürnberger Prozeß (in der BRD vernichtet)
- Nr. 4 Verrat an Osteuropa
- Nr. 5 NS-Bewältigung
- Nr. 6 Realitäten im Dritten Reich
- Nr. 7 Der moderne Index
- Nr. 8 Zum Untergang des Dritten Reiches
- Nr. 9 Holocaust nun unterirdisch?
- Nr. 10 Deutsch-israelische Fakten
- Nr- 11 Deutsches Schicksal Westpreußen
- Nr. 12 Das Recht, in dem wir leben
- Nr. 13 Behörden contra Historiker
- Nr. 14 Moskau 1940 kriegsentschlossen
- Nr. 15 Kenntnismängel der Alliierten (in der BRD vernichtet)
- Nr. 16 Einsatzgruppen im Verbande d. Heeres, I. Teil
- Nr. 17 " " " " , II. Teil
- Nr. 18 A. Eichmann + die "Skelettsammlung"
- Nr. 19 Die Einheit Deutschlands
- Nr. 20 Die Schuldfrage des 1. Weltkrieges
- Nr. 21 Strafsache wissenschaftliche Forschung
- Nr. 22 Die alliierte Kriegspropaganda 1914 - 1918
- Nr. 23 Zigeuner bewältigen ½ Million (in der BRD indiziert)
- Nr. 24 Massentötungen oder Desinformation? (in der BRD indiziert)
- Nr. 25 Macht + Prozesse = Wahrheit?
- Nr. 25 a = <u>Registerheft</u> für die Nr. 1 - 25

- Nr. 26 Transferabkommen im Boykottfieber 1933
- Nr. 27 Empfohlene Vorbilder
- Nr. 28 Polens imperialistischer Volkstumskampf 1919 - 1939
- Nr. 29 Amtliche Lügen straffrei -- Bürgerzweifel kriminell
- Nr. 30 Professorin geworden
- Nr. 31 Die Befreiung von Auschwitz 1945
- Nr. 32 Die Organisation Todt
- Nr. 33 Der sowjetische Kommissionsbericht v. 7.5.1945
- Nr. 34 Beschämende Sprüche -- Praxis der anderen
- Nr. 35 Die Wannsee-Konferenz v. 20.1.1942
- Nr. 36 Ein Prozeß, der Geschichte macht (in der BRD vernichtet)
- Nr. 37 Siebzig Jahre Versailles
- Nr. 38 Endlösung für Deutsche (in der BRD vernichtet)
- Nr. 39 Zur Schuld am 2. Weltkrieg
- Nr. 40 = 14 Tage zuvorgekommen
- Nr. 41 US-amerikanische Konzentrationslager
- Nr. 42 "*Andere beleidigt*" stimmt nicht
- Nr. 43 Politkriminologie
- Nr. 44 Der Fall Treblinka (in der BRD vernichtet)
- Nr. 45 Lügen um Himmler -- I. Teil
- Nr. 46 Korrespondenzschwindel im Ärzteprozeß 1945/1946
- Nr. 47 Lügen um Himmler -- II. Teil
- Nr. 48 Das verbrecherische System
- Nr. 49 Dokumente, die manchen das Staunen lehren
- Nr. 50 Wirbel um den Leuchter Bericht
- Nr. 50 a <u>Registerheft</u> für die Nr. 26 - 50

- Nr. 51 Babi Jar -- Die Schlucht mit 31.711 ermordeten Juden?
- Nr. 52 Weitergehende Forschung } (in der BRD vernichtet)
- Nr. 53 Entstellte Geschichte }
- Nr. 54 Verteidigung oder internationale Aggression?
- Nr. 55 Diffamierte Medizin im Dritten Reich
- Nr. 56 Herrschaft im Namen des Volkes?
- Nr. 57 F.D. Roosevelts Schritte in den 2. Weltkrieg I. Teil
- Nr. 58 F.D. Roosevelts Schritte in den 2. Weltkrieg II. Teil
- Nr. 59 Polens Umgang mit der historischen Wahrheit } (in der BRD vernichtet)
- Nr. 60 Naturwissenschaft ergänzt Geschichtsforschung }
- Nr. 61 Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich I. Teil }
- Nr. 62 Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich II. Teil
- Nr. 63 Immer neue Bildfälschungen I. Teil
- Nr. 64 Immer neue Bildfälschungen II. Teil (in der BRD vernichtet)
- Nr. 65 Aspekte jüdischen Lebens im 3. Reich III. Teil
- Nr. 66 Notwendige Forschungsanliegen } (in der BRD vernichtet)
- Nr. 67 Kriminalisierte Geschichtsforschung }
- Nr. 68 US-Amerikanische Kriegsverbrechen }
- Nr. 69 Ausgehebelte Grundrechte
- Nr. 70 Israel = Vorkämpfer für die Zivilisation?
- Nr. 71 Fakten zum Kriegsausbruch 1939
- Nr. 72 Vorgeschriebene Einheitsmeinung I. Teil
- Nr. 73 Vorgeschriebene Einheitsmeinung II. Teil
- Nr. 74 Nicht zur Entscheidung angenommen
- Nr. 75 Bemerkenswertes
- Nr. 75 a <u>Registerheft</u> für die Nr. 51 - 75

- Nr. 76 Viktor Brack in der "Kanzlei des Führers"
- Nr. 77 "Vv"-Sträfling Walendy
- Nr. 78 Vom US-Geheimdienst übernommen
- Nr. 79 Präsident Woodrow Wilson
- Nr. 80 Rechtsstaatliche und friedliebende USA?
- Nr. 81 Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland?
- Nr. 82 Prozeß 1924 -- Dokumentenfälschung 1945
- Nr. 83 Ausländer im Dritten Reich
- Nr. 84 Streiflichter zum Kriegsgeschehen 1939 - 1945
- Nr. 85 Sudetendeutsche Passion
- Nr. 86 Souveränität der uneingeschränkten Solidarität
- Nr. 87 "Erkenntnisse" von Albert Speer
- Nr. 88 Die Weimarer Republik im Visier der Globalisten
- Nr. 89 Der vermutete "Röhm-Putsch"
- Nr. 90 Neue Offenkundigkeiten
- Nr. 91 Mauthausen-Klärung (in der BRD indiziert)
- Nr. 92 Geschehen zum Kriegsende
- Nr. 93 Vaterlandslos
- Nr. 94 Tätervolk?
- Nr. 95 Sowjetisch-jüdische Tätergemeinschaft?
- Nr. 96 Geheimnisse um Heinrich Himmler
- Nr. 97 Ein Volk, ein Reich
- Nr.98 Internationale Rote Kreuz Akten
- Nr. 99 "Dokumentierte" Geschichten
- Nr. 100 Auswirkungen alliierter Kriegspropaganda
- Nr. 100a <u>Registerheft</u> für die Nr. 76 - 100

- Nr. 101 "Revision des Geschichtsbildes verboten"
- Nr. 102 Obrigkeit im Clinch mit der Wahrheit
- Nr. 103 Desinformationsagenten weiter aktiv
- Nr. 104 Dokumentation zum Rußlandfeldzug

Spezialeinbände

für Nr. 1 - 25 a; -- Nr. 26 - 50 a; -- Nr. 51 - 75 a; -- Nr. 76 - 100 = je 11,50 €. Aus postalischen Gründen muß mindestens 1 *HT*-Heft beiliegen, daher bei Einzelbestellung = 16,50 €.

"Unbegrenzter nationaler Notstand der USA"

Stalins Prinzip war einfach: Er und die kommunistische Partei haben immer recht; was sie auch tun, es dient dem Frieden, der Humanität und Gerechtigkeit. Um der Weltrevolution willen sind Lügen, Betrug, Massenmord, Aggressionen legitim. Wer sich entgegenstellt, hat immer schuld; auf Einzelheiten kommt es nicht an.

Sein verbündeter US-Präsident **F.D. Roosevelt,** Repräsentant des zweitgrößten Staates der Erde, hielt es für sich und die "westliche Welt" genauso. Lügen gehörten zur Domäne seiner eigenen Aggressionspolitik. Einen Monat vor Beginn des Rußlandfeldzuges -- am 27. Mai 1941 -- rief er den

Unbegrenzten nationalen Notstand der USA

aus:

"In Anbetracht dessen, daß eine Folge von Ereignissen offenbar macht, daß die Ziele der kriegführenden Achsenmächte in solchem Kriege nicht auf jene begrenzt sind, die sie an seinem Anfang bekanntgaben, sondern den völligen Umsturz der Welt der gegenwärtigen demokratischen Ordnung und eine weltumfassende Herrschaft über Völker und Wirtschaft durch die Zerstörung allen Widerstandes zu Land und See und in der Luft einschließen . ..." [1]

Doch dies geschah nicht, weil das Riesenimperium des Bolschewismus zum Sprung auf Europa ansetzte, sondern weil angeblich *Deutschland*, das weder Willen noch Chancen hatte, die USA zu bedrohen und sich bereits des Kriegserklärers Großbritannien und totaler Blockade zu erwehren hatte, *"die Welt erobern wollte"*.

Diesen verlogenen "Argumenten" und Grundhaltungen **Roosevelts** und **Stalins** glichen auch die Parolen ihrer Alliierten, die meinten, Krieg gegen Deutschland führen und über das deutsche Volk richten zu sollen. Ende Mai/ Juni 1941 sah sich die Reichsregierung den weltgeschichtlich größten Kriegsbedrohungen gegenüber.

Zur Schuld am Rußlandfeldzug 1941

Nahezu 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges geistern immer noch die absurdesten und verlogensten Schuldzuweisungen für den Rußlandfeldzug 1941 gegen Deutschland bzw. **Adolf Hitler** seitens der Politiker, Medien und "Geschichtsbücher" durch die Welt, obgleich die bolschewistische Weltherrschafts-Zielsetzung, die unfaßlich hochgerüstete Industrie der UdSSR und das 1939 - 1941 unverhohlen erpreßte Vordringen **Stalins** über Finnland ins Baltikum, nach Polen, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien weltweit bekannt waren. Auch war den eingeweihten Regierungskreisen der gigantische Truppenaufmarsch der Roten Armee an der gesamten Westfront zum Überfall auf Europa schon 1941 über Geheimdienste, Diplomatie und sogar Presse vermittelt worden. **Roosevelt** und **Churchill** hatten zur Forcierung eines deutsch-sowjetischen Krieges der Sowjetunion schon Monate vor dem Juni 1941 bedeutendes Kriegsmaterial geliefert! Internationale Forscher haben dies später in vielfältigen Einzelheiten bestätigt.

Jüngstes Beispiel der im dienstbeflissenen Umerziehungs-Opportunismus verstrickten "Geschichtsschreiber" lieferte **Bogdan Musial** mit seinem Buch "Kampfplatz Deutschland -- **Stalins** Kriegspläne gegen den Westen".[2] Er bestätigte an Hand sowjetischer Archivunterlagen eindeutig die weltweit einzigartige industrielle Hochrüstung, den Aufmarsch der sowjetischen Streitkräfte -- *"explizit auf den Angriffskrieg gegen Deutschland"* [2) S. 465] -- dicht an den westlichen Staatsgrenzen, doch verharmloste er alle diese Fakten wieder. So verwies er auf Produktions- und Organisationsmängel im sowjetischen Staatsgefüge und "stellte fest", **Hitler** habe von den gefährlichen Vorbereitungen **Stalins** gar *"nichts geahnt"*,[2) S. 465] sondern sei statt dessen von *"seiner Idee des Lebensraumerwerbs"*, ja der *"Weltherrschaft besessen"* gewesen[2) S. 462] und habe in unverantwortlicher Weise selbstverschuldet für Deutschland den Zweifrontenkrieg eröffnet. Deshalb sei **Adolf Hitler** nicht zu einem Präventivkrieg berechtigt gewesen. So sei **er** der *"verbrecherische Aggressor"*, denn er habe schließlich "angefangen". Beweise brauchte dieser zu spät Geborene für solche "Schlußfolgerungen" nicht. Nicht einmal einen Blick in die Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik hatte er dafür nötig.

Dabei hätte bereits ein Blick in diese Akten, die bekanntlich allein von Vertretern der westlichen Siegermächte (Großbritannien, Frankreich, USA) herausgegeben worden sind, genügt, um einen solchen Unsinn zu widerlegen.

In Bezug auf die Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges ist festzustellen, daß eine solche Fülle von authentischen Dokumenten bereits 1941 der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht worden war, die allein schon genügen würde, die dem Reichskanzler unterstellten kriegs- und eroberungslüsternen Motive eines von allen internationalen Zusammenhängen abgehobenen Diktators zu widerlegen. Bei den Herausgebern der Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik fällt auf, daß den vor-

1) Deutsches Institut für außenpolitische Forschung, Berlin (Hrsg.), ***Monatshefte für auswärtige Politik***, 8. Jahrgang 1941, Berlin - Braunschweig - Wien, S. 563. -- Vgl. auch ***HT*** Nr. 58, insb. S. 22 ff.

2) Bogdan Musial, "Kampfplatz Deutschland -- Stalins Kriegspläne gegen den Westen", Berlin 2008, Propyläen Verlag, Ullstein Buchverlage. - - .Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 103, S. 3 ff.

sortierenden Umerziehern angesichts der ungeheueren Fülle an Dokumentenbeständen für 1941 entweder inzwischen die Lust oder die Fantasie, vielleicht auch das Personal, das Geld oder die Zeit fehlte, um dieselbe Intensität ihres Eifers für Fälschungen zu entwickeln, wie sie dies in bezug auf die Jahre 1938/1939/1940 getan haben.

Für das Jahr 1941 begnügten sie sich offensichtlich mit dem Aussortieren unerwünschter Papiere. Ihnen war dabei natürlich klar, daß man mit dieser Methode ebenfalls den Effekt einer Verfälschung der Zusammenhänge erzielen kann. Das eine wie das andere -- Fälschungen und Aussortierungen -- findet sich in den ADAP als amtliche Publikation des Auswärtigen Amts der Bundesregierung.

So findet man zahlreiche sowjetische Beschwerden über Verletzung der russischen Lufthoheit durch deutsche Flugzeuge, aber keine einzige deutsche Beschwerde über Verletzung des deutschen Luftraumes durch sowjetische Aufklärer. Auch die erstaunte Frage des sowjetischen Außenkommissars **Molotow** an den deutschen Botschafter in Moskau, **Graf von der Schulenburg** am 21. Juni 1941, er verstünde die Gründe gar nicht, warum die deutsche Regierung offenbar mit der sowjetischen Regierung unzufrieden sei, findet sich in den ADAP.

Doch man sucht im Band XII der Serie D 1937 - 1941 (6. April bis 22. Juni 1941) ganz entscheidende Dokumente vergebens: So z.B. das der internationalen Pressekonferenz von Reichsaußenminister **v. Ribbentrop** am frühen Morgen des 22. Juni 1941 vorgetragene und wenige Stunden zuvor dem sowjetischen Botschafter in Berlin, **Dekanosow**, übergebene "Memorandum der Reichsregierung" über die Gründe ihres militärischen Vorgehens gegen die UdSSR sowie die zugehörigen OKW-Meldungen und den Bericht des Reichsinnenministers Dr. **Wilhelm Frick** und des Reichsführers SS **Heinrich Himmler** über die Agitations-, Zersetzungs- und Sabotagearbeit der Komintern innerhalb des deutschen Machtbereichs.

Zwar weisen die Herausgeber der ADAP darauf hin, man könne diese Dokumente in den seinerzeitigen ***Monatshefte für Auswärtige Politik*** von 1941 Heft 7, S. 545 ff nachlesen, doch wer kann das schon angesichts der systematisch "gesäuberten" Bibliotheken nach 1945?

Einem mehr oder weniger als Zufall zu bezeichnendem Umstand ist es zu danken, daß dem Verfasser ein noch 1944 in Berlin erschiener Band "Dokumente der Deutschen Politik -- Der Kampf gegen den Osten 1941" [3)]

mit dem zeitgenössischen Stempel "ausgeschieden aus Hist. Sem. Hamburg"

zur Verfügung stand.

Dieser Stempel ist zweifelsohne nicht für diesen Dokumentenband allein angefertigt worden, sondern für umfangreichen Bedarf! "Demokratisch zu erziehende" Studenten bedürfen schließlich anderer Literatur. Schüler werden in der Bundesrepublik z.Zt. bereits "in Versuchsprojekten" mit Comics für Geschichtsvermittlung versorgt.

Geht man diese Dokumentenpublikation durch, so erstaunt die umfangreiche und sorgfältige Arbeit, die mit dieser Zusammenstellung verbunden ist, zumal wenn man die Kriegslage 1944 in Deutschland bedenkt.

Noch etwas ist auffallend: Man findet in diesen Dokumenten nirgendwo irgendwelche verleumderische Hetze oder gar Greuellügen gegen irgendeinen der Gegner Deutschlands, sondern ausschließlich sachgerechte Argumentation! Die nachfolgend hier in der ***HT***-Ausgabe abgedruckten Dokumente über Ursachen und Zusammenhänge des Rußlandfeldzuges belegen -- wie alle übrigen Dokumente ebenfalls --, daß

1.) sämtliche außenpolitischen Entscheidungen **Hitlers** sich aus vielfältigsten Informationen anderer Menschen und auch Regierungen als Folgerungen und Konsequenzen ergeben haben und nicht eine einzige einem ihm zuzuschreibenden willkürlichen, eigenmächtig vorher konzipierten Wahn oder "Plan",

2.) Adolf Hitler niemals einem Untergebenen befohlen hat, irgendwelche Lügen zu lancieren, um von ihm "gewollte Aggressionen" in die Wege zu leiten,

3.) es keiner Lügen bedurfte und auch solche nicht verwendet wurden, um der deutschen Wehrmacht den Präventivschlag gegen die UdSSR für den 22. Juni 1941 zu begründen, sondern die von deutscher Seite vorgetragenen Sachverhalte eindeutig den Tatsachen entsprochen haben. Daß man dabei in Berlin die militärische Stärke der Sowjetarmee nicht in vollem Ausmaß hatte erkennen und auch die Intensität der seinerzeitigen politischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, Großbritannien und den USA nicht genügend hatte durchschauen können, ändert an diesem Sachverhalt nichts.

Deutschland war bereits 1939 von kriegs- und vernichtungswilligen Imperialmächten eingekreist. Deren Initiativen waren vor Kriegsausbruch am 1. September 1939 auf Vernichtung Deutschlands bzw. bedingungslose Kapitulation abgestellt!

Es gibt kein einziges Dokument dieser Imperialmächte Großbritannien, USA oder der Sowjetunion -- sieht man von Täuschungs- und im Sinne Lenins "taktischen" Dokumenten und Verträgen ab --, das belegen würde, dem Deutschen Reich sei ab Frühsommer 1939 eine Friedenschance belassen worden!

3) Prof. Dr. F. A. Six (Hrsg.) "Dokumente der deutschen Politik -- Der Kampf gegen den Osten 1941", Teil 1, bearbeitet von Dr. Hans Volz, Berlin 1944, Band 9 / Teil 1, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Reihe: Das Reich Adolf Hitlers, Verlag Junker und Dünnhaupt AG.

*) Die Fußnotenvermerke innerhalb der nachfolgend abgedruckten Dokumente folgen den Fußnoten dieses Buches (z.B. Fn.8). "oben" bedeutet Verweis auf vor dem Textabschnitt im Buch abgedruckt, "unten" nach dem Textabschnitt im Buch abgedruckt.

Historische Dokumentationen:

Note des Ausw. Amtes an die Sowjetregierung vom 21. Juni 1941 [*)+1)]

I.

Als die Reichsregierung, bestimmt von dem Wunsche, zwischen Deutschland und der UdSSR. einen Ausgleich der Interessen zu finden, sich im Sommer 1939 an die Sowjetregierung wandte, war sie sich darüber im klaren, daß die Verständigung mit einem Staate, der einerseits seine Zugehörigkeit zu der Gesellschaft der Nationalstaaten mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten vertrat, der aber andererseits von einer Partei beherrscht wurde, die als Sektion der Komintern die Verbreitung der Weltrevolution, also die Auflösung dieser Nationalstaaten anstrebte, keine leichte Aufgabe sein würde. Unter Zurückstellung der schwerwiegenden Bedenken, die sich aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit in der politischen Zielsetzung Deutschlands und Sowjetrußlands und aus dem scharfen Gegensatz der sich diametral gegenüberstehenden Weltauffassungen des Nationalsozialismus und des Bolschewismus ergaben, hat die Deutsche Reichsregierung diesen Versuch unternommen. Sie ließ sich hierbei leiten von dem Gedanken, daß die durch eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland bedingte Ausschaltung eines Krieges und die damit zu erreichende Sicherstellung der realen Lebensbedürfnisse der beiden sich von jeher freundschaftlich gegenüberstehenden Völker die beste Gewähr gegen eine weitere Ausbreitung der kommunistischen Doktrinen des internationalen Judentums nach Europa bieten würden. Sie wurde in dieser Annahme dadurch bestärkt, daß gewisse Vorgänge in Rußland selbst und gewisse Maßnahmen der Russischen Regierung auf internationalem Gebiet eine Abkehr von diesen Doktrinen und von der bisherigen Methode der Zersetzung fremder Völker zumindest als möglich erscheinen ließen. Die Aufnahme, die der deutsche Schritt in Moskau erfuhr, und die Bereitschaft der Sowjetrussischen Regierung, einen Freundschaftspakt mit Deutschland zu schließen, schienen diesen Wandel zu bestätigen. So kam es am 23. August 1939 zum Abschluß des Nichtangriffspaktes[2] und am 28. September 1939 zur Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsabkommens[3] zwischen den beiden Staaten.

Der Kern dieser Verträge bestand

1. in der gegenseitigen Verpflichtung der beiden Staaten, sich nicht anzugreifen und in friedlicher Nachbarschaft zu leben, und

2. in einer Abgrenzung der Interessensphären durch einen Verzicht des Deutschen Reichs auf jede Einflußnahme in Finnland, Lettland, Estland, Litauen und Bessarabien, während die Gebiete des ehemaligen polnischen Staates bis zur Linie Narew-Bug-San auf Wunsch der Sowjets Rußland eingegliedert werden sollten[4].

Tatsächlich hat die Reichsregierung mit dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Rußland auch sofort eine grundsätzliche Umstellung ihrer Politik gegenüber der UdSSR. durchgeführt und seit diesem Tage eine freundschaftliche Haltung zur Sowjetunion eingenom-

---

1) *Völkischer Beobachter* (*VB.*) vom 23. Juni 1941; *Monatshefte für Auswärtige Politik* Jahrg. 8 (1941), S. 551 - 563.
Am 22. Juni 1941 morgens 6 Uhr teilte Reichsaußenminister **von Ribbentrop** in Anwesenheit von Vertretern der in- und ausländischen Presse im Bundesratssaal des Auswärtigen Amtes zu Berlin durch den Rundfunk der Öffentlichkeit mit, er habe den Botschafter der Sowjetregierung **Dekanosow** (über ihn vgl. oben S. 179 Anm. 1) empfangen und ihm zur Kenntnis gebracht, daß gegenüber der deutschfeindlichen Politik der Sowjetregierung und der Bedrohung der deutschen Reichsgrenzen durch den ungeheuren Aufmarsch der Roten Armee die Reichsregierung mit dem heutigen Tage zu militärischen Abwehrmaßnahmen geschritten sei (gleichzeitig [um 5.30 Uhr] hatte auch der deutsche Botschafter in Moskau **Friedrich Werner Graf von der Schulenburg** dem sowjetrussischen Außenkommissar **Molotow** dieselbe Mitteilung gemacht). Nach anschließender Verlesung der obigen Note gab **Ribbentrop** folgende Erklärung (*VB.* vom 23. Juni 1941) ab:
"Zur Beleuchtung der aggressiven und destruktiven Politik der Sowjets werden weitere Dokumente veröffentlicht, die eindeutig beweisen, daß die Sowjetunion mit Sabotage und Zersetzungspropaganda die Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschland betrieb.
Der Weltöffentlichkeit werden folgende Dokumente übegeben:
Ein Bericht des Auswärtigen Amtes über die Propaganda und politische Agitation der Sowjetregierung [vom 24. Juni 1941: unten S. 222 - 236 (Dok. 28)].
Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht an die Reichsregierung über den sowjetrussischen Aufmarsch gegen Deutschland [oben S. 154 - 166 (Dok. 21)].
Ein Bericht des Reichsministers des Innern und des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei an die Reichsregierung über die gegen Deutschland und den Nationalsozialismus gerichtete Zersetzungsarbeit der UdSSR. [vom 10. Juni 1941; oben S. 166 - 183 (Dok. 22)].
Diese Dokumente beweisen unwiderleglich die Ziele und Absichten der Moskauer Machthaber. Der Führer ist diesen Absichten begegnet."

2) Dokumente Bd. 7, Dok. 32.
3) Dokumente Bd. 7, Dok. 60a.
4) Nach entsprechenden "Beschlüssen" der westukrainischen und weißruthenischen "Nationalversammlungen" vom 27. und 29. Oktober 1939 beschloß der Oberste Sowjet am 1. November die Aufnahme der Westukraine und am 2. die Weißrutheniens in die UdSSR.

men. Sie hat die mit der Sowjetunion geschlossenen Verträge sowohl dem Buchstaben als auch dem Geiste nach getreulich erfüllt. Aber auch darüber hinaus hat sie durch die Niederwerfung Polens, d. h. also durch Einsatz deutschen Blutes, der Sowjetunion zu dem seit ihrem Bestehen größten außenpolitischen Erfolge verholfen. Nur durch diese wohlwollende deutsche Politik gegenüber Rußland und durch die überwältigenden Siege der deutschen Wehrmacht ist dies möglich gewesen.

Mit Recht glaubte daher die Reichsregierung annehmen zu dürfen, daß auch die Haltung der Sowjetunion dem Deutschen Reich gegenüber eine gleiche sein würde, zumal während der Verhandlungen, die der Reichsaußenminister **von Ribbentrop** in Moskau führte[5], und auch bei anderen Gelegenheiten von der Sowjetregierung wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß diese Verträge die Grundlage für einen dauernden Ausgleich der beiderseitigen deutsch-sowjetrussischen Interessen bilden und daß beide Völker unter Respektierung der gegenseitigen Regime und gewillt, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Partners einzumischen, zu einer guten, dauernden Nachbarschaft kommen würden. Daß die Reichsregierung sich in dieser Annahme gründlich getäuscht hat, sollte sich leider schnell herausstellen.

II.

Tatsächlich ist die Komintern schon bald nach Abschluß der deutsch-russischen Verträge wieder auf allen Gebieten aktiv geworden. Dies trifft nicht nur auf Deutschland allein, sondern auch auf die mit Deutschland befreundeten oder neutralen Staaten und die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete Europas zu. Um nicht offen gegen die Verträge zu verstoßen, wurden nur die Methoden gewechselt und die Tarnung sorgfältiger und raffinierter gestaltet. Durch ständige Anprangerung des angeblichen "imperialistischen Krieges Deutschlands" [6] glaubte man in Moskau offenbar, die Wirkung des Paktabschlusses mit dem nationalsozialistischen Deutschland ausgleichen zu müssen. Die starke und wirksame polizeiliche Abwehrtätigkeit zwang dabei die Komintern dazu, ihre zersetzende und nachrichtendienstliche Tätigkeit nach Deutschland auf Umwegen über Einsatzzentren in den Deutschland benachbarten Ländern zu versuchen. Man bediente sich dabei ehemaliger deutscher kommunistischer Funktionäre, die in Deutschland Zersetzungsarbeit und Sabotagevorbereitung zu betreiben hatten. Der GPU.-Kommissar **Krylow** leitete eine systematische Schulungsarbeit zu diesem Zweck[7]. Daneben wurde eine intensive Zersetzungsarbeit nach den von Deutschland besetzten Gebieten, insbesondere nach dem Protektorat und dem besetzten Frankreich, aber auch nach Norwegen, Holland, Belgien usw. betrieben. Die sowjetrussischen Vertretungen, so besonders das Generalkonsulat in Prag, leisteten hierbei wertvolle Hilfestellung. Mit funktechnischen Sende- und Empfangsanlagen wurde ein eifriger Nachrichtendienst unterhalten, der den vollendeten Beweis für die gegen das Deutsche Reich gerichtete Arbeit der Komintern lieferte[8]. Auch über die gesamte sonstige Zersetzungs- und Ausspäharbeit der Komintern liegt ein umfangreiches dokumentarisches Zeugen- und Schriftenmaterial vor. Ferner wurden Sabotagegruppen gebildet, die ihre eigenen Laboratorien unterhielten, in denen sie Brand- und Sprengbomben zur Verübung der Sabotageaktionen herstellten. Solche Anschläge wurden beispielsweise auf nicht weniger als 16 deutsche Schiffe verübt[9].

Neben dieser Zersetzungs- und Sabotagearbeit stand die Spionage. So wurde die Rückführung der Deutschen aus Sowjetrußland dazu ausgenutzt, um diese deutschen Menschen mit den verwerflichsten Mitteln für die Zwekke der GPU. zu gewinnen. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen wurden in schamloser Weise zu Verpflichtungserklärungen für den Dienst der GPU. erpreßt[10]. Selbst die Sowjetrussische Botschaft in Berlin mit dem Botschaftsrat **Kobulow**[11] an der Spitze scheute nicht vor rücksichtsloser Ausbeutung der Rechte der Exterritorialität zu Spionagezwecken zurück. Des weiteren bildete das russische Konsulatsmitglied **Mochow**[12] in Prag den Kopf eines russischen Spionagenetzes, das das ganze Protektorat überzog. Weitere Fälle, in denen der Polizei ein rechtzeitiger Zugriff gelang, lieferten ein klares und eindeutiges Bild über diese umfangreichen sowjetrussischen Machenschaften. Das Gesamtbild zeigt einwandfrei, daß von Sowjetrußland in großem Umfang gegen Deutschland illegale Zersetzung, Sabotage, Terror und kriegsvorbereitende Spionage in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht betrieben wurde[13].

Was die außerhalb Deutschlands in Europa betriebene Zersetzungsarbeit Sowjetrußlands betrifft, so erstreckte sich diese auf fast alle mit Deutschland befreundeten oder von ihm besetzten Staaten Europas[14]. So wurde beispielsweise in Rumänien von der kommunistischen Propaganda durch aus Rußland kommende Flugblätter Deutschland als für alle Schwierigkeiten verantwortlich hingestellt, um so eine antideutsche Stimmung wachzurufen. Das gleiche tritt seit dem Sommer 1940 in Jugoslawien deutlich in Erscheinung. Die Flugblätter riefen dort zum Protest auf gegen das Paktieren

5) Ribbentrop weilte am 23./24. August und vom 27. bis 29. September 1939 in Moskau.

6) Vgl. dazu **K. Krupinski**, Die Komintern seit Kriegsausbruch (Berlin o. J), S. 54-56.

7) Vgl. dazu oben S. 169.

8) + *) S. 4 -- Vgl. dazu oben S. 179-182.

9) Vgl. dazu oben S. 174-176.

10) Vgl. dazu oben S. 177 f.

11) Über ihn vgl. auch oben S. 179 f.

12) Über ihn vgl. auch oben S. 179.

13) Vgl. dazu auch den Bericht des Reichsministers Dr. **Frick** und des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei Himmler an die Reichsregierung vom 10. Juni 1941 (oben S. 166-183 [Dok. 22]).

14) Vgl. dazu den dokumentarischen Bericht des Auswärtigen Amtes vom 24. Juni 1941 (unten S. 222 - 236 [Dok. 28]).

des Regimes **Zwetkowitsch**[15] mit den imperialistischen Regierungen von Berlin und Rom. Auf einer Versammlung von kommunistischen Parteifunktionären in Agram wurde der ganze Südosten Europas von der Slowakei bis nach Bulgarien als russisches Protektorat bezeichnet, das nach der von ihnen erhofften militärischen Schwächung Deutschlands kommen werde[16]. In der Belgrader[17] Sowjetgesandtschaft ist den deutschen Truppen der dokumentarische Nachweis für den sowjetrussischen Ursprung dieser Propaganda in die Hand gefallen. Während die kommunistische Propaganda in Jugoslawien sich nationalsozialistischer Parolen zu bedienen suchte, wirkte sie in Ungarn vor allem unter der ruthenischen Bevölkerung, der sie die kommende Befreiung durch Sowjetrußland vorspiegelte. Besonders lebhaft war die antideutsche Hetze in der Slowakei, wo offen für eine Angliederung an Sowjetrußland geworben wurde.

In Finnland betätigte sich die berüchtigte "Vereinigung für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion", die im Zusammenwirken mit dem Sender Petroskoi[18] dieses Land zu zersetzen suchte und dabei in durchaus deutschfeindlichem Sinne arbeitete.

In Frankreich, Belgien und Holland wurde gegen die deutsche Besatzungsmacht gehetzt. In nationaler und panslawistischer Verbrämung wurde die gleiche Hetze im Generalgouvernement betrieben. Kaum war Griechenland von den deutschen und italienischen Truppen besetzt worden[19], so machte sich auch dort die sowjetrussische Propaganda ans Werk. Das Gesamtbild zeigt eine in allen Ländern systematisch betriebene Kampagne der UdSSR. gegen den Versuch Deutschlands, eine stabile Ordnung in Europa aufzurichten.

Nebenher geht die direkte propagandistische Gegenaktion gegen die Maßnahmen der deutschen Politik, die diese Maßnahmen als antirussisch zu denunzieren und die verschiedenen Länder für Sowjetrußland gegen Deutschland zu gewinnen sucht. In Bulgarien wurde gegen den Beitritt zum Dreierpakt[20] und für einen Garantiepakt mit Rußland[21] agitiert, in Rumänien durch Infiltration in die Eiserne Garde und Mißbrauch ihrer Führer, u. a. des Rumänen **Groza**, der Putschversuch vom 23. Januar 1941[22] inszeniert, hinter dem als Drahtzieher die bolschewistischen Agenten Moskaus standen. Einwandfreie Beweise liegen der Reichsregierung hierüber vor.

Was Jugoslawien[23] anbetrifft, so ist die Reichsregierung in den Besitz von Unterlagen[24] gelangt, wonach der jugoslawische Delegierte **Georgiewitsch** schon im Mai 1940 in Moskau aus einer Unterredung mit Herrn **Molotow** die Überzeugung gewann, daß man dort Deutschland als den "*mächtigen Feind von morgen*" ansah. Noch eindeutiger war das Verhalten Sowjetrußlands zu den von den serbischen Militärs vorgebrachten Waffenwünschen. Im November 1940 erklärte der sowjetrussische Generalstabschef[25] dem jugoslawischen Militärattaché[26]: "*Wir geben alles Angeforderte, und zwar sofort*". Preise und Zahlungsweise wurden der Belgrader Regierung freigestellt, und nur eine Bedingung wurde gestellt: Geheimhaltung gegenüber Deutschland[27]. Als die Regierung **Zwetkowitsch** später sich den Achsenmächten näherte[28], begann man in Moskau die Waffenlieferungen zu verschleppen; kurz und bündig wurde dies im sowjetrussischen Kriegsministerium dem jugoslawischen Militärattaché erklärt. Die Inszenierung des Belgrader Putsches[29] vom 27. März dieses Jahres bildete den Höhepunkt dieser konspirativen Tätigkeit serbischer Verschwörer und englisch-russischer Agenten gegen das Reich. Der serbische Leiter dieses Putsches und Führer der "Schwarzen Hand" [30] Herr **Simitsch** befindet sich noch heute in Moskau und entfaltet dort auch jetzt in engster Verbindung mit den sowjetrussischen Propagandastellen eine aktive Tätigkeit gegen das Reich.

Die obigen Feststellungen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der ungeheuer umfangreichen Propagandatätigkeit der UdSSR. in Europa gegen Deutschland. Um daher der Außenwelt einen Gesamtüberblick über die Tätigkeit der sowjetrussischen Stellen in dieser Rich-

15) 5. Februar 1939 - 27. März 1941; über diese Regierung vgl. unten S. 415 Anm. 1.

16) Vgl. unten S. 225.

17) Am frühen Morgen des 13. April 1941 besetzten deutsche Truppen Belgrad.

18) Hauptstadt Ostkareliens.

19) Am 1. Mai 1941 war das gesamte griechische Festland in der Hand der Achsenmächte.

20) Bulgarien trat am 1. März 1941 dem Dreimächtepakt bei (unten S. 406 - 409 [Dok. 49]).

21) Darüber vgl. unten S. 196 und 211.

22) Darüber vgl. unten S. 212, 231 und 386.

23) Nachdem Jugoslawien seit Ende des Weltkrieges keinerlei diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten hatte, wandte sich die jugoslawische Regierung **Zwetkowitsch** Ende März 1940 an den Sowjetgesandten in Ankara **Terentjew** mit dem Vorschlage, zwischen beiden Staaten Verhandlungen zur Regelung der Wirtschaftsbeziehungen (betr. Abschluß eines Handelsvertrages, eines Zahlungsabkommens und eines Abkommens über die Errichtung von Handelsvertretungen in den beiderseitigen Hauptstädten) aufzunehmen. Am 11. Mai wurde in Moskau der Handels- und Schiffahrtsvertrag, das Protokoll über die gegenseitigen Handelsvertretungen und das Abkommen über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr für 1940/41 unterzeichnet und am 31. ratifiziert. Am 24. Juni wurden dann auch die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgenommen; dem neuernannten sowjetischen Gesandten **Plotnikow** und dem neuernannten jugoslawischen Gesandten Dr. **Milan Gawrilowitsch**, der am 24. März 1941 aus Protest gegen Jugoslawiens bevorstehenden Beitritt zum Dreimächtepakt seinen Rücktritt erklärte und dann am 27. im Staatsstreichkabinett **Simowitsch** Minister ohne Geschäftsbereich wurde, wurde gleichzeitig das Agrément erteilt.

24) Vgl. dazu auch unten S. 231 f.

25) Armeegeneral Merezkow.

26) Oberst Scharko Popowitsch.

27) Vgl. dazu auch unten S. 232 f.

28) Über Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt am 25. März 1941 vgl. oben S. 95 und unten S. 415-420 (Dok. 52).

29) Über diesen vgl. oben S. 58 Anm. 2.

30) Über diese serbische Geheimorganisation vgl. oben S. 84.

tung seit Abschluß der deutsch-russischen Verträge zu geben und ihr ein Urteil zu ermöglichen, wird die Reichsregierung das ihr zur Verfügung stehende umfangreiche Material der Öffentlichkeit unterbreiten[31]. Insgesamt muß die Reichsregierung feststellen: Die Sowjetregierung hatte bei Abschluß der Verträge mit Deutschland wiederholt die unmißverständliche Erklärung abgegeben, daß sie nicht die Absicht habe, sich direkt oder indirekt in deutsche Angelegenheiten zu mischen. Sie hatte beim Abschluß des Freundschaftsvertrages in feierlicher Form zum Ausdruck gebracht, daß sie mit Deutschland zusammenarbeiten werde, um den wahren Interessen aller Völker entsprechend dem zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen und dieses Ziel so bald als möglich zu erreichen[32]. Diese sowjetrussischen Abmachungen und Erklärungen haben sich, im Lichte der oben erwähnten, im weiteren Verlaufe des Krieges immer klarer zutage getretenen Tatsachen gesehen, als eine bewußte Irreführung und Täuschung herausgestellt. Auch alle nur infolge der deutschen freundschaftlichen Haltung erreichten Vorteile haben es nicht vermocht, die Sowjetregierung zu einer loyalen Haltung gegenüber Deutschland zu veranlassen. Die Reichsregierung hat sich vielmehr davon überzeugen müssen, daß die These **Lenins**, wie sie in den "Richtlinien für die Kommunistische Partei in der Slowakei" vom Oktober 1939 ausdrücklich nochmals niedergelegt wurde und wonach "*mit einigen anderen Ländern Pakte abgeschlossen werden können, wenn sie den Interessen der Sowjetregierung und der Unschädlichmachung des Gegners dienen*", auch beim Abschluß der Verträge vom Jahre 1939 Pate gestanden hat. Der Abschluß dieser Verträge der Freundschaft war somit für die Sowjetregierung nur ein taktisches Manöver. Das eigentliche Ziel bestand darin, für Rußland vorteilhafte Abmachungen zu erreichen und damit gleichzeitig ein weiteres machtmäßiges Vorgehen der Sowjetunion vorzubereiten. Der Leitgedanke blieb die Schwächung der nichtbolschewistischen Staaten, um sie leichter zersetzen und zur gegebenen Zeit niederschlagen zu können. Mit brutaler Deutlichkeit wird dies in einem nach der Besetzung Belgrads[33] in der dortigen Sowjetgesandtschaft aufgefundenen russischen Schriftstück[34] mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

"*Die UdSSR. wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmächte haben ihre Streitkräfte weiter verzettelt, und deshalb wird die UdSSR plötzlich gegen Deutschland losschlagen*".

Die Sowjetregierung in Moskau ist der Stimme des russischen Volkes, das mit dem deutschen Volke ehrlich in Frieden und Freundschaft leben wollte, nicht gefolgt, sondern hat die alte bolschewistische Politik des Zweierlei-Gesichts fortgesetzt und damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

31) In dem dokumentarischen Bericht des Auswärtigen Amtes vom 24. Juni 1941 (unten S. 222 - 236 [Dok. 28]).

32) Vgl. die Erklärung der deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR. vom 28. September 1939 (Dokumente Bd. 7, Dok. 60 b).

33) 13. April 1941.

34) Vgl. auch unten S. 225 f.

III.

Wenn schon die propagandistische Zersetzungsarbeit der Sowjetunion in Deutschland und im übrigen Europa keinen Zweifel an ihrer Einstellung gegenüber Deutschland aufkommen lassen kann, so spricht die Haltung der Sowjetregierung gegenüber Deutschland auf außenpolitischem und militärischem Gebiet seit Abschluß der deutsch-russischen Verträge eine noch deutlichere Sprache. In Moskau hatte bei Abgrenzung der Interessensphäre[35] die Sowjetrussische Regierung dem Reichsminister des Auswärtigen[36] erklärt, daß sie mit Ausnahme der sich damals in einem Zustand der Zersetzung befindlichen Gebiete des ehemaligen polnischen Staates nicht die Absicht habe, die in ihrer Interessensphäre liegenden Staaten zu besetzen, zu bolschewisieren oder zu annektieren. In Wahrheit ist aber, wie der Verlauf der Ereignisse gezeigt hat, die Politik der Sowjetunion in dieser Zeit ausschließlich auf ein Ziel gerichtet gewesen, nämlich darauf, die militärische Macht Moskaus in dem Raum zwischen Eismeer und Schwarzem Meer überall, wo es ihr möglich erschien, nach Westen vorzuschieben und die Bolschewisierung weiter nach Europa hineinzutragen.

Die Entwicklung dieser Politik ist durch folgende Etappen gekennzeichnet:

1. Eingeleitet wurde die Entwicklung durch den Abschluß der sogenannten Hilfeleistungspakte mit Estland[37], Lettland[38] und Litauen[39] im Oktober und November 1939 und durch Errichtung militärischer Stützpunkte in diesen Ländern.

2. Der nächste sowjetrussische Schachzug galt Finnland. Als die sowjetrussischen Forderungen, deren Annahme die Souveränität eines freien finnischen Staates beseitigt hätte, von der Finnischen Regierung abgelehnt wurden, veranlaßte die Sowjetregierung die Bildung der kommunistischen Pseudoregierung **Kuusinen**, und als das finnische Volk jede Verbindung mit dieser Regierung zurückwies, kam es zu dem Ultimatum an Finnland[40] und Ende November 1939 zum Einmarsch der Roten Armee. In dem im März[41] abgeschlossenen finnisch-russischen Frieden mußte Finnland einen Teil seiner südöstlichen Provinzen abtreten, die sofort der Bolschewisierung anheimfielen.

3. Wenige Monate später, d. h. im Juni 1940, ging die

35) Im deutsch-sowjetrussischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 8. September 1939.

36) Ribbentrop weilte damals vom 27. bis 29. Septmber 1939 in Moskau.

37) Vom 28. September 1939 (***Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 6 [1939], S. 992 f.).

38) Vom 5. Oktober 1939 (ebd. S. 993).

39) Vom 10. Oktober 1939 (ebd. S. 993 f.).

40) Vom 26. November 1939.

41) Vom 12. März 1940 (***Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 7 [1949] S. 284 - 286).

Sowjetunion gegen die baltischen Staaten vor. Litauen hatte nach dem ersten Moskauer Vertrag[42] zur deutschen Interessensphäre gehört. Auf Wunsch der Sowjetunion verzichtete die Reichsregierung im zweiten Vertrag[43] auf ihre Interessen in dem überwiegenden Teil dieses Landes, wenn auch schweren Herzens, um des lieben Friedens wegen zugunsten der Sowjetunion, während ein Streifen des Gebietes noch in der deutschen Interessensphäre verblieb. Nach einem Ultimatum vom 15. Juni wurde das gesamte Litauen, d. h. also auch der in der deutschen Interessensphäre verbliebene Teil Litauens ohne jede Benachrichtigung der Reichsregierung von der Sowjetunion besetzt, so daß nunmehr die UdSSR. sich unmittelbar an die ganze östliche Grenze Ostpreußens heranschob[44]. Als dann später an Deutschland dieserhalb herangetreten wurde, überließ die Reichsregierung nach schwierigen Verhandlungen und um für eine freundschaftliche Regelung ein weiteres zu tun, auch diesen Teil Litauens der Sowjetunion.

Kurze Zeit darauf wurden in gleicher Weise unter Mißbrauch der mit diesen Staaten abgeschlossenen Beistandspakte auch Lettland und Estland militärisch besetzt[45]. Das ganze Baltikum wurde nunmehr entgegen den ausdrücklichen Moskauer Zusicherungen bolschewisiert und wenige Wochen nach der Besetzung kurzerhand von der Sowjetregierung annektiert[46]. Gleichzeitig mit der Annexion erfolgten auf dem ganzen nördlichen Sektor der sowjetrussischen Machtposition gegen Europa die ersten starken Massierungen der Roten Armee[47].

Daß die wirtschaftlichen Abmachungen Deutschlands mit diesen Staaten, die nach den Moskauer Vereinbarungen nicht beeinträchtigt werden sollten, von der Sowjetregierung einseitig aufgehoben wurden, sei hier nur nebenbei erwähnt.

4. In den Verträgen von Moskau wurde bei der Interessenabgrenzung im ehemaligen polnischen Staatsgebiet ausdrücklich vereinbart, daß keinerlei politische Agitation über diese Interessengrenzen erfolgen, sondern die Tätigkeit der beiderseitigen Okkupationsbehörden sich ausschließlich auf den friedlichen Aufbau dieser Gebiete beschränken sollte. Die Reichsregierung hat die unwiderleglichen Beweise dafür, daß trotz dieser Abmachungen die Sowjetunion schon bald nach der Besetzung dieses Gebietes eine deutschfeindliche Agitation nach dem Generalgouvernement Polen nicht nur gestattete, sondern sie gleichlaufend mit einer bolschewistischen Propaganda nach dem Generalgouvernement unterstützte. Auch in diese Gebiete wurden unmittelbar nach der Besetzung starke russische Garnisonen verlegt.

5. Noch während die deutsche Armee im Westen im Kampf gegen Frankreich und England stand, erfolgte der Vorstoß der Sowjetunion gegen den Balkan. Während die Sowjetregierung bei den Moskauer Verhandlungen erklärt hatte, daß sie ihrerseits niemals den Anstoß zur Lösung der bessarabischen Frage von sich aus geben würde, erhielt die Reichsregierung am 24. Juni 1940 von der Sowjetregierung die Mitteilung, diese sei nunmehr entschlossen, die bessarabische Frage mit Gewalt zu lösen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der Sowjetanspruch sich auch auf die Bukowina erstrecke, also auf ein Gebiet, das altes österreichisches Kronland war, niemals zu Rußland gehört hatte und über das in Moskau seinerzeit überhaupt nicht gesprochen worden war. Der deutsche Botschafter in Moskau[48] erklärte der Sowjetregierung, daß ihr Entschluß der Reichsregierung völlig unerwartet komme und zu einer schweren Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaftsinteressen in Rumänien sowie zu einer Störung des Lebens der dortigen starken deutschen Siedlung sowie des Deutschtums in der Bukowina führen müsse. Herr **Molotow** erwiderte dagegen, daß die Angelegenheit außerordentlich dränge und daß die Sowjetunion eine Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Frage innerhalb 24 Stunden erwarte. Trotz dieses brüsken Vorgehens gegen Rumänien hat die Reichsregierung auch dieses Mal wieder zur Erhaltung des Friedens und ihrer Freundschaft mit der Sowjetunion zu deren Gunsten eingegriffen. Sie hat der rumänischen Regierung[49], die sich um Hilfe an Deutschland gewandt hatte, zum Nachgeben geraten und ihr die Überlassung Bessarabiens und der Nordbukowina an Sowjetrußland empfohlen. Mit der zustimmenden Antwort der rumänischen Regierung[50] wurde der Sowjetregierung von Deutschland die Bitte der rumänischen Regierung übermittelt, ihr genügend Zeit zur Evakuierung dieser großen Gebiete und zur Sicherstellung von Leben und von Hab und Gut der dortigen Einwohner zu lassen. Wiederum jedoch stellte die Sowjetregierung Rumänien ein Ultimatum[51] und begann bereits vor Ablauf desselben am 28. Juni mit der Besetzung von Teilen der Bukowina und anschließend des gesamten Bessarabiens bis an die Donau. Auch diese Gebiete wurden von der Sowjetunion sofort annektiert[52], bolschewisiert und damit tatsächlich ruiniert.

Mit der Besetzung und Bolschewisierung der gesamten der UdSSR. von der Reichsregierung in Moskau

42) Vom 23. August 1939.
43) Vom 28. September 1939.
44) Vgl. dazu oben S. 152 Anm. 2.
45) Nach einem Ultimatum vom 16. Juni 1940 erfolgte am 17. der sowjetrussische Einmarsch.
46) Durch Beschluß des Obersten Sowjets wurde am 3. August 1940 Litauen, am 5. Lettland und am 6. Estland als vierzehnte, fünfzehnte und sechzehnte Bundesrepublik in die Sowjetunion einbezogen; betr. Litauen vgl. auch oben S. 152 Anm. 2.
47) Vgl. oben S. 162.
48) **Friedrich Werner Graf von der Schulenburg.**
49) Unter Ministerpräsident **George Tatarescu** (seit 25. November 1939).
50) Vom 27. Juni 1940.
51) Am 27. Juni 1940.
52) Durch Beschluß des Obersten Sowjets wurde am 2. August 1940 Bessarabien mit der zur Bundesrepublik erklärten Moldauischen Republik sowie die Nordbukowina mit der Ukrainischen Bundesrepublik vereinigt.

überlassenen Interessensphäre in Osteuropa und auf dem Balkan hat die Sowjetregierung klar und eindeutig entgegen den Moskauer Vereinbarungen gehandelt. Trotzdem hat die Reichsregierung der UdSSR. gegenüber auch dann noch eine mehr als loyale Haltung eingenommen. Sie hat sich im finnischen Kriege[53] und in der baltischen Frage völlig zurückgehalten, sie hat in der bessarabischen Frage den Standpunkt der Sowjetregierung der rumänischen Regierung gegenüber unterstützt und hat sich mit den von der Sowjetregierung geschaffenen Tatsachen, wenn auch schweren Herzens, abgefunden. Darüber hinaus aber hat sie, um Divergenzen zwischen den beiden Staaten von vornherein möglichst auszuschalten, eine großzügige Umsiedlungsaktion unternommen, durch die sie sämtliche Deutschen aus den von der UdSSR. besetzten Gebieten nach Deutschland zurückführte[54]. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß ein besserer Beweis für ihren Wunsch, zu einer dauernden Befriedung mit der UdSSR. zu kommen, wohl kaum erbracht werden konnte.

IV.

Durch das Vordringen Rußlands nach dem Balkan kamen die territorialen Probleme in diesem Raum ins Rollen. Rumänien und Ungarn wandten sich im Sommer 1940 an Deutschland, um einen Ausgleich ihrer territorialen Streitfragen herbeizuführen, nachdem durch diese Divergenzen, geschürt durch englische Agenten, Ende August eine scharfe Krise entstanden war. Ein unmittelbarer Kriegsausbruch zwischen Rumänien und Ungarn stand bevor. Deutschland, das von Ungarn und Rumänien wiederholt um Vermittlung in ihrem Streit gebeten worden war, rief in dem Wunsch, den Frieden auf dem Balkan zu erhalten, gemeinsam mit Italien die beiden Staaten zu einer Konferenz nach Wien und fällte dort auf deren Bitten am 30. August 1940 den Wiener Schiedsspruch[55]. Die neue ungarisch-rumänische Grenze wurde dadurch festgelegt und, um der rumänischen Regierung zu ermöglichen, die von ihr gebrachten territorialen Opfer gegenüber ihrem Volke zu vertreten und jeden Streit in diesem Raum für die Zukunft auszuschließen, übernahmen Deutschland und Italien die Garantie des noch verbleibenden rumänischen Staates[56]. Da die russischen Aspirationen in diesem Raum befriedigt waren, konnte sich diese Garantie in keiner Weise gegen Rußland richten. Trotzdem erhob die Sowjetunion Beschwerde und erklärte entgegen ihren früheren Erklärungen, wonach mit der Gewinnung Bessarabiens und der Nordbukowina ihre Aspirationen auf dem Balkan befriedigt waren, ihr weiteres Interesse an den Fragen des Balkans, die zunächst nicht näher definiert wurden.

Von diesem Zeitpunkt an zeichnet sich die gegen Deutschland gerichtete Politik Sowjetrußlands immer deutlicher ab. Die Reichsregierung erhält nunmehr immer konkretere Nachrichten, wonach die bereits seit langer Zeit schwebenden Verhandlungen des englischen Botschafters **Cripps** in Moskau[57] sich in günstiger Weise entwickeln. Gleichzeitig gelangt die Reichsregierung in den Besitz von Unterlagen über intensive militärische Vorbereitungen der Sowjetunion auf allen Gebieten. Diese Unterlagen werden unter anderem bestätigt durch einen neuerdings in Belgrad aufgefundenen Bericht des jugoslawischen Militärattachés in Moskau[58] vom 17. Dezember 1940, in dem es u. a. wörtlich heißt: "*Nach Angaben aus Sowjetkreisen ist die Aufrüstung der Luftwaffe, der Panzerwaffe und der Artillerie auf Grund der Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges in vollem Gange und wird in der Hauptsache bis zum August 1941 abgeschlossen sein. Dies ist wahrscheinlich auch die äußerste (zeitliche) Grenze, bis zu der man keine fühlbaren Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik zu erwarten braucht.*"

Trotz der unfreundlichen Haltung der Sowjetunion in der Balkanfrage macht Deutschland nunmehr eine erneute Anstrengung zur Verständigung mit der UdSSR., indem der Reichsaußenminister in einem Brief an Herrn **Stalin** eine umfassende Darstellung der Politik der Reichsregierung seit den Moskauer Verhandlungen gibt. In dem Brief wird besonders auf folgendes hingewiesen: Bei dem Abschluß des Dreimächtepaktes[59] von Deutschland, Italien und Japan sei übereinstimmend die Auffassung vertreten worden, daß dieser Pakt sich in keiner Weise gegen die Sowjetunion richte, sondern daß die freundschaftlichen Beziehungen der drei Mächte und ihre Verträge mit der UdSSR. durch diese Vereinbarung völlig unberührt bleiben sollten. Im Dreimächtepakt von Berlin sei dies auch dokumentarisch zum Ausdruck gebracht worden[60]. Gleichzeitig wird in dem Brief der Wunsch und die Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen möge, das von den Dreierpaktmächten gewünschte freundschaftliche Verhältnis zur Sowjetunion gemeinsam weiter zu klären und in eine konkrete Form zu bringen. Um diese Fragen weiter zu behandeln, lädt der Reichsaußenminister Herrn **Molotow** nach Berlin ein.

Während des Besuchs von Herrn **Molotow** in Ber-

53) Vgl. die deutsche Verlautbarung vom 7. Dezember 1939 (Dokumente Bd. 7, S. 173 f. Anm. 1).

54) Über die Umsiedlung vgl. Dokumente Bd. 7, S. 633 f. und 664-667 (Dok. 126), Bd. 8, S. 334 und 624-639 (Dok. 110) sowie unten S. 700 und 703 bis 729 (Dok. 128 und 129).

55) Vgl. dazu Dokumente Bd. 8, S. 302 und 383-389 (Dok. 57).

56) Dokumente Bd. 8, S. 390 (Dok. 58).

57) Nachdem die sowjetrussische Regierung ihm (als Nachfolger des bisherigen, Anfang Januar 1940 nach London zurückberufenen Botschafters Sir **William Seeds**) am 3. Juni 1940 das Agrément erteilt hatte, traf er am 12. in Moskau ein. Vgl. dazu auch unten S. 236 Anm. 1. **Cripps** hatte sich übrigens bereits im Jahre 1933 bei dem in London (in der Zeit vom 14. September bis 20. Dezember 1933) anläßlich des deutschen Reichstagsbrandstifterprozesses *"zur Verhöhnung des Obersten Deutschen Gerichtshofes veranstalteten Justizkomödie"* (Dokumente Bd. 2 [7. Aufl.], S. 32) in deutschfeindlicher Weise als "Berichterstatter" bei dem sogenannten "internationalen Untersuchungsausschuß" betätigt.

58) Oberst **Scharko Popowitsch**.

59) Vom 27. September 1940 (Dokumente Bd. 8, S. 316 - 325 [Dok. 45]).

lin[61] muß die Reichsregierung feststellen, daß Rußland zu einer wirklichen freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Dreierpaktmächten und mit Deutschland im besonderen nur gewillt ist, wenn dieses bereit ist, den hierfür von der Sowjetunion geforderten Preis zu zahlen. Dieser Preis besteht in einem weiteren Vordringen der Sowjetunion im Norden und Südosten Europas. Folgende Forderungen wurden von Herrn **Molotow** in Berlin und in den anschließenden diplomatischen Besprechungen mit dem Deutschen Botschafter in Moskau gestellt[62]:

1. Die Sowjetunion wünscht, Bulgarien eine Garantie zu geben und darüber hinaus mit diesem Staat einen Beistandspakt nach dem Muster der Beistandspakte im Baltikum[63], d. h. also mit militärischen Stützpunkten, abzuschließen, während Herr **Molotow** erklärt, an dem inneren Regime Bulgariens nicht rühren zu wollen. Auch der Besuch des russischen Kommissars **Sobolew**[64] in Sofia in dieser Zeit galt der Verwirklichung dieses Zieles.

2. Die Sowjetunion verlangt eine vertragliche Abmachung mit der Türkei zum Zweck der Schaffung einer Basis für Land- und Seestreitkräfte der UdSSR. am Bosporus und den Dardanellen auf der Grundlage einer langfristigen Pacht[65]. Für den Fall, daß die Türkei sich hiermit nicht einverstanden erklären sollte, sollen Deutschland und Italien sich den russischen diplomatischen Maßnahmen zur Erzwingung dieser Forderung anschließen. Diese Forderungen laufen auf eine Beherrschung des Balkans durch die UdSSR. hinaus.

3. Die Sowjetunion erklärt, sich abermals[66] von Finnland bedroht zu fühlen, und fordert deshalb die völlige Preisgabe Finnlands durch Deutschland, was praktisch die Besetzung dieses Staates und Ausrottung des finnischen Volkes bedeutet.

Deutschland konnte diese russischen Forderungen, die von der Sowjetregierung als Vorbedingung für den Zusammenschluß mit den Dreierpaktmächten bezeichnet wurden, selbstverständlich nicht annehmen. Damit waren die Bemühungen der Dreierpaktmächte um eine Verständigung mit der Sowjetunion gescheitert. Die Folge dieser deutschen Haltung war, daß Rußland seine nun bereits immer offener gegen Deutschland gerichtete Politik intensivierte und daß seine immer engere Zusammenarbeit mit England[67] klar zutage trat. Im Januar 1941 kam diese ablehnende russische Haltung zum ersten Male auch auf dem diplomatischen Gebiet zum Durchbruch. Als nämlich Deutschland in diesem Monat in Bulgarien gewisse Sicherungsmaßnahmen gegen die Landung britischer Truppen in Griechenland traf, hat der russische Botschafter in Berlin[68] in einer offiziellen Demarche darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion das Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen als Sicherheitszone der UdSSR. ansehe und daß sie den Ereignissen in diesen Gebieten, die die Interessen dieser Sicherheit bedrohten, nicht teilnahmslos gegenüberstehen könne. Aus diesem Grunde warne die Sowjetregierung vor dem Erscheinen deutscher Truppen in dem Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen.

Die Reichsregierung hat daraufhin der Sowjetregierung erschöpfend Aufschluß über die Gründe und Ziele ihrer militärischen Maßnahmen auf dem Balkan gegeben. Sie hat darauf hingewiesen, daß Deutschland jeden Versuch Englands, in Griechenland Fuß zu fassen, mit allen Mitteln verhindern werde, daß es aber nicht die Absicht habe, die Meerengen zu besetzen, sondern daß es das türkische Hoheitsgebiet respektieren werde. Der Durchmarsch deutscher Truppen durch Bulgarien könne nicht als eine Verletzung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion angesehen werden, die Reichsregierung glaube vielmehr, mit diesen Operationen auch den sowjetischen Interessen zu dienen. Nach Durchführung der Operationen auf dem Balkan werde Deutschland seine Truppen von dort wieder zurückziehen.

Trotz dieser Erklärung der Reichsregierung hat die Sowjetregierung ihrerseits unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen[69] an die bulgarische Adresse eine Erklärung veröffentlicht, die einen direkt feindseligen Charakter gegen das Deutsche Reich hatte und die darauf hinauslief, daß die Anwesenheit deutscher Truppen in Bulgarien nicht dem Frieden auf dem Balkan, sondern dem Kriege diene. Die Erklärung für diese Haltung gaben der Reichsregierung die sich zu dieser Zeit verdichtenden Nachrichten über eine immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und England. Trotzdem hat Deutschland auch hierzu geschwiegen.

Auf derselben Linie liegt die im März 1941 von der Sowjetregierung der Türkei gegebene Rückendeckung für den Fall, daß diese in den Krieg auf dem Balkan eintreten würde[70]. Dies war, wie der Reichsregierung bekannt, das Ergebnis englisch-russischer Verhandlungen während des Besuches des britischen Außenministers[71] in Ankara[72], dessen Bemühungen darauf gerich-

60) In Artikel 5 (Dokument Bd. 8, S. 325).
61) 12. - 14. November 1940; vgl. dazu Dokumente Bd. 8, S. 402 - 409 (Dok. 61).
62) Vgl. dazu auch unten S. 210 - 212 und 298 f.
63) Vgl. oben S. 191 Anm. 3 - 5.
64) Am 25. und 27. November 1940 wurde der Chef der sowjetrussischen Delegation bei der Donaukonferenz und Generalsekretär des Außenkommissariats **Sobolew** von König **Boris III.** empfangen; vgl. auch unten S. 230.
65) Diese Forderung war von sowjetrussischer Seite bereits bei dem dreiwöchigen Besuch des türkischen Außenministers **Sükrü Saracoglu** (im September/Oktober 1939) in Moskau unmittelbar an die Türkei gerichtet worden.
66) Vgl. unten S. 210 f. Anm. 5.
67) Vgl. dazu auch unten S. 234-236.
68) **Wladimir Georgiewitsch Dekanosow** (seit 19. Dezember 1940); über ihn vgl. oben S. 178f.
69) Der deutsche Einmarsch begann am 2. März 1941; vgl. unten S. 409 (Dok. 50).
70) Die sowjetrussische und türkische Regierung veröffentlichte am 24. März 1941 eine entsprechende gemeinsame Verlautbarung.
71) **Anthony Eden** (seit 23. Dezember 1940).
72) 26.-28. Februar 1941; vgl. auch unten S. 235 und Anm. 2.

tet waren, auf diesem Wege Rußland immer enger in die englische Kombination einzubeziehen.

V.

Die sich seit dieser Zeit immer steigernde aggressive Politik der Sowjetregierung gegenüber dem Deutschen Reich und die bisher noch einigermaßen verschleiert durchgeführte politische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und England wird aber mit dem Ausbruch der Balkankrise Anfang April dieses Jahres vor aller Welt offenbar. Es steht heute einwandfrei fest, daß der nach dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreierpakt[73] in Belgrad angestiftete Putsch[74] von England im Einvernehmen mit Sowjetrußland inszeniert wurde. Schon seit langem, nämlich seit dem 14. November 1940, hatte Rußland im geheimen die Aufrüstung Jugoslawiens gegen die Achsenmächte betrieben. Dokumente, die der Reichsregierung nach der Besetzung Belgrads[75] in die Hand gefallen sind und die über jede Phase dieser russischen Waffenlieferung an Jugoslawien[76] Aufschluß geben, beweisen dies eindeutig. Als dann der Belgrader Putsch gelungen war, schließt Rußland am 5. April mit der illegalen serbischen Regierung **Simowitsch** einen Freundschaftspakt[77], der den Putschisten den Rücken stärken und dessen Gewicht der gemeinsamen englisch-jugoslawisch-griechischen Front zugute kommen sollte. Mit sichtbarer Genugtuung stellt hierzu der amerikanische Unterstaatssekretär, Herr **Sumner Welles**, nachdem er vorher mehrere Besprechungen mit dem Sowjetbotschafter in Washington[78] gehabt hatte, am 6. April 1941 fest: der russisch-jugoslawische Pakt könne unter Umständen von größter Bedeutung sein, er stoße auf vielseitiges Interesse, und es lägen Gründe für die Annahme vor, daß er mehr als lediglich ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt sei.

Zur selben Zeit also, in der deutsche Truppen gegen die sich massierenden englischen Landungen in Griechenland auf rumänischem und bulgarischem Gebiet zusammengezogen wurden[79], versucht die Sowjetunion, nun schon im klaren Einvernehmen mit England, Deutschland in den Rücken zu fallen, indem es

1. Jugoslawien politisch offen und militärisch im geheimen unterstützt,

2. versucht, die Türkei durch die Zusicherung der Rückendeckung zu einer aggressiven Haltung gegen Bulgarien und Deutschland zu bewegen und zu einem Aufmarsch der türkischen Armeen in sehr ungünstiger militärischer Position in Thrazien zu veranlassen,

3. selbst eine starke Truppenmacht an der rumänischen Grenze in Bessarabien und an der Moldau konzentriert[80] und

4. indem plötzlich Anfang April der Stellvertretende Volkskommissar im Außenkommissariat[81] **Wyschinski** den Versuch unternimmt, in Gesprächen mit dem rumänischen Gesandten **Gafencu** in Moskau eine Politik der schnellen Annäherung an Rumänien einzuleiten, um dieses Land zum Abfall von Deutschland zu veranlassen. Die englische Diplomatie macht durch die Vermittlung der Amerikaner in Bukarest[82] Anstrengungen in gleicher Richtung.

Die aufmarschierten deutschen Truppen in Rumänien und Bulgarien sollten also nach dem englisch-russischen Plan hier von drei Seiten, nämlich aus Bessarabien, aus Thrazien und aus Serbien-Griechenland angegriffen werden. Nur der Loyalität des Generals **Antone-**

73) 25. März 1941 (unten S. 415 - 421 [Dok. 52 - 53c]).
74) Über diesen vgl. auch oben S. 58 Anm. 2.
75) 13. April 1941.
76) Über diese vgl. auch unten S. 232.
77) Über diesen vgl. auch unten S. 233 f. Über die Vorgeschichte dieses Vertrages berichtete der frühere amerikanische Korrespondent in Moskau **Eric Estorick** in seinem Buche "**Stafford Cripps**. Prophetic Rebell" (New York 1942) auf Grund der Aufzeichnungen des Privatsekretärs **Wilson** des früheren Botschafters in Moskau Sir **Stafford Cripps** nähere Einzelheiten:
Am 20. März 1941 fand in der Villa der Britischen Botschaft in Perlowka bei Moskau eine geheime Besprechung zwischen Botschafter **Cripps** (über ihn vgl. oben S. 195 Anm. 3), dem Gehilfen des sowjetischen Außenkommissars **Wyschinski** und dem jugoslawischen Gesandten **Dr. Milan Gawrilowitsch** (über ihn vgl. oben S. 188 f. Anm. 6) statt. **Gawrilowitsch**, der soeben aus Belgrad zurückgekehrt war, berichtete, daß die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes durch die Regierung **Zwetkowitsch** bevorstehe; doch sei eine Gruppe serbischer Offiziere unter Führung des Generals **Simowitsch** bereit, an Englands Seite in den Krieg gegen Deutschland einzutreten. **Wyschinski** erklärte, auch die Sowjetregierung sei -- ebenso wie England, das diesem Plane grundsätzlich zustimmte, -- zur Unterstützung der Putschisten bereit und werde mit ihnen einen Vertrag abschließen, sobald sich diese der Regierung bemächtigt hätten. Er versprach, am 26. März **Stalin** und **Molotow** auf einer Sitzung im Kreml einen Vertragsentwurf vorzulegen und am 27. **Gawrilowitsch** entsprechende schriftliche Zusagen zu übergeben. Da sich aber der jugoslawische Ministerpräsident **Zwetkowitsch** bereits am 24. März nach Wien zur Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls begab, erschien **Gawrilowitsch** erneut bei **Cripps** und erklärte, die Putschisten seien bereit und drängten auf Abschluß des in Aussicht gestellten Vertrages. **Wyschinski**, dem **Cripps** diese Tatsachen telephonisch mitteilte, erklärte, er habe **Stalin** noch nicht Vortrag halten können, versprach aber, **Gawrilowitsch** den Vertrag baldigst zuzustellen. Daraufhin erfolgte der Staatsstreich in der Nacht zum 27. März. Auf **Gawrilowitschs** Drängen nach dem Vertragsabschluß erklärte **Wyschinski**, die Sowjetunion sei nach wie vor zur Unterstützung Belgrads bereit. Auch **Cripps**, der in den Kreml gerufen wurde, versicherte die Putschisten der britischen Unterstützung; er erklärte ferner (und zwar völlig wahrheitswidrig, wie eine spätere telephonische Anfrage **Gawrilowitschs** in Ankara ergab), die englische und amerikanische Diplomatie hätte sogar erreicht, daß die Türkei an Jugoslawiens Seite in den Krieg trete. Am Abend des 5. April wurde dann der Pakt in Moskau unterzeichnet.
78) **Konstantin A. Umansky**.
79) Vgl. oben S. 52 (Dok. 5).
80) Vgl. oben S. 162 und 165f.
81) Seit 7. September 1940.
82) Nachdem der britische Gesandte in Bukarest Sir **Reginald Hoare** der rumänischen Regierung in einer Note vom 10. Februar 1941 mitgeteilt hatte, daß er von seiner Regierung den Auftrag erhalten habe, zusammen mit dem Gesandtschaftspersonal am 15. Februar Rumänien zu verlassen, und daraufhin die rumänische Regierung den gleichen Schritt ergriffen hatte, waren mit dem 15. die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abgebrochen (die britische Kriegserklärung an Rumänien erfolgte erst am 6. Dezember 1941).

scu, der realistischen Einstellung der Türkischen Regierung und vor allem dem schnellen deutschen Zupakken und den entscheidenden Siegen der deutschen Armee[83] ist es zuzuschreiben, daß dieser englisch-russische Plan vereitelt wurde. Wie der Reichsregierung aus Meldungen bekannt geworden ist, sind fast 200 jugoslawische Flugzeuge, besetzt mit sowjetrussischen und englischen Agenten sowie serbischen Putschisten, unter Anführung des Herrn **Simitsch**[84] teils nach Rußland, wo diese Offiziere heute in der russischen Armee Dienst tun, teils nach Ägypten geflogen. Schon diese Einzelheit wirft ein besonders charakteristisches Licht auf die enge Zusammenarbeit Englands und Rußlands mit Jugoslawien.

Vergeblich hat die Sowjetregierung verschiedentlich versucht, die wirklichen Absichten ihrer Politik zu verschleiern. Ebenso wie sie noch in der letzten Periode den Wirtschaftsverkehr mit Deutschland aufrecht erhielt, so hat sie auch eine Reihe von Einzelaktionen gemacht, um der Welt ein normales oder gar freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland vorzutäuschen. Dahin gehört z. B. die von ihr vor einigen Wochen[85] vorgenommene Abschiebung des norwegischen, belgischen, griechischen und jugoslawischen Gesandten, das durch den britischen Botschafter **Cripps** im Einvernehmen mit ihr veranlaßte Stillschweigen der britischen Presse über das deutsch-russische Verhältnis und endlich auch das vor kurzem erschienene ***Tass***-Dementi[86], das die Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland als völlig korrekt hinzustellen suchte. Diese Tarnungsmanöver, die in so krassem Gegensatz zu der wirklichen Politik der Sowjetregierung stehen, haben selbstverständlich die Reichsregierung nicht irreführen können.

VI.

Die deutschfeindliche Politik der Sowjetregierung wurde auf militärischem Gebiete begleitet von einer ständig zunehmenden Konzentrierung der gesamten verfügbaren russischen Streitkräfte auf einer langen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer[87]. Schon zu einer Zeit, als Deutschland im Westen im französischen Feldzug stark engagiert war und als sich im Osten nur ganz geringe deutsche Truppenteile befanden, begann das russische Oberkommando mit der systematischen Verlegung größerer Truppenkontingente an die östliche Reichsgrenze, wobei besondere Massierungen gegenüber Ostpreußen und dem Generalgouvernement, ferner in der Bukowina und in Bessarabien gegenüber Rumänien festgestellt wurden. Auch gegenüber Finnland wurden die russischen Garnisonen ständig verstärkt. Die Verschiebung von immer neuen russischen Divisionen aus Ostasien und dem Kaukasus nach dem europäischen Rußland waren weitere Maßnahmen auf diesem Gebiete. Nachdem die Sowjetregierung seinerzeit erklärt hatte, daß z. B. das Baltikum mit nur ganz geringen Truppen belegt werden würde, erfolgte allein in diesem Raume nach Durchführung der Besetzungsaktion eine sich immer steigernde Konzentration von russischen Truppenmassen, die heute auf 22 Divisionen geschätzt werden. Es ergibt sich somit das Bild, daß die russischen Truppen sich immer näher an die deutsche Grenze heranschoben, obwohl von deutscher Seite keine militärischen Maßnahmen getroffen wurden, mit denen eine solche russische Aktion hätte begründet werden können. Erst dieses russische Verhalten hat die deutsche Wehrmacht zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Ferner haben sich die einzelnen Verbände des russischen Heeres und der Luftwaffe nach vorn aufgeschlossen, und die Flugplätze entlang der deutschen Grenze sind mit starken Verbänden der Luftwaffe belegt. Seit Anfang April sind ebenfalls vermehrte Grenzverletzungen und sich immer steigernde Überfliegungen des deutschen Reichsgebietes durch russische Flugzeuge festzustellen[88]. Dasselbe trifft laut Mitteilungen der rumänischen Regierung auch für das rumänische Grenzgebiet der Bukowina, der Moldau und der Donau zu.

Das Oberkommando der Wehrmacht hat die außenpolitische Leitung des Reiches seit Anfang d. J. wiederholt auf diese immer zunehmende Bedrohung des Reichsgebietes durch die russische Armee hingewiesen und dabei betont, daß diesem Aufmarsch nur aggressive Absichten zugrunde liegen könnten. Diese Mitteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht werden mit allen darin enthaltenen Einzelheiten der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden[89].

Wenn aber noch die geringsten Zweifel über die Aggressivität des russischen Aufmarsches bestehen konnten, so sind diese durch die Nachrichten, die dem Oberkommando der Wehrmacht in den letzten Tagen zugegangen sind, restlos beseitigt. Nach Durchführung der russischen Generalmobilmachung sind heute nicht weniger als 160 Divisionen gegen Deutschland aufmarschiert. Die Beobachtungsergebnisse der letzten Tage zeigen, daß die Gruppierung der russischen Truppen und insbesondere der motorisierten und Panzerverbände in einer Weise erfolgt ist, daß das russische Oberkommando zu einem aggressiven Vorgehen gegen die deutsche Grenze an verschiedenen Stellen jederzeit in der Lage ist. Die Meldungen über vermehrte Aufklärungs- und Patrouillentätigkeit sowie täglich eingehende Meldungen über Zwischenfälle an der Grenze und Vorpostengefechte zwischen den beiden Armeen vervollständigen das Bild einer aufs äußerste gespannten militärischen Lage, die jederzeit zur Entladung kommen kann.

Die heute aus England kommenden Nachrichten über die Verhandlungen des englischen Botschafters **Cripps** über eine noch engere Zusammenarbeit zwischen

83) Über diese vgl. oben S. 48.
84) Über ihn vgl. oben S. 189.
85) 9. Mai 1941.
86) Vom 14. Juni 1941.
87) Vgl. dazu oben S. 158 - 166.
88) Vgl. dazu oben S. 159 f.
89) Oben S. 154-166 (Dok. 21).

der politischen und militärischen Leitung Englands und Sowjetrußlands sowie der Aufruf des früher immer sowjetfeindlich eingestellten **Lord Beaverbrook**[90] zur Unterstützung Rußlands mit allen zur Verfügung stehenden Kräften in seinem kommenden Kampf und die Aufforderung an die Vereinigten Staaten, ein gleiches zu tun, beweist eindeutig, welches Schicksal man dem deutschen Volk bereiten möchte.

Zusammenfassend hat die Reichsregierung daher folgende Erklärung abzugeben:

Entgegen allen von ihr übernommenen Verpflichtungen und in krassem Widerspruch zu ihren feierlichen Erklärungen hat die Sowjetregierung sich gegen Deutschland gewandt:

Sie hat

1. ihre gegen Deutschland und Europa gerichteten Zersetzungsversuche nicht nur fortgesetzt, sondern seit Kriegsausbruch noch verstärkt; sie hat
2. in sich immer steigerndem Maße ihre Außenpolitik gegen Deutschland feindlich eingestellt, und sie ist
3. mit ihren gesamten Streitkräften an der deutschen Grenze sprungbereit aufmarschiert.

Damit hat die Sowjetregierung die Verträge und Vereinbarungen mit Deutschland verraten und gebrochen. Der Haß des bolschewistischen Moskau gegen den Nationalsozialismus war stärker als die politische Vernunft. In Todfeindschaft steht der Bolschewismus dem Nationalsozialismus gegenüber. Das bolschewistische Moskau ist im Begriff, dem nationalsozialistischen Deutschland in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen.

Deutschland ist nicht gewillt, dieser ernsten Bedrohung seiner Ostgrenze tatenlos zuzusehen. Der Führer hat daher nunmehr der deutschen Wehrmacht den Befehl erteilt, dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten. In dem kommenden Kampf ist sich das deutsche Volk bewußt, daß es nicht nur zum Schutz der Heimat antritt, sondern daß es dazu berufen ist, die gesamte Kulturwelt vor den tödlichen Gefahren des Bolschewismus zu retten und den Weg für einen wahren sozialen Aufstieg in Europa frei zu machen.

Berlin, den 21. Juni 1941.

Der sowjetische Außenkommissar Molotow in Berlin mit allen Ehren empfangen, doch war diese Mission vom 12. bis 14. November 1940 eine weltgeschichtlich einmalige Provokation des Sowjetdiktators Stalin.



Was Adolf Hitler damals nicht wußte:

Der Außenminister der Sowjetunion Molotow hatte in seiner Amtszeit bereits 356 Hinrichtungslisten unterschrieben, u.a. auch jene vom 5. März 1940 (Protokoll Nr. 13 einer Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU), die im April/Mai 1940 den Tod von über 14.700 gefangenen polnischen Offizieren sowie weiteren 11.000 prominenten polnischen Zivilisten zur Folge hatten. Einer seiner Begleiter auf der diplomatischen Mission in Berlin war Merkulow, der Stellvertreter des NKWD-Chefs Berija, der ihm – Merkulov, Chef der Spezialabteilung des NKWD – befohlen hatte, die Listen für den Massenmord an den polnischen Offizieren zusammenzustellen.*) Dann gehörte noch zu dieser "ersten Garnitur" der Sowjetdiplomatie Wladimir Dekanosow, der nach blutigem Niederschlagen des Volksaufstandes in Georgien 1924 zum Stellvertretenden GPU-Chef und auch stellvertretenden Außenkommissar aufgerückt, die berüchtigten "Befreiungspraktiken" im Baltikum 1940 gesteuert hatte, bevor er dann zum Botschafter in Berlin ernannt wurde.

Die Staatsgäste machten während ihres Besuches in Berlin unmißverständlich deutlich, daß die sowjetische Führung keinerlei Zweifel daran lasse, die Kriegslage in Europa dafür auszunutzen, um die Weltrevolutionsdoktrin kompromißlos durchzuführen.

---

90) Bis 1. Mai 1941 britischer Minister für Flugzeugproduktion, dann Staatsminister ohne Portefeuille; am 30. Juni zum Beschaffungsminister ernannt.

*) Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg", München 1995, Verlag für Wehrwesen, S. 178.

Aufruf Hitlers an das deutsche Volk bei Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941 [91]

Deutsches Volk! Nationalsozialisten!

Von schweren Sorgen bedrückt, zu monatelangem Schweigen verurteilt[92], ist nun die Stunde gekommen, in der ich endlich offen sprechen kann.

Als das Deutsche Reich am 3. September 1939 die englische Kriegserklärung[93] erhielt, wiederholte sich aufs neue der britische Versuch, jeden Beginn einer Konsolidierung und damit eines Aufstiegs Europas durch den Kampf gegen die jeweils stärkste Macht des Kontinents zu vereiteln.

So hat England einst in vielen Kriegen Spanien zugrunde gerichtet. So führte es seine Kriege gegen Holland. So bekämpfte es mit Hilfe von ganz Europa später Frankreich. Und so begann es um die Jahrhundertwende die Einkreisung des damaligen Deutschen Reiches und im Jahre 1914 den Weltkrieg.

Nur durch seine innere Uneinigkeit ist Deutschland im Jahre 1918 unterlegen. Die Folgen waren furchtbar. Nachdem man erst heuchlerisch erklärte, allein gegen den Kaiser und sein Regime gekämpft zu haben, begann man nach der Waffenniederlegung des deutschen Heeres mit der planmäßigen Vernichtung des Deutschen Reiches. Während sich die Prophezeiungen eines französischen Staatsmannes[94], daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel seien, d. h durch Hunger, Krankheiten oder Auswanderung beseitigt werden müßten, scheinbar wörtlich erfüllten, begann die nationalsozialistische Bewegung ihr Einigungswerk des deutschen Volkes und damit den Wiederaufstieg des Reiches einzuleiten.

Diese neue Erhebung unseres Volkes aus Not, Elend und schmählicher Mißachtung stand im Zeichen einer rein inneren Wiedergeburt. Besonders England wurde dadurch nicht berührt oder gar bedroht. Trotzdem setzte die neue haßerfüllte Einkreisungspolitik gegen Deutschland augenblicklich wieder ein. Innen und außen kam es zu jenem uns bekannten Komplott zwischen Juden und Demokraten, Bolschewisten und Reaktionären mit den einzigen Zielen, die Errichtung des neuen Volksstaates zu verhindern, das Reich erneut in Ohnmacht und Elend zu stürzen.

Neben uns traf der Haß dieser internationalen Weltverschwörung jene Völker, die, ebenso vom Glück übersehen, im härtesten Daseinskampf das tägliche Brot zu verdienen gezwungen waren. Vor allem Italien und Japan wurde der Anteil an den Gütern dieser Welt genau so wie Deutschland bestritten, ja förmlich verboten. Der Zusammenschluß dieser Nationen war daher nur ein Akt des Selbstschutzes gegenüber der sie bedrohenden egoistischen Weltkoalition des Reichtums und der Macht.

Allein schon 1936 erklärte **Churchill** nach den Aussagen des amerikanischen Generals **Wood** vor einem Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses, daß Deutschland wieder zu mächtig würde und daher vernichtet werden müsse[95].

Im Sommer 1939 schien England der Zeitpunkt gekommen, die erneut beabsichtigte Vernichtung mit der Wiederholung einer umfassenden Einkreisungspolitik Deutschlands beginnen zu können.

Das System der zu dem Zweck veranstalteten Lügenkampagne bestand darin, andere Völker als bedroht zu erklären, sie mit englischen Garantie- und Beistandsversprechen[96] erst einmal einzufangen und dann so wie vor dem Weltkrieg gegen Deutschland marschieren zu lassen.

So gelang es England, vom Mai bis August 1939 in die Welt die Behauptung zu lancieren, daß Litauen, Estland, Lettland, Finnland, Bessarabien sowohl als die Ukraine von Deutschland direkt bedroht seien. Ein Teil der Staaten[97] ließ sich dadurch verleiten, das mit diesen

91) ***VB.*** vom 23. Juni 1941; ***Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 8 (1941), S. 545-551.
Obigen Aufruf verlas Reichsminister **Dr. Goebbels** am 22. Juni 1941 um 5,30 Uhr morgens in einer Sondersendung des Großdeutschen Rundfunks.
Gleichzeitig erließ der Führer einen mit obigem Aufruf fast wörtlich übereinstimmenden Tagesbefehl an die Soldaten der Ostfront, der mit folgenden Worten schließt (***VB.*** vom 23. Juni 1941):
"Deutsche Soldaten! Damit tretet ihr in einen harten und verantwortungsschweren Kampf ein. Denn: Das Schicksal Europas, die Zukunft des Deutschen Reiches, das Dasein unseres Volkes liegen nunmehr allein in eurer Hand. Möge uns allen in diesem Kampf der Herrgott helfen!"
Vgl. auch die Note des Auswärtigen Amtes an die Regierung der Sowjetunion vom 21. Juni 1940 (oben S. 183-204 [Dok. 23].

92) vgl. dazu unten S. 299 f.

93) Dokumente Bd. 7, S. 270 Anm.

94) Der französische Ministerpräsident **Georges Clemençeau** soll während der Pariser Friedensverhandlungen im Jahre 1919 diesen Ausspruch gegenüber einem französischen Interviewer getan haben.

95) Vgl. oben S. 103 und Anm. 3.

96) Britische Garantieerklärungen wurden im Jahre 1939 an Polen (31. März), Griechenland und Rumänien (13. April) sowie die Türkei (12. Mai) gegeben (***Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 6 [1939], S. 456 - 458 und 599).

Behauptungen angebotene Garantieversprechen anzunehmen und ging damit in die Einkreisungsfront gegen Deutschland über.

Unter diesen Umständen glaubte ich es vor meinem Gewissen und vor der Geschichte des deutschen Volkes verantworten zu können, nicht nur diesen Ländern bzw. ihren Regierungen die Unwahrheit der vorgebrachten britischen Behauptungen zu versichern, sondern darüber hinaus die stärkste Macht des Ostens noch besonders durch feierliche Erklärungen über die Grenzen unserer Interessen zu beruhigen.

Nationalsozialisten! Ihr habt es einst wohl alle gefühlt, daß dieser Schritt für mich ein bitterer und schwerer war. Niemals hat das deutsche Volk gegen die Völkerschaften Rußlands feindselige Gefühle gehegt. Allein seit über 2 Jahrzehnten hat sich die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus bemüht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken. Nicht Deutschland hat seine nationalsozialistische Weltanschauung jemals versucht nach Rußland zu tragen, sondern die jüdisch-bolschewistischen Machthaber in Moskau haben es unentwegt unternommen, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuoktroyieren, und dies nicht nur geistig, sondern vor allem auch militärisch-machtmäßig.

Die Folgen der Tätigkeit dieses Regimes aber waren in allen Ländern nur das Chaos, Elend und Hungersnot. Ich habe mich demgegenüber seit zwei Jahrzehnten bemüht, mit einem Minimum an Eingriffen und ohne jede Zerstörung unserer Produktion zu einer neuen sozialistischen Ordnung in Deutschland zu kommen, die nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern auch den Gewinn der Arbeit steigend den schaffenden Menschen immer mehr zufließen läßt.

Die Erfolge dieser Politik der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung unseres Volkes, die in planmäßiger Überwindung von Standes- und Klassengegensätzen als letztes Ziel einer wahren Volksgemeinschaft zustrebt, sind in der ganzen Welt einmalige.

Es war daher im August 1939 für mich eine schwere Überwindung, meinen Minister nach Moskau zu schikken, um dort zu versuchen, der britischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland entgegenzuarbeiten[98]. Ich tat es nur im Verantwortungsbewußtsein dem deutschen Volke gegenüber, vor allem aber in der Hoffnung, am Ende doch zu einer dauernden Entspannung kommen und die vielleicht von uns sonst geforderten Opfer vermindern zu können.

Indem nun Deutschland in Moskau feierlich die angeführten Gebiete und Länder -- ausgenommen Litauens -- als außerhalb aller deutschen politischen Interessen liegend versicherte, wurde noch eine besondere Vereinbarung getroffen für den Fall, daß es England gelingen sollte, Polen tatsächlich gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen. Aber auch hier fand eine Begrenzung der deutschen Ansprüche statt, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen der deutschen Waffen stand[99].

Nationalsozialisten! Die Folgen dieses von mir selbst gewünschten und im Interesse des deutschen Volkes abgeschlossenen Vertrages waren besonders für die in den betroffenen Ländern lebenden Deutschen sehr schwere. Weit mehr als eine halbe Million deutsche Volksgenossen -- alles Kleinbauern, Handwerker und Arbeiter -- wurden fast über Nacht gezwungen, ihre frühere Heimat zu verlassen[100], um einem neuen Regime zu entgehen, das ihnen zunächst mit grenzenlosem Elend, früher oder später aber mit der völligen Ausrottung drohte. Trotzdem sind Tausende Deutsche verschwunden! Es war unmöglich, jemals ihr Schicksal oder gar ihren Aufenthalt zu ermitteln. Unter ihnen befinden sich allein über 160 Männer deutscher Reichsangehörigkeit.

Ich habe zu dem allen geschwiegen, weil ich mußte! Denn es war ja mein Wunsch, eine endgültige Entspannung und, wenn möglich, einen dauernden Ausgleich mit diesem Staate herbeizuführen.

Schon während unseres Vormarsches in Polen aber beanspruchten die sowjetischen Machthaber plötzlich entgegen dem Vertrag auch Litauen.

Das Deutsche Reich hat nie die Absicht gehabt, Litauen zu besetzen und hat auch nicht nur kein derartiges Ansinnen an die Litauische Regierung gestellt, sondern im Gegenteil das Ersuchen der damaligen Litauischen Regierung[101], nach Litauen in diesem Sinne deutsche Truppen zu schicken, als nicht den Zielen der deutschen Politik entsprechend abgelehnt.

Trotzdem fügte ich mich auch in diese neue russische Forderung. Es war aber nur der Beginn fortgesetzter neuer Erpressungen, die sich seitdem immer wiederholten.

Der Sieg in Polen, der ausschließlich von deutschen Truppen erfochten worden war, veranlaßte mich, erneut ein Friedensangebot an die Westmächte zu richten[102].

Er verfiel durch die internationalen und jüdischen Kriegshetzer der Ablehnung[103].

Der Grund für diese Ablehnung aber lag schon damals daran, daß England noch immer die Hoffnung hatte, eine europäische Koalition gegen Deutschland mobilisieren zu können unter Einschluß des Balkans und Sowjetrußlands.

97) Vgl. oben S. 205 Anm. 5.

98) Reichsaußenminister **von Ribbentrop** unterzeichnete bei seinem Aufenthalt in Moskau am 23. August 1939 den deutsch-sowjetrussischen Nichtangriffsvertrag (Dokumente Bd. 7, Dok. 32).

99) Über die deutsch-sowjetrussische Interessengrenze vgl. Dokumente Bd. 7, S. 325 Anm. und 330 f.

100) Über die deutsch-sowjetrussischen Umsiedlungsvereinbarungen vom 16. November 1939, 5. September 1940 und 10. Januar 1941 vgl. Dokumente Bd. 7, S. 633 f. und 664 - 667 (Dok. 126), Bd. 8, S. 621 - 623 und 624 - 639 (Dok. 110) sowie unten S. 703 - 717 und 718-729 (Dok. 128 und 129).

101) Unter Brigadegeneral **Jonas Cernius** als Ministerpräsident.

102) Am 6. Oktober 1939 (Dokumente Bd. 7, S. 355 - 362).

103) Vgl. Dokumente Bd. 7, S. 362 Anm.

So entschloß man sich in London, als Botschafter Mister **Cripps** nach Moskau zu schicken[104]. Er erhielt den klaren Auftrag, unter allen Umständen die Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland erneut aufzunehmen und im englischen Sinne zu entwickeln. Über den Fortschritt dieser Mission berichtete die englische Presse, solange sie nicht taktische Gründe zum Schweigen veranlaßten.

Im Herbst 1939 und Frühjahr 1940 zeigten sich auch tatsächlich schon die ersten Folgen. Während sich Rußland anschickte, nicht nur Finnland[105], sondern auch die baltischen Staaten militärisch zu unterjochen[106], motivierte es diesen Vorgang plötzlich mit der ebenso verlogenen wie lächerlichen Behauptung, diese Länder vor einer fremden Bedrohung schützen bzw. ihr zuvorkommen zu müssen. Damit aber sollte nur Deutschland gemeint sein. Denn eine andere Macht konnte überhaupt in die Ostseegebiete weder eindringen noch dort einen Krieg führen. Trotzdem mußte ich schweigen. Aber die Machthaber im Kreml gingen sofort weiter.

Während Deutschland im Frühjahr 1940 seine Streitkräfte im Sinne des sogenannten Freundschaftspaktes[107] weit von der Ostgrenze zurückzog, ja diese Gebiete zum großen Teil überhaupt von deutschen Truppen entblößte, begann bereits zu dieser Zeit der Aufmarsch russischer Kräfte in einem Ausmaß, der nur als eine bewußte Bedrohung Deutschlands aufgefaßt werden konnte.

Nach einer damals persönlich abgegebenen Erklärung **Molotows** befanden sich schon im Frühjahr 1940 22 russische Divisionen allein in den baltischen Staaten.

Da die russische Regierung selbst immer behauptete, sie sei von der dortigen Bevölkerung gerufen worden, konnte der Zweck ihres Dortseins mithin nur eine Demonstration gegen Deutschland sein.

Während nun unsere Soldaten vom 10. Mai 1940 an die französisch-britische Macht im Westen gebrochen hatten, wurde der russische Aufmarsch an unserer Ostfront aber in einem allmählich immer bedrohlicheren Ausmaß fortgesetzt.

Vom August 1940 ab glaubte ich daher, es im Interesse des Reiches nicht mehr verantworten zu können, diesem gewaltigen Kräfteaufmarsch bolschewistischer Divisionen gegenüber unsere ohnehin schon so oft verwüsteten Ostprovinzen ungeschützt sein zu lassen.

Damit aber trat das ein, was die britisch-sowjetrussische Zusammenarbeit beabsichtigte, nämlich: die Bindung so starker deutscher Kräfte im Osten, daß besonders luftmäßig eine radikale Beendigung des Krieges im Westen von der deutschen Führung nicht mehr verantwortet werden konnte.

Dies entsprach aber nicht nur dem Ziel der britischen, sondern auch der sowjetrussischen Politik. Denn sowohl England wie Sowjetrußland haben die Absicht, diesen Krieg so lange als möglich dauern zu lassen, um ganz Europa zu schwächen und es in eine immer größere Ohnmacht zu versetzen.

Der bedrohliche Angriff Rußlands gegen Rumänien[108] sollte ebenfalls im letzten Grunde nur der Aufgabe dienen, eine wichtige Basis nicht nur des deutschen, sondern des wirtschaftlichen Lebens ganz Europas in die Hand zu bekommen oder unter Umständen wenigstens zu vernichten. Gerade das Deutsche Reich aber hat sich seit dem Jahre 1933 mit unendlicher Geduld bemüht, die südosteuropäischen Staaten als Handelspartner zu gewinnen. Wir besaßen deshalb auch das höchste Interesse an ihrer inneren staatlichen Konsolidierung und Ordnung. Der Einbruch Rußlands in Rumänien, die griechische Bindung an England[109] drohten auch diese Gebiete in kurzer Zeit in einen allgemeinen Kriegsschauplatz zu verwandeln.

Entgegen unseren Grundsätzen und Gebräuchen habe ich auf eine dringende Bitte der damaligen, an dieser Entwicklung selbst schuldigen Rumänischen Regierung[110] den Rat gegeben, um des Friedens wegen der sowjetischen Erpressung nachzugeben und Bessarabien abzutreten.

Die Rumänische Regierung glaubte dies aber vor ihrem eigenen Volke nur unter der Voraussetzung noch tragen zu können, wenn Deutschland und Italien als Entschädigung dafür wenigstens eine Garantie geben würden, daß an dem noch übrig bleibenden Bestand Rumäniens nicht mehr gerüttelt wird.

Ich habe dies schweren Herzens getan[111]. Vor allem schon deshalb: Wenn das Deutsche Reich eine Garantie gibt, bedeutet dies, daß es dafür auch einsteht. Wir sind weder Engländer noch Juden.

So glaubte ich noch in letzter Stunde, dem Frieden in diesem Gebiete gedient zu haben, wenn auch unter der Annahme einer schweren eigenen Verpflichtung. Um aber diese Probleme endgültig zu lösen und über die russische Einstellung dem Reiche gegenüber ebenfalls Klarheit zu erhalten, sowie unter dem Druck der sich stetig verstärkenden Mobilisierung an unserer Ostgrenze habe ich Herrn **Molotow** eingeladen, nach Berlin zu kommen[112].

Der Sowjetische Außenminister verlangte nun die Klärung bzw. Zustimmung Deutschlands in folgenden 4 Fragen[113]:

1. Frage Molotows:

Sollte sich die deutsche Garantie für Rumänien im Falle eines Angriffes Sowjetrußlands gegen Rumänien

104) Über ihn vgl. oben S. 195 Anm. 3.

105) Am 30. November 1939 begannen die sowjetrussischen Feindseligkeiten gegen Finnland.

106) Über die militärischen "Beistandspakte", die die Sowjetregierung mit diesen Staaten abschloß, vgl. oben S. 192 und Anm. 1-5.

107) Vom 28. September 1939 (Dokumente Bd. 7, Dok. 60a).

108) Ende Juni 1940; vgl. oben S. 193.

109) Vgl. dazu oben S. 111.

110) Unter Ministerpräsident **George Tatarescu.**

111) Am 30. August 1940 (Dokumente Bd. 8, Dok. 58).

112) Über **Molotows** Besuch in Berlin (12.-14. November 1940) vgl. Dokumente Bd. 8, Dok. 61.

113) Vgl. dazu auch oben S. 196 und unten S. 298 f.

auch gegen Sowjetrußland richten?

Meine Antwort:

Die deutsche Garantie ist eine allgemeine und uns unbedingt verpflichtende. Rußland habe uns aber nie erklärt, daß es außer Bessarabien überhaupt noch in Rumänien Interessen besitze[114]. Schon die Besetzung der Nord-Bukowina war ein Verstoß gegen diese Versicherung. Ich glaubte daher nicht, daß Rußland jetzt plötzlich noch weitergehende Absichten gegen Rumänien haben könnte.

2. Frage Molotows:

Rußland fühle sich erneut[115] von Finnland bedroht, Rußland sei entschlossen, dies nicht zu dulden. Sei Deutschland bereit, Finnland keinerlei Beistand zu geben und vor allem die nach Kirkenes zur Ablösung durchmarschierenden deutschen Truppen sofort zurückzuziehen?

Meine Antwort:

Deutschland habe nach wie vor in Finnland keine politischen Interessen. Ein neuer Krieg Rußlands gegen das kleine finnische Volk aber könne von der Deutschen Reichsregierung als nicht mehr tragbar angesehen werden, um so mehr, als wir an eine Bedrohung Rußlands durch Finnland niemals glauben könnten. Wir wollten aber überhaupt nicht, daß in der Ostsee nochmals ein Kriegsgebiet entstehe.

3. Frage Molotows:

Sei Deutschland bereit, einzuwilligen, daß Sowjet-Rußland seinerseits an Bulgarien eine Garantie gebe und sowjetrussische Truppen zu diesem Zwecke nach Bulgarien schicke, wobei er -- **Molotow** -- erklären wolle, daß sie nicht die Absicht hätten, aus diesem Anlaß z. B. den König[116] zu beseitigen?

Meine Antwort:

Bulgarien sei ein souveräner Staat, und ich wüßte nicht, daß, ähnlich wie Rumänien Deutschland, Bulgarien überhaupt Sowjet-Rußland um eine Garantie gebeten hätte. Außerdem müßte ich mich darüber mit meinen Verbündeten besprechen.

4. Frage Molotows:

Sowjet-Rußland benötige unter allen Umständen einen freien Durchgang durch die Dardanellen und fordere auch zu seinem Schutze die Besetzung einiger wichtiger Stützpunkte an den Dardanellen bzw. am Bosporus. Sei Deutschland damit einverstanden oder nicht?

Meine Antwort:

Deutschland sei bereit, jederzeit seine Zustimmung zu geben zu einer Änderung des Statuts von Montreux[117] zugunsten der Schwarzen-Meer-Staaten. Deutschland sei nicht bereit, einzuwilligen in die Besitznahme russischer Stützpunkte an den Meerengen.

Nationalsozialisten! Ich habe hier jene Haltung eingenommen, die ich als verantwortlicher Führer des Deutschen Reiches, aber auch als verantwortungsbewußter Vertreter der europäischen Kultur und Zivilisation allein einnehmen konnte. Die Folge war eine Verstärkung der sowjetrussischen gegen das Reich gerichteten Tätigkeit, vor allem aber der sofortige Beginn der inneren Aushöhlung des neuen rumänischen Staates und der Versuch, durch Propaganda die Bulgarische Regierung zu beseitigen.

Mit Hilfe verwirrter, unreifer Köpfe der rumänischen Legion gelang es, in Rumänien einen Staatsstreich zu inszenieren[118], dessen Ziel es war, den Staatschef General **Antonescu** zu stürzen, im Lande ein Chaos zu erzeugen, um durch die Beseitigung einer legalen Gewalt die Voraussetzung für das Inkrafttreten des deutschen Garantieversprechens zu entfernen.

Trotzdem glaubte ich noch immer, am besten mein Schweigen beizubehalten.

Sofort nach dem Scheitern dieses Unternehmens fand eine abermalige Verstärkung russischer Truppenkonzentrationen an der deutschen Ostgrenze statt. Panzerverbände und Fallschirmtruppen wurden in immer steigender Zahl in eine bedrohliche Nähe der deutschen Grenze verlegt[119]. Die deutsche Wehrmacht und die deutsche Heimat wissen, daß sich noch bis vor wenigen Wochen nicht eine einzige deutsche Panzer- oder Mot. Division an unserer Ostgrenze befand.

Wenn es aber eines letzten Beweises für die trotz aller Ablenkung und Tarnung inzwischen eingetretene

114) So hatte beispielsweise Außenkommissar **Molotow** auf der 6. Tagung des Obersten Sowjets am 29. März 1940 erklärt: Zwischen der Sowjetunion und Rumänien stehe die bessarabische Frage als ein unentschiedenes und strittiges Problem; die Sowjetregierung habe nie die [im Frühjahr 1920 erfolgte] Annexion Bessarabiens durch Rumänien anerkannt, freilich auch niemals sich bindend dagegen ausgesprochen.

115) In ihren Noten vom 26. und 28. November 1939 hatte die Sowjetregierung, die von der finnischen Regierung u. a. die Abtretung der ganzen karelischen Landenge gefordert hatte, die Konzentrierung finnischer Truppen auf der karelischen Landenge und die Weigerung der finnischen Regierung, ihre Truppen entsprechend der sowjetrussischen Forderung einseitig von der Grenze zurückzuziehen, als eine *"Bedrohung Leningrads"* bezeichnet. Ebenso erklärte Außenkommissar **Molotow** in seiner Rundfunkansprache vom späten Abend des 29. November, daß die Sowjetregierung die Abberufung ihrer politischen und wirtschaftlichen Vertreter aus Helsinki beschlossen habe, da sie die Bedrohung der sowjetrussischen Grenze und insbesondere Leningrads nicht weiter dulden könnte. Hinsichtlich des finnisch-sowjetrussischen Friedensvertrages vom 12. März 1940, auf Grund dessen Finnland größere Teile seines Staatsgebietes an die UdSSR. abtreten mußte, waren dann aber, wie der finnische Staatspräsident **Risto Ryti** in seiner Rundfunkrede vom 26. Juni 1941 bekanntgab, *"die Vertreter der Sowjetunion der Ansicht, daß er die Sicherheit Leningrads garantiere, zu deren Wahrung ja die Sowjetunion zu den Kriegshandlungen gegriffen hatte. Ebenso versicherten die Unterhändler, daß der Friedensvertrag die Sicherheit der [Murman-]Bahn nordöstlich vom Ladoga [See] garantiere, die die Sowjetunion für ihre Verbindungen für wichtig hielt"*. Auch an diese Erklärung hielt sich die Sowjetregierung nicht.

116) **Boris III.**

117) Das Meerengen-Abkommen von Montreux vom 20. Juli 1936 (***Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 3 [1936], S. 259 - 264 regelt die Durchfahrt von Handels- und Kriegsschiffen durch die Dardanellen.

118) Am 23. und 24. Januar 1940; vgl. oben S. 188 und unten S. 231 und 386.

119) Vgl. oben S. 162 f.

Koalition zwischen England und Sowjet-Rußland bedurft hätte, dann hat sie der jugoslawische Konflikt gebracht.

Während ich mich bemühte, einen letzten Versuch zur Befriedung des Balkans zu unternehmen und in verständnisvoller Zusammenarbeit mit dem Duce Jugoslawien einlud, dem Dreierpakt beizutreten[120], organisierten in gemeinsamer Arbeit England und Sowjet-Rußland jenen Handstreich[121], der die damalige verständigungsbereite Regierung[122] in einer Nacht beseitigte. Denn es kann heute dem deutschen Volke mitgeteilt werden: der serbische Staatsstreich gegen Deutschland fand nicht etwa nur unter englischen, sondern im wesentlichen unter sowjetrussischen Fahnen statt. Da wir auch dazu schwiegen, ging aber nunmehr die sowjetrussische Führung noch einen Schritt weiter. Sie organisierte nicht nur den Putsch, sondern sie hat wenige Tage später mit den ihr ergebenen neuen Kreaturen das bekannte Freundschaftsabkommen[123] getroffen, das bestimmt war, die Serben in ihrem Widerstandswillen gegen die Befriedung des Balkans zu stärken und gegen Deutschland aufzustacheln. Und dies war keine platonische Absicht. Moskau forderte die Mobilisation der serbischen Armee.

Da ich auch jetzt noch glaubte, lieber nicht zu reden, gingen die Machthaber des Kremls noch einen Schritt weiter:

Die Deutsche Reichsregierung besitzt heute die Unterlagen, aus denen erwiesen ist, daß Rußland, um Serbien endgültig in den Kampf zu bringen, die Zusicherung gab, über Saloniki Waffen, Flugzeuge und Munition und sonstiges Kriegsmaterial gegen Deutschland zu liefern.

Und das geschah fast im selben Augenblick, als ich selbst noch dem japanischen Außenminister **Dr. Matsuoka**[124] den Rat gab, mit Rußland eine Entspannung herbeizuführen[125], immer in der Hoffnung, damit dem Frieden zu dienen.

Nur der schnelle Durchbruch unserer unvergleichlichen Divisionen nach Skoplje[126] sowie die Einnahme von Saloniki[127] selbst haben die Absichten dieses sowjetrussisch - angelsächsischen Komplotts verhindert. Die serbischen Fliegeroffiziere aber flohen nach Rußland[128] und wurden dort sofort als Verbündete aufgenommen. Der Sieg der Achsenmächte auf dem Balkan allein hat zunächst den Plan vereitelt, Deutschland in diesem Sommer in monatelange Kämpfe im Südosten zu verstrikken und unterdes den Aufmarsch der sowjetrussischen Armeen immer mehr zu vollenden, ihre Kriegsbereitschaft zu verstärken, um dann gemeinsam mit England und, unterstützt durch die erhofften amerikanischen Lieferungen, das Deutsche Reich und Italien ersticken und erdrücken zu können.

Damit hat Moskau die Abmachungen unseres Freundschaftspaktes nicht nur gebrochen, sondern in erbärmlicher Weise verraten. Und dies alles, während die Machthaber des Kremls bis zur letzten Minute nach außen hin genau wie im Falle von Finnland oder Rumänien Frieden und Freundschaft heuchelten und scheinbar harmlose Dementis[129] verfaßten.

Wenn ich aber bisher durch die Umstände gezwungen war, immer wieder zu schweigen, so ist doch jetzt der Augenblick gekommen, wo ein weiteres Zusehen nicht nur eine Unterlassungssünde, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk, ja an ganz Europa wäre.

Heute stehen rund 160 russische Divisionen an unserer Grenze[130]. Seit Wochen finden dauernde Verletzungen dieser Grenze statt[131], nicht nur bei uns, sondern im hohen Norden wie in Rumänien[132]. Russische Flieger machen es sich zum Vergnügen, unbekümmert diese Grenzen einfach zu übersehen, um uns wohl dadurch zu beweisen, daß sie sich bereits als die Herren dieser Gebiete fühlen. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni haben wieder russische Patrouillen auf deutsches Reichsgebiet vorgefühlt und konnten erst nach längerem Feuergefecht zurückgetrieben werden[133]. Damit aber ist nunmehr die Stunde gekommen, in der es notwendig wird, diesem Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegs-

---

120) Jugoslawien trat am 25. März 1941 dem Dreimächtepakt bei (unten S. 415 bis 421 [Dok. 5 - 53c]).

121) Vom 27. März 1941 (vgl. oben S. 58 Anm. 2).

122) Zwetkowitsch.

123) Vom 5. April 1941 (vgl. oben S. 199 f. und unten S. 233 f.

124) Über **Matsuokas** Besuch in Berlin vgl. unten S. 334 - 341.

125) Am 13. April 1941 wurde der japanisch-sowjetrussische Neutralitätspakt abgeschlossen (***Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 8 [1941], S. 448 f.; ebd. S. 449 die japanisch-sowjetrussische Erklärung vom gleichen Tage über die Unantastbarkeit Mandschukuos und der Mongolischen Volksrepublik).

126) Der deutsche Wehrmachtbericht vom 9. April 1941 meldete: *"Schnelle Truppen und Infanteriedivisionen unter dem Befehl des Generalfeldmarschalls* ***List*** *haben, aus Bulgarien heraus vorgehend, die jugoslawische Grenzverteidigung durchbrochen, sind trotz schwierigen Berggeländes über hundert Kilometer tief in das Becken Üsküb (Skoplje) vorgestoßen und haben den Wardar überschritten. Damit ist die Trennung zwischen den jugoslawischen und griechisch-englischen Streitkräften vollzogen".*

127) Der deutsche Wehrmachtbericht vom 10. April 1941 meldete: *"Aus Jugoslawien im Wardartal vorstoßende Panzerkräfte gewannen Saloniki".*

128) Vgl. oben S. 201.

129) Vgl. oben S. 201.

130) Vgl. oben S. 163.

131) Vgl. oben S. 154 - 157 und 159 Anm. 1.

132) Darüber heißt es in der rumänischen Antwortnote auf das britische Ultimatum vom 30. November 1941, die am 7. Dezember bekanntgegeben wurde (***Auswärtige Politik*** Jahrg. 9 [1942], S. 148): *"Nachdem der Angriff der UdSSR,. [gegen Rumänien im Juni 1940] seine ersten Erfolge erzielt hatte, haben die Provokationen der Sowjetregierung nicht aufgehört, und damit hat die UdSSR ihrer Absicht Ausdruck gegeben, ihren Expansions- und Unterdrückungswillen weiter aufrechtzuerhalten. Wir führen an: ... unaufhörliche Einflüge russischer Flugzeuge, die in den Monaten April bis Juni [1941] trotz aller Proteste Rumäniens zweimal bis siebenmal täglich rumänisches Gebiet überflogen und so die Vorbereitung von militärischen Operationen bezeugten, die massenhaften und riesigen Truppenzusammenziehungen an der Nord- und Südostgrenze Rumäniens mit Angriffsaufstellungen und ständigen von Spähtruppverbänden provozierten Zwischenfällen; die an der rumänischen Grenze .zusammengezogenen militärischen Kräfte der Sowjets beliefen sich auf 30 Infanteriedivisionen, 8 Kavalleriedivisionen und 14 motorisierte Brigaden."*

133) Vgl. auch oben S. 164 f.

anstifter und der ebenso jüdischen Machthaber der bolschewistischen Moskauer Zentrale entgegenzutreten.

Deutsches Volk! In diesem Augenblick vollzieht sich ein Aufmarsch, der in Ausdehnung und Umfang der größte ist, den die Welt bisher gesehen hat. Im Verein mit finnischen Kameraden stehen die Kämpfer des Siegers von Narvik[134] am Nördlichen Eismeer. Deutsche Divisionen unter dem Befehl des Eroberers von Norwegen[135] schützen gemeinsam mit den finnischen Freiheitshelden unter ihrem Marschall[136] den finnischen Boden[137]. Von Ostpreußen bis zu den Karpaten reichen die Formationen der deutschen Ostfront. An den Ufern des Pruth, am Unterlauf der Donau bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres vereinen sich unter dem Staatschef **Antonescu** deutsche und rumänische Soldaten[138]. Die Aufgabe dieser Front ist daher nicht mehr der Schutz einzelner Länder, sondern die Sicherung Europas und damit die Rettung aller.

Ich habe mich deshalb heute entschlossen, das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches und unseres Volkes wieder in die Hand unserer Soldaten zu legen.

Möge uns der Herrgott gerade in diesem Kampfe helfen!

gez. **Adolf Hitler**[139].

---

134) General der Gebirgstruppen **Eduard Dietl** (über ihn vgl. Dokumente Bd. 8, S. 54 Anm. 4), der mit seinem nach dem Norwegenfeldzug aufgestellten deutschen Gebirgskorps Norwegen von September 1940 bis Mai 1941 in Nordnorwegen, später im Raum von Kirkenes lag. Am 29. Juni 1941 trat er mit seinem Korps an der äußersten linken Flanke am Nördlichen Eismeer zum Kampf gegen die Sowjetunion an. Nachdem ihm am 15. Januar 1942 die Führung des Armeeoberkommandos Lappland und damit aller in Nordfinnland stehenden deutschen Truppen und starker finnischer Verbände übertragen worden war, beförderte ihn der Führer bei seinem Besuche in Finnland anläßlich des 75. Geburtstages des Marschalls **Mannerheim** (vgl. unten Anm. 4), wie am 6. Juni 1942 bekanntgegeben wurde, zum Generaloberst.

135) Generaloberst **Nikolaus von Falkenhorst** (über ihn vgl. Dokumente Bd. 8 S. 51 Anm. 1).

136) Freiherr **Carl Gustaf Mannerheim**. Ihm als dem Oberbefehlshaber der finnischen Wehrmacht verlieh der Führer anläßlich der Einnahme von Viipuri (Wiborg) vom 30. August 1941 am gleichen Tage *"als äußerliches Zeichen für die Verbundenheit der deutschen und der finnischen Wehrmacht im gemeinsamen Schicksalskampf und in Würdigung seiner und seiner Truppen Tapferkeit namens des deutschen Volkes mit den Spangen zum EK. I und II von 1914 das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes"*, das ihm General **Jodl** am 4. September in des Führers Auftrag überreichte. Zu seinem 75. Geburtstage am 4. Juni 1942 sprach ihm der Führer persönlich seine Glückwünsche aus und überreichte ihm bei dieser Gelegenheit das Großkreuz des Ordens vom Deutschen Adler in Gold, die höchste deutsche Ordensauszeichnung.

137) Vgl. auch unten S. 252 f. Anm. 1.

138) Vgl. auch unten S. 244 Anm. 1.

139) Über die Vorgeschichte des deutsch-sowjetrussischen Konfliktes machte der Führer in seiner Rede vor seinen alten Mitkämpfern im Löwenbräukeller zu München vom 8. November 1941 folgende Mitteilungen (***VB***. vom 10. November 1941; ***Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 8 [1941], S. 1033 - 1035); Der Großdeutsche Freiheitskampf Bd. 3 (München 1942), S. 93 - 96.

"Während wir gerade den Aufmarsch im Westen durchführten, begann Sowjetrußland bereits mit dem Aufmarsch im Osten. Es trat ein Moment ein, da standen von uns in Ostpreußen drei Divisionen, während Rußland im baltischen Raum 22 mobilisiert hatte. Und das verstärkte sich nun von Monat zu Monat. Es blieb uns das nicht verborgen. Jeden einzelnen Verband konnten wir fast Monat für Monat genau feststellen, wo, wie und wann er einrückte. Damit verbunden war eine ungeheure Arbeit an unserer Front, die auch nicht übersehen werden sollte.

Im Laufe von wenigen Monaten wurden nicht hundert, sondern 900 Flugplätze in Bau gegeben, begonnen, teils fertiggestellt, angelegt (vgl. unten S. 297 Anm. 4); man konnte sich ausrechnen, zu welchem Zweck eine so gigantische, über alle Vorstellungen hinausreichende Massierung der russischen Flugwaffe stattfand. Dazu begann nun das Auffüllen einer Basis für einen Aufmarsch,einer Basis, die so gewaltig war, daß man schon daraus auch wieder auf die Größe des Aufmarsches schließen konnte.

Parallel dazu ging eine ins Unerhörte gesteigerte Rüstungsproduktion. Neue Fabriken wurden eingerichtet, Fabriken, von denen Sie sich, meine Parteigenossen, zum Teil vielleicht keine Vorstellungen machen können. Wo vor zwei Jahren noch ein Bauerndorf stand, wurden in dieser Zeit Fabriken aufgerichtet, die nunmehr 65.000 Arbeiter beschäftigten! Die Arbeiter in Lehmhöhlen, nur die Fabrikgebäude, Verwaltungsgebäude der GPU. vorne als Paläste, rückwärts als Gefängnisse mit Zellen für die grausamsten Martern und Torturen.

Parallel damit ging nun eine Verschiebung von Truppen, nicht nur aus dem Innern, sondern sogar aus dem Fernen Osten des Weltreiches an unsere Grenze, Division reihte sich an Division. Die Zahlen gingen endlich schon weit über 100, 120, 140,150, 170 Divisionen hinaus.

Unter diesen bedrückenden Erkenntnissen habe ich damals **Molotow** nach Berlin geladen. Sie kennen die Ergebnisse der Berliner Besprechung (vom 12. bis 14. November 1940). Sie ließen keinen Zweifel darüber, daß Rußland entschlossen war, spätestens in diesem Herbst vorzugehen, möglicherweise bereits im Sommer. Man verlangte, daß wir selbst, ich möchte sagen, das Tor des Aufmarsches friedlich öffnen würden. Ich gehöre nun nicht zu den Menschen, die gewisse Tiere nachahmen, die sich ihre Schlächter selbst aussuchen. Ich habe daher auch **Molotow** damals in Berlin kurz verabschiedet. Ich war mir im klaren, daß nunmehr die Würfel gefallen waren, und daß uns der schwerste Gang nicht mehr erspart bleiben würde.

Dies wurde durch die Tätigkeit Sowjetrußlands vor allem auf dem Balkan bestätigt, durch jene unterirdische Tä-

tigkeit, die wir ja von Deutschland her zur Genüge kennen. Überall bolschewistische Agenten, überall neue Juden und Zersetzungsschriften. Es begann jene unterirdische Arbeit, die man nach kurzer Zeit schon gar nicht mehr verheimlichen konnte und auch gar nicht mehr verheimlichen wollte. Auch bei uns begann man mit der neuen Propaganda. Sie war allerdings nicht erfolgreich, denn die Wirksamkeit der nationalsozialistischen Arbeit hatte sich unterdes gezeigt.

Endlich kam der Moment, da man den Abschluß des russischen Aufmarsches daran erkennen konnte, daß es -- ausgenommen ein paar Divisionen um Moskau, die man ersichtlich zurückhielt als Garde gegen das eigene Volk, und einige Divisionen im Osten -- nichts mehr gab, was nicht an der Westfront war. Und zu all dem brach in Serbien, von Rußland geschürt, der Ihnen bekannte Aufstand (vom 27.März 1941) los, der Putsch von bolschewistischen Agenten und englischen Emissären angezettelt, und gleich darauf der Freundschaftspakt, der Unterstützungspakt Rußlands mit Serbien [vom 5. April 1941]. Damals war Herr **Stalin** der Überzeugung, daß schon dieser Feldzug uns vielleicht das ganze Jahr festhalten würde und daß dann bald der Moment kommen konnte, wo er nicht mit Waffen und Material, sondern endlich mit seinem gigantischen Menschenreservoir würde in Erscheinung treten können. Heute aber kann ich es zum ersten Male aussprechen: Es war noch etwas Weiteres, was uns darüber belehrt hat.

Im Jahre 1939 und 1940 [4., 9. und 30. Juli] fanden in London eine große Anzahl von sogenannten Geheimsitzungen des britischen Unterhauses statt. Und in diesen Geheimsitzungen hat der whiskybeseligte Herr **Churchill** seine Gedanken geäußert und seine Hoffnungen und endlich seine Überzeugung, nämlich daß Rußland zu England hin auf dem Marsch sei, daß er von Mister **Cripps** die absoluten Unterlagen besitze, daß es höchstens ein bis eineinhalb Jahre dauern würde, bis Rußland in Erscheinung tritt und man daher höchstens noch ein bis eineinhalb Jahre aushalten müßte. Das war auch der Grund für diesen damals nicht begreiflichen Mut dieses Herrn. Wir haben davon Kenntnis erhalten, laufend Kenntnis erhalten.

Und ich habe nun daraus die Konsequenzen gezogen. Die erste war die der Freimachung unserer Südostflanke. Ich kann nur sagen, wir müssen heute, nach Kenntnis von all dem, was vorgefallen war, **Mussolini** wirklich danken, daß er noch im Jahre 1940 [28. Oktober 1940] in diese Eiterbeule hineingestoßen und gestochen hat. Es war uns gelungen, noch im Frühjahr eigentlich in wenigen Wochen endgültig mit Hilfe der zu uns stehenden europäischen Staaten [Ungarn, Rumänien und Bulgarien], dieses Problem zu lösen und die Frage endgültig zu klären, ruhmvoll abgeschlossen mit der Einnahme von Kreta [1. Juni 1941] und damit mit dem Vorlegen eines Riegels vor die Dardanellen.

Ich habe schon oft über die Leistungen unserer Wehrmacht gesprochen. Sie hat sich auch in diesem Feldzug ruhmvoll bewährt, sowohl das Heer als auch die Luftwaffe.

Und nun achtete ich auf jede Bewegung unseres großen Gegners im Osten. Ich war seit April und Mai, ich möchte sagen, fortgesetzt auf der Beobachtungsstation und sah mir ununterbrochen jeden Vorgang an, entschlossen, in jedem Moment, in dem mir bewußt wurde, daß der Gegner Anstalten machte, seinerseits anzugreifen, wenn notwendig 24 Stunden vorher loszuschlagen.

Mitte Juni wurden die Anzeichen drohend und in der zweiten Hälfte des Juni konnte es keinen Zweifel mehr geben, daß es sich hier um eine Frage von vielleicht Tagen, von vielleicht Wochen noch handeln würde. So gab ich den Befehl für den 22. Juni, nun unsererseits sofort anzutreten. Glauben Sie mir, meine alten Parteigenossen, es war das der schwerste Entschluß meines ganzen bisherigen Lebens, ein Entschluß, von dem ich wußte, daß er uns in einen sehr schweren Kampf verwickeln würde, von dem ich aber hoffte, daß die Chancen, ihn zu gewinnen, um so größer waren, je schneller wir dem anderen zuvorkommen würden.

Wie war nun damals die Lage? Der Westen war an sich gesichert. Dabei möchte ich gleich eines vorwegnehmen: Es gibt so geniale Politiker im Lager unserer Gegner, die jetzt sagen, ich hätte gewußt, daß man uns im Westen nicht angreife, daher hätte ich den Mut gehabt, im Osten anzugreifen. Diesen Genies kann ich nur sagen: sie verkennen meine Vorsicht. Ich habe mich im Westen so vorbereitet, daß sie jederzeit antreten können. Wenn es den Herren Engländern beliebt, sei es in Norwegen, sei es an unserer deutschen Küste, sei es in Holland, in Belgien oder in Frankreich eine Offensive zu unternehmen, so können wir nur sagen: Tretet an, ihr werdet schneller wieder abtreten, als ihr gekommen seid! Wir haben diese Küsten heute in einen anderen Zustand versetzt, als sie es noch vor einem Jahr gewesen waren. Es ist dort gearbeitet worden, und zwar mit nationalsozialistischer Gründlichkeit. Der Chef eines großen Teiles dieser Arbeit -- ich brauche nur einen einzigen Namen zu sagen -- war unser Todt.

Und es wird dort natürlich dauernd noch weitergearbeitet. Sie kennen mich ja aus unserer Parteizeit her. Ich habe niemals den Stillstand gekannt, sondern wenn irgendwo zehn Batterien stehen, dann kommen noch fünf dazu vorsichtigerweise, und wenn fünfzehn stehen, dann noch einmal fünf weitere und noch weitere dazu -- unsere Gegner liefern uns ja die Batterien selber genügend.

Wir haben auch überall genügend Kräfte gelassen, um jederzeit bereit zu sein. Sie sind nicht gekommen. Auch gut! Ich will gar kein Blut vergießen. Aber wenn sie gekommen wären, dann -- wie gesagt -- wären sie schon längst wieder gegangen. Hier waren wir also sicher.

Den Balkan hatten wir auch gesichert. In Nordafrika war es unseren gemeinsamen Bestrebungen gelungen, ebenfalls eine stabile Ordnung herzustellen. Finnland erklärte sich bereit, an unsere Seite zu treten. Rumänien desgleichen. Bulgarien begriff ebenfalls die Gefahr und tat nichts, was uns irgendwie hätte Abbruch tun können. Ungarn erkannte ebenfalls die große historische Stunde und faßte einen heroischen Entschluß, so daß ich es, als der 22. Juni kam, vor meinem Gewissen verantworten zu können glaubte, dieser Gefahr -- und wenn auch nur mit wenigen Tagen Vorsprung -- entgegenzutreten".

Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht an das Auswärtige Amt vom Januar bis 20. Juni 1941

F.H.Qu., den 11. Mai 1941.
Geheime Kommandosache.

Der Chef
des Oberkommandos der Wehrmacht.
WFST/Abt. L (I Op)
Nr. 0886/41 g. Kdos.

An den Herrn Reichsminister des Äußern.

Sehr verehrter Herr Reichsminister!

Das Oberkommando der Wehrmacht beobachtet seit Monaten mit ständig wachsender Besorgnis die Entwicklung, die der Aufmarsch russischer Streitkräfte entlang der deutschen Ostgrenze nimmt.

Nach den hier vorliegenden Meldungen befanden sich bei Kriegsausbruch 1939 etwa 77 russische Schützen-Divisionen im europäischen Rußland, davon nur wenig mehr als die Hälfte im west-russischen Grenzraum. Nach Beendigung des Polenfeldzuges erhöhte sich diese Zahl auf 114. Wenn das Oberkommando der Wehrmacht damals eine gewisse Begründung dieser Maßnahme in der allerdings fast kampflosen Besetzung Ost-Polens durch russische Truppen[1] sah, so mußte es nach planmäßigem Abschluß dieser Operationen mit um so größerem Befremden ein noch weiteres Anwachsen dieser Zahl auf 121 feststellen.

Seit Beginn dieses Jahres aber liefen fast täglich beim Oberkommando der Wehrmacht von allen Teilen der Grenze Meldungen ein, die in ihrer Gesamtauswertung das Bild einer umfassenden russischen Truppenkonzentration an der deutschen Ostgrenze ergaben. Unter rücksichtslosem Abtransport von Schützen-, mot. und Pz.-Divisionen aus dem asiatischen Raum und Kaukasien - besonders nach dem russisch-japanischen Nichtangriffspakt[2] - erhöhte sich die Zahl allein der festgestellten Schützen-Divisionen im europäischen Rußland am 1. 5. 1941 auf 143. Davon befanden sich 119 Divisionen im deutsch-russischen Grenzraum.

Bei den Pz.-Brigaden und Pz.-Divisionen ist diese wachsende Schwerpunktbildung noch erheblich ausgesprochener. Seit Jahresbeginn befinden sich fast sämtliche überhaupt festgestellten mot. und Pz.-Einheiten in West-Rußland. Hinzu kommen weitere 20 Kav.-Divisionen und mehrere Fallschirm-Bataillone.

Eine gleiche Entwicklung ist auch bei der russischen Luftwaffe zu erkennen. Mit der ständig zunehmenden Anhäufung leichter Fliegerverbände zur Unterstützung des Heeres läßt der rasche Fortgang des Ausbaues der Bodenorganisation in Grenznähe die Vorbereitung weitreichender Bombenangriffe starker Kampffliegereinheiten in das Deutsche Reich hinein erkennen.

Weiterhin weist das Oberkommando der Wehrmacht erneut auf die wiederholten Äußerungen höherer sowjetrussischer Offiziere hin, die bei Planspielen und Truppenübungen offen von einer baldigen russischen Offensive sprachen.

Das Oberkommando der Wehrmacht ist durch diese Tatsachen in Verbindung mit den dem Auswärtigen Amt laufend mitgeteilten Grenzverletzungen sowjetrussischer Flugzeuge und Soldaten zu der Überzeugung gekommen, daß dieses einer Mobilmachung praktisch gleichkommende Ausmaß des russischen Aufmarsches an der deutschen Ostgrenze nur noch als Vorbereitung für russische Offensivmaßnahmen größten Umfanges gedeutet werden kann. Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts rückt daher in bedrohliche Nähe.

Der annähernd abgeschlossene Aufmarsch ihrer Wehrmacht ermöglicht der sowjetrussischen Staatsführung dabei die freie Wahl des Angriffsbeginns. Entsprechende deutsche Gegenmaßnahmen werden nunmehr unumgänglich.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
(gez.) Keitel.

Berlin, den 11. 6. 1941.
Geheime Kommandosache.
Nur durch Offizier!

Oberkommando der Wehrmacht
Ausl. Nr. 212/41 g. Kdos. Chefs.
Chefsache.

An die Reichsregierung, über den Herrn Reichsminister des Auswärtigen.

Das Oberkommando der Wehrmacht hat die Reichsregierung fortlaufend darüber unterrichtet gehalten, wie sehr die militärische Haltung Sowjetrußlands in wachsendem Maße einen bedrohlichen Charakter angenommen hat. Wenn die politische Haltung der Sowjet-Union ein wechselndes Gesicht zeigte und die Erfüllung der Verträge auf wirtschaftlichem Gebiet im wesentlichen keine Veranlassung zu Beanstandungen gab[3], so hat sich doch inzwischen klar erwiesen, daß die militärischen Maßnahmen der Sowjet-Union eindeutig auf die Vorbereitung eines Angriffs auf das Deutsche Reich eingestellt sind.

Diese Entwicklung, die zu einem Großaufmarsch der Roten Armee vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee geführt hat, stellt sich wie folgt dar:

Um die Jahreswende 1939/40 bestanden noch keine Besorgnisse für die Sicherheit der deutschen Ostgrenze. Die Sowjet-Union hatte bei der Liquidierung Polens eine äußerlich freundschaftliche Haltung gezeigt. Be-

1) Vgl. Dokumente Bd. 7, Dok. 58.
2) Vom 13. April 1941; vgl. unten S. 213 Anm. 5.
3) Vgl. unten S. 201.

reits Anfang 1940 mußte jedoch mit Befremden festgestellt werden, daß die Sowjet-Union nicht nur ihre Westgrenze stark zu befestigen begann, daß sie nicht nur die bekannte tote Zone entlang der Grenze schaffte und die Verlegung der Industrie in das Innere einleitete, sondern daß sie in immer steigendem Maße eine Verstärkung der Grenztruppen vornahm.

Am 1.9.39 hatten in dem Gebiet westlich der Linie Archangelsk-Kalinin-Poltawa-Westspitze Krim gestanden:

44 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen und
3 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Aus Anlaß des Polenfeldzuges[4] hat die Sowjet-Union bis zum 28. 11. 39 diese Truppen um 47 Divisionen und motorisierte und Panzer-Brigaden verstärkt auf

76 Schützen-Divisionen,
21 Kavallerie-Divisionen und
17 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Trotz der Beendigung des Polenfeldzuges wurden die Verstärkungen in großem Umfange fortgesetzt. So kamen bis zum 12. 3. 40 mindestens weitere 16, wahrscheinlich sogar 25 Divisionen und motorisierte Brigaden neu hinzu. Die Gesamtstärke der sowjetrussischen Truppen im westlichen Grenzgebiet betrug danach Mitte März 1940:

86-95 Schützen-Divisionen,
22 Kavallerie-Divisionen und
22 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Nachdem anfänglich die Zusammenarbeit der deutschen und sowjet-russischen Stellen an der neuen Grenze im früheren Polen scheinbar förderlich und reibungslos vor sich gegangen war, kam es im Winter 1939/40 immer häufiger zu ernsten Zwischenfällen. Diese Zwischenfälle enthüllten eine ausgesprochene Abneigung und deutschfeindliche Einstellung der sowjetrussischen Grenztruppen. Ihr Verhalten war völlig unbegründet, da man deutscherseits offen seine friedlichen Absichten zeigte und sich um ein friedliches Zusammenleben an der Grenze bemühte. Während die deutschen Grenzverletzungen sich meist als geringfügig und immer als unbeabsichtigt erwiesen, waren die sowjetrussischen Grenzverletzungen viel zahlreicher, ungleich schwerer und hatten häufig Todesfälle auf deutschem Gebiet zur Folge. Erst auf ernstliche Vorstellungen der Deutschen Reichsregierung hin sind die sowjetrussischen Grenzverletzungen wenigstens zeitweise zurückgegangen.

Bei der Besetzung der Baltischen Staaten durch Sowjet-Rußland[5] war durch Verträge eine Höchststärke der Besatzung von insgesamt 70 000 Mann vereinbart worden. Diese Zahl ist zunächst nicht einmal erreicht worden. So war die Stärke der Besatzungsarmee am 28. 11. 39 53 000 Mann und am 1. 2. 40 57 500 Mann. Die Besetzung ging widerstandslos vonstatten; auch in der weiteren Besatzungszeit ist es in den besetzten Gebieten niemals zu einem Zustand gekommen, der eine Erhöhung der sowjetrussischen Besatzungszahlen militärisch erforderlich gemacht haben würde. Trotzdem ging die Sowjet-Union, nachdem sie die drei Länder völlig einverleibt hatte[6], daran, diese Gebiete mit einer überstarken Truppenmacht aller Waffengattungen zu besetzen. Im Frühsommer 1940 hatte die Belegung eine Gesamtstärke von rund 250 000 Mann erreicht; zur Zeit stehen schätzungsweise 650 000 Mann in dem Gebiet der früheren Baltischen Staaten. Eine weitere schwere Bedrohung Deutschlands stellte der Aufmarsch starker russischer Kräfte an der russisch-rumänischen Grenze dar, der im Oktober 1940 begann. Als im September 1940 auf Wunsch der damaligen rumänischen Regierung die Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien erwogen und später durchgeführt wurde[7], benutzte die Regierung der UdSSR diesen Umstand zum Anlaß, erhebliche Truppenmengen des Heeres und der Luftwaffe in Bessarabien und in der Bukowina an der rumänischen Grenze zusammen-zuziehen und dort zu belassen. Aufgabe dieser Kräfte war zunächst, durch Ausübung eines Drucks auf die Balkanstaaten den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu mindern und die auf friedliche Durchführung gerichteten Absichten Deutschlands auf dem Balkan zunichte zu machen. Seit dem immer stärker werdenden Auftreten englischer Kräfte in Griechenland[8] bestand jedoch die Aufgabe der an der rumänischen Grenze versammelten russischen Kräfte offensichtlich darin, bei der nach dem Putsch in Belgrad vom 27. März 1941[9] unvermeidlich gewordenen bewaffneten Auseinandersetzung einzugreifen und, in westlicher Richtung vorstoßend, die Verbindung mit der jugoslawischen Wehrmacht aufzunehmen sowie die deutschen Balkankräfte von ihren Nachschublinien abzuschneiden. Die Voraussetzungen für einen angriffsweisen Einsatz wurden geschaffen, grenznahe Flugplätze angelegt, Versorgungsbasen geschaffen, Panzerverbände herangeführt, die rückwärtigen Verbindungen verbessert und zahlreiche Vormarschmöglichkeiten durch das Gebirge zur Grenze geschaffen. Nur durch die schnellen und entscheidenden deutschen Waffenerfolge wurden diese Pläne durchkreuzt[10].

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Jahre 1940 und 1941 eine ununterbrochene Kette von Verletzungen der deutschen Hoheitsgrenze durch die sowjetrussische Luftwaffe. So ist allein im Monat Mai 1941 die deutsche Grenze von sowjetrussischen Flugzeugen 27mal überflogen worden. Auch die Grenzverletzungen durch sowjetrussische Soldaten lebten mit Beginn des Jahres 1941 wieder auf und nehmen allmählich unerträgliche Formen an.

---

4) Vgl. oben S. 158 und Anm. 1.
5) Auf Grund der Beistandspakte vom 28. September und 5. und 10. Oktober 1939 (vgl. unten S. 191 Anm. 3 - 5).
6) Durch Beschluß des Obersten Sowjets vom 3., 5. und 6. August 1940 (vgl. unten S. 192, Anm. 5).
7) Vgl. Dokumente Bd. 8, S. 347 und 390 Anm. 1.
8) Vgl. oben S. 52 (Dok. 5).
9) Vgl. oben S. 58 Anm. 2.
10) Vgl. auch unten S. 506.

Ein eindringliches Bild der außerordentlichen sowjetrussischen Truppenzusammenziehungen an der Westgrenze gibt die nachstehende Aufstellung:

1.9.39:
44 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
3 motorisierte und Panzer-Brigaden
(zusammen ca. 65 Divisionen).

28.11.39:
76 Schützen-Divisionen,
21 Kavallerie-Divisionen,
17 motorisierte und Panzer-Brigaden
(zusammen ca. 106 Divisionen).

1.5.41:
118 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
40 motorisierte und Panzer-Brigaden
(zusammen ca. 158 Divisionen).

Das Oberkommando der Wehrmacht hat angesichts dieser Truppenverstärkungen der Roten Armee nach und nach erhebliche Kräfte an die deutsche Ostgrenze verlegen müssen. Diese Umgruppierung ist unmittelbar und ausschließlich durch den bedrohlichen sowjetrussischen Aufmarsch veranlaßt worden.

Der Bedrohung, die aus dem Aufmarsch der sowjetrussischen Armee für Deutschland erwächst, entspricht der in ihr hochgezüchtete deutschfeindliche Geist, der dauernd geschürt und wachgehalten wird durch eine feindselige Propaganda. Hierfür liegen zahllose Nachrichten auch von befreundeten und neutralen Beobachtern vor.

Daraus ergibt sich, daß der Aufmarsch der Roten Armee im wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden muß. Denn von insgesamt
170 Schützen-Divisionen,
33½ Kavallerie-Divisionen,
46 motorisierten und Panzer-Brigaden
befinden sich im westlichen Grenzgebiet:
118 Schützen-Divisionen,
20 Kavallerie-Divisionen,
40 motorisierte und Panzer-Brigaden,
im übrigen europäischen Rußland nur
27 Schützen-Divisionen,
5½ Kavallerie-Divisionen,
1 motorisierte und Panzer-Brigade,
im Fernen Osten lediglich
25 Schützen-Divisionen,
8 Kavallerie-Divisionen,
5 motorisierte und Panzer-Brigaden.

Es ergibt sich also das Bild, daß der russische Aufmarsch immer näher an die Grenze vorgeschoben worden ist. Die einzelnen Verbände des Heeres und der Luftwaffe haben in sich nach vorne aufgeschlossen: grenznahe Flugplätze sind mit starken Verbänden der Luftwaffe belegt worden. Die Erkundungstätigkeit hat auffallend zugenommen und ist teilweise durch höchste Offiziere mit großen Stäben ausgeführt worden.

Alle diese Tatsachen, verbunden mit dem in der russischen Wehrmacht gezüchteten Vernichtungswillen gegen Deutschland, zwingen notwendig zu dem Schluß, daß die Sowjetunion sich bereit macht, in jedem ihr geeignet scheinenden Augenblick zum Angriff gegen das Großdeutsche Reich anzutreten.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.
(gez.) Keitel.

Berlin, den 20. 6. 41.
Geheime Kommandosache.

Oberkommando der Wehrmacht.
WFST/Abt. L (I Op)
Nr. 001 161/41 g. K.
Betr.: Sowjetrussische Grenzverletzungen.

An das Auswärtige Amt, z. Hd. Herrn Botschafter Ritter.

Am 17. Juni 1941 um 8.25 Uhr überschritten bewaffnete russische Soldaten im Abschnitt des deutschen VI. A. K. östlich der Romintener Heide bei Eiszeryszki (15 km west. Kalvarija) die russische Grenze und bewegten sich sichernd auf deutschem Gebiet. Als deutsche Posten Gewehrschüsse auf die russischen Soldaten abgaben, nahmen sie Deckung. Nach einem kurzen Feuergefecht zogen sich dann die Russen wieder auf ihr Gebiet zurück.

Dieser Vorfall ist im Zusammenhang mit dem gerade gegenüber Ostpreußen besonders massierten Aufmarsch sowjetrussischer Kräfte ein erneutes Anzeichen für die provokativen Absichten Sowjetrußlands.

Seit 11. Juni d. J. sind allein gegenüber dem Grenzabschnitt Suwalki - Memel 20 Inf.-Div., 2 Pz.-Div. und 5 Pz.-Brigaden einwandfrei festgestellt.

In dem weit nach Westen vorspringenden Bogen um Bialystok sind 19 Inf.-Div., 7 Kav.-Div., 1 Pz.-Div. und 5 Pz.-Brigaden zusammengezogen.

Dahinter um Baranowitschi ist eine Reserve-Armee von 10 Inf. -Div. und 2 Pz.-Brig. versammelt.

Daraus geht hervor, daß sich jeden Augenblick eine ungeheure sowjetrussische Truppenmacht, die in 4 Armeen gegliedert ist und
49 Inf.-Div., darunter zahlreiche motorisierte,
3 Pz.-Div.,
12 Pz.-Brigaden und
7 Kav.-Div.
umfaßt, von Osten und Südosten her gegen Ostpreußen und gegen das Mündungsgebiet von Bug und Narew nördlich Warschau in Bewegung setzen kann.[11]

Ein solcher Angriff kann nach den vorliegenden Mel-

11) Nach den geheimen sowjetrussischen Operationsplänen, die im Stabsquartier einer Sowjetarmee in Luck aufgefunden wurden und zusammen mit anderem in den Räumen der früheren litauischen Staatsdruckerei und der kommunistischen Zeitung *"Tiesa"* in Kowno entdeckten, die deutschen Ostgebiete betreffenden Material (Karten, Pläne, Reiseführer, Telephonbücher, Listen der führenden deutschen Persönlichkeiten usw.) weitere unumstößliche Beweise

dungen über die Belegung der sowjetrussischen Flugplätze nördlich der Pripet-Sümpfe von nahezu 2.000 Flugzeugen unterstützt werden.

Daß auch an der gesamten übrigen Ostfront die sowjetrussischen Kräfte in ähnlicher, wenn auch nicht solch ausgesprochener Masse konzentriert sind, wurde dem Auswärtigen Amt schon am 11. Mai[12] eingehend erläutert. In den letzten Wochen hat sich das Lagebild über den Aufmarsch der Sowjettruppen nur insofern geändert, als in Südbessarabien ausschließlich schnelle Kräfte (Panzer-Div. und -Brigaden sowie motorisierte und Kav.-Div.) versammelt sind, was eindeutig auf offensive Absichten schließen läßt.

Abschließend muß das Oberkommando der Wehrmacht feststellen, daß eine derartige militärische Situation einem Staate gegenüber, mit dem ein Freundschaftspakt[13] besteht, als einzigartig zu bezeichnen ist.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Sowjetrußland diesen Pakt seit Monaten nurmehr als eine Sicherung betrachtet hat, um möglichst ungestört im Sinne Englands den gewaltigsten militärischen Aufmarsch seiner Geschichte gegen Deutschland zu vollziehen.

Die Sicherheit des Reiches macht es erforderlich, diese Bedrohung unverzüglich zu beseitigen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

I. A.: (gez.) Jodl.

für die sowjetischen Angriffsvorbereitungen darbieten, sollte die 3. und 4. Armee (mit 22 Divisionen und 8 Reservedivisionen) von Kowno aus vorgehen, während die 5. Armee (mit 17 Divisionen) in Richtung auf das ostpreußische Städtchen Gehlenberg (früher: Bialla [Kr. Johannesburg]) operieren sollte. Die im Raum um Bialystok aufmarschierte 7. Armee, für die ungewöhnlich starke Reserven bereitgestellt waren, sollte über Ostrolenka in das Generalgouvernement einbrechen. Zwei weitere Armeen, die 2. und 1., sollten schließlich gegen Warschau bzw. von Brest aus nach Süden vorstoßen. Für den Beginn der Operationen war der 25. Juli 1941 als Termin vorgesehen.

12) Oben S. 160-164.

13) Vom 28. September 1939 (Dokumente Bd. 7, Dok. 60a).

Bericht des Reichsministers des Innern Dr. Frick und des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei Himmler an die deutsche Reichsregierung über die gegen das Deutsche Reich gerichtete Zersetzungsarbeit der Sowjetunion vom 10. Juni 1941 [1].

Berlin, den 10. Juni 1941.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD.

IV E L 17/41 gRS. Geheime Reichssache.

Bericht an den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei.

Die zersetzende Tätigkeit der kommunistischen Internationale bis zum Abschluß des deutsch-sowjetrussischen Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. 8. 1939[2] gegenüber den Achsenmächten, insbesondere gegen das nationalsozialistische Deutschland, ist allgemein bekannt.

Die Hoffnung, Sowjetrußland würde sich nach Abschluß dieses Paktes entsprechend den Vertragsabmachungen loyal verhalten und die Wühlarbeit gegen das Reich einstellen, war trügerisch. Im Gegenteil: Kommunistische Zersetzung, Sabotage- und Terrorversuche und äußerste Forcierung des militärischen, wirtschaftlichen und politischen Nachrichtendienstes waren die unverrückbaren - jedoch erkannten - Ziele der sowjetrussischen Machthaber.

Das einzige, was man geändert hatte, war die Methode, die durch stets neue Formen und raffinierte Tarnungen der Abwehr dauernd neue Aufgaben stellte.

I. Aufbau und Zielsetzung der Komintern.

Die kommunistische Internationale (Komintern) ist die sowjetrussische Organisation (Sitz Moskau) mit dem Ziel (§ 1 des Statuts): "*Die kommunistischen Parteien aller Länder zu einer Weltpartei zu vereinen, für die Gewinnung der Arbeiterklasse sowie die Grundsätze des Kommunismus und der Diktatur des Proletariats zu kämpfen.*" Noch heute gehören **Stalin** -- als 1. Sekretär der kommunistischen Partei der SU. -- dem Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern an ebenso wie **Molotow**, ferner der deutsche Emigrant **Pieck**[3] als Vertreter der deutschen Sektion der kommunistischen Internationale, der französische Kommunistenführer **Thorez** und als Vorsitzender der aus dem Reichstagsbrand[4] bekannte bulgarische Terrorist **Dimitroff.** [5].

1) *DNB*. vom 25 Juni1941.
Die Veröffentlichung dieses Berichtes hatte Reichsaußenminister **von Ribbentrop** bereits am Morgen des 22. Juni 1941 angekündigt (vgl. unten S. 183 Anm. 2).

2) Dokumente Bd. 7, Dok. 32.

3) Wilhelm Pieck, der seit 1918 der KPD. angehörte, war 1921/28 Mitglied des Preußischen Landtages und 1928/33 Reichstagsabgeordneter.

4) 27. Februar 1933.

5) **Georgi Dimitroff**, der am 9. März 1933 in Berlin verhaftet und am 23. Dezember 1933 im Reichstagsbrandstifterprozeß vom Reichsgericht mangels Beweisen freigesprochen worden war, wurde nach seiner Einbürgerung in der Sowjetunion am 27. Februar 1934 aus der Schutzhaft entlassen und nach Rußand abgeschoben.

Für die amtlichen Stellen der SU bedeutet die Komintern den unbelasteten -- inoffiziellen, d. h. nicht staatlichen -- Apparat, der für jede Zersetzungsarbeit im internationalen Maßstab eingesetzt werden kann. Neben den Spezialnachrichten- und Spionagediensten wird aber auch die Komintern zu diesen Spezialaufgaben im Ausland angesetzt, so daß eine genaue Trennung bei der Bekämpfung nur schwer durchzuführen ist.

Mit einem intensiven Aufwand an Menschen und Geld wurde gerade während des Krieges die Wühlarbeit der Komintern gesteigert. Ganz Europa wurde mit Aufrufen und Weisungen der einzelnen Länder-sektionen überschüttet mit dem Ziel, die Anhänger der kommunistischen Ideologie zu angestrengtester und ausdauerndster Zersetzungsarbeit gegen den "*imperialistischen Krieg Deutschlands*" anzufeuern, nicht zuletzt, um durch diese Steigerung der Aktivität die für die Sowjetunion vermuteten nachteiligen Wirkungen des Paktabschlusses mit dem nationalsozialistischen Deutschland auszugleichen.

II. Die neue Methode der illegalen Zersetzungsarbeit.

1. Gegen das Reich.

Infolge der rücksichtslosen Bekämpfung und Vernichtung der kommunistischen Partei -- von 1933 an -- als notwendige Folge der kompromißlosen Kampfstellung des Nationalsozialismus waren in der Zeit vor dem Paktabschluß sowohl die schärfsten Bemühungen der Komintern vom Ausland her als auch die -- überwachte -- Arbeit kleinerer Restbestandteile der KP. mit ihren AM- und BB-Gruppen (AM = Abteilung für Militärpolitik, BB = Betriebsspionage) umsonst.

Dem gesteigerten Druck der polizeilichen Abwehr gegenüber antwortete die Komintern mit methodischen Anweisungen einer verfeinerten Zersetzungstaktik. Nach dem Beispiel des "Trojanischen Pferdes"[6] sollte noch mehr von innen heraus - nach dem Schulbeispiel des spanischen Bürgerkrieges[7] - gearbeitet werden. Durch den Paktabschluß vom 23. 8. 1939 wurde diesem Vorgehen jede propagandistische Resonanz genommen, der das Exekutivkomitee der Komintern mit einer gesteigerten Tätigkeit zur Erneuerung eines umfassenden AM- und BB-Apparates begegnen wollte. Während in den besetzten Gebieten durch die immer noch bestehenden starken Auffangapparate der kommunistischen Parteien selbst die Komintern leichtere Arbeit hatte, kamen ihre Bemühungen gegen das Reich aus dem Stadium des Versuches durch rechtzeitigen Zugriff nie heraus.

Durch fortlaufende Beobachtung wurde festgestellt, daß in den europäischen Ländern die Verbindungsstellen der Komintern erneut stark ausgebaut wurden mit dem alleinigen Ziel, die zersetzende und nachrichtendienstliche Tätigkeit nach Deutschland zu steigern.

So befindet sich eine Hauptverbindungsstelle bei der schwedisch-kommunistischen Partei in Stockholm. Diese Stelle ist eine der rührigsten und gefährlichsten Einsatzzentren der Komintern. Ihre Methode gegen das Reich soll aus der Vielzahl des vorliegenden Materials im nachstehenden näher beschrieben werden.

Zur Arbeit gegen das Reich wurden ehemalige deutsche kommunistische Spitzenfunktionäre, die in langjähriger Ausbildung in Moskau und anderen Städten Europas geschult waren, bevorzugt benutzt. Sie wurden erstmalig im Jahre 1939 in das Reich eingeschleust. Einem der Gerissensten gelang es, in umfassender Weise mit den von früher her bekannten Genossen in Berlin in Verbindung zu kommen und in systematischer Arbeit in Berliner Großbetrieben, in denen wehrwichtige Arbeit durchgeführt wurde, erneut kommunistische Betriebszellen aufzuziehen. Der eindeutig verfolgte Zweck dieser Unternehmung war, sowohl die Belegschaft zu zersetzen als sie zur Sabotage anzuleiten und dabei gleichzeitig Betriebsspionage auszuüben. Auf geschickt ausgebauten Kurierwegen wurden fortlaufend Material, Befehle und Geld von den Komintern-Instrukteuren aus Stockholm und Kopenhagen bezogen. Führenden Anteil in der Steuerung dieser im gefährlichen Maße sich ausbauenden Organisation hatte der schwedische Reichstagsabgeordnete **Linderoth**, der der Vertreter des europäischen Büros der Komintern in Stockholm ist. Er erledigte besonders Aufträge, die ihm vom Exekutiv-Komitee der kommunistischen Internationale für die einzelnen Länder übertragen wurden. **Linderoth** aktivierte von Stockholm aus in Kopenhagen unmittelbare Beauftragte der Komintern in der Arbeit gegen das Reich, die auch von ihm finanziert wurden. Um die zum Einsatz gelangenden Spitzenfunktionäre wie z. B. **Arthur Emmerlich**, geb. 20. 7. 1907 in Niederwiese, oder **Willy Gall**, geb. 3. 10. 1908 in Falkenstein/Vogtland, oder **Rudolf Hallmeyer**, geb. 3. 2. 1908 in Plauen, oder **Heinrich Schmeer**, geb. 20. 3. 1906, gegen Zugriffe der Sicherheitspolizei (SD.) weitgehend zu schützen, wurden sie über die vermutliche polizeiliche Arbeitsweise von den Beauftragten des **Linderoth** geschult. Die Schulung wurde durch den hier bestens bekannten Kommissar der GPU. -- die seit dem 3. 2. 1941 Teil des vereinigten Volkskommissariats für innere Angelegenheiten geworden ist mit dem Titel "Volkskommissariat für Staatssicherheiten" -- **Dimitri Fedosejewitsch Krylow** betrieben.

Die von den obengenannten Spitzenfunktionären

6) Auf dem VII. Weltkongreß der Komintern (25. Juli-20. August 1935) sagte **Dimitroff**: *"Genossen, ihr erinnert euch der alten Sage von der Einnahme Trojas. Troja hatte sich vor dem angreifenden Heer durch unbezwingbare Mauern geschützt. Und das angreifende Heer, das nicht wenig Verluste erlitten hatte, konnte den Sieg nicht erringen, bis es ihm gelang, mit Hilfe des trojanischen Pferdes in das Innere, in das Herz des Feindes einzudringen. Wir revolutionären Arbeiter dürfen uns nicht genieren, die gleiche Taktik gegenüber unserem faschistischen Feinde anzuwenden"*.

7) 18. Juli 1936 - 1. April 1939.

ausgebaute Organisation arbeitete über eine inzwischen in Hamburg fest eingebaute Kurierstelle über Kopenhagen, Stockholm nach Moskau mit dem Ziel, gegen Erhalt von Geldmitteln und Weisungen über den wichtigsten Fabrikations- und Produktionsstand neuartigster Waffen in Deutschland zu berichten.

Der Organisation oblag neben diesen Aufgaben auch die laufende Herstellung zersetzender Flugblätter. Aus dem zuletzt -- Ende Mai 1941 -- an **Emmerlich** gelangenden Befehl der Komintern aus Moskau ist auffallend ersichtlich, daß gerade für die nächsten zwei Monate die Entsendung einer größeren Zahl weiterer Instrukteure, aufgegliedert nach den einzelnen Gauen des Reiches, vorbereitet und in Durchführung begriffen war.

Da die fortlaufende Beobachtung durch den Umfang der Organisation nicht mehr in der Lage war, tatsächliche Schäden zu verhindern, erfolgte Ende Mai 1941 rechtzeitig der Zugriff und die Festsetzung sämtlicher Beteiligten.

2. Gegen die von Deutschland besetzten Gebiete

Die Technik der illegalen Zersetzung durch die Komintern in den von Deutschland besetzten Gebieten verläuft in der Form ähnlich wie oben beschrieben.

Im einzelnen ist hervorzuheben:

a) Im Protektorat.

Bereits vor der Besetzung der ehemaligen Tschecho-Slowakei war die kommunistische Partei sehr rege, die aber vor allem nach Errichtung des Protektorats[8] in ihrer Illegalität voll zur Auswirkung gelangte. In den letzten Jahren waren aus diesem Gebiet laufend kommunistische Funktionäre auf die **Lenin**-Schule nach Moskau berufen worden, wo sie in einem militär-politischen Unterricht in der Theorie und Praxis des Bürger- und Terrorkrieges geschult wurden.

Diese qualifizierten Funktionäre wurden nach Errichtung des Protektorats[8] in Ansatz gebracht. Sie begannen unverzüglich mit dem Auf- und Ausbau der illegalen KPD. Die Verbindung mit der Komintern und die Überwachung und Leitung der Parteiarbeit wurde durch das Generalkonsulat der UdSSR. in Prag aufrechterhalten und durchgeführt[9]. Als Verbindungsmann zum sowjetrussischen Generalkonsulat arbeitet der ***Tass***-Korrespondent und Pressereferent beim sowjetrussischen Generalkonsulat **Kurt Beer** (Jude!). In Ausübung seiner Funktion erhielt er von der diplomatischen Vertretung russische Zeitungen und kommunistisches Propagandamaterial, das er weisungsgemäß den Spitzenfunktionären der KPD. überließ. Er war auch Vermittler riesiger Geldbeträge für die Unterstützung der illegalen Parteiarbeit.

Außer dieser Verbindung über das sowjetrussische Generalkonsulat bestand im Protektorat noch eine direkte Funkverbindung der Komintern mit Moskau. Die mit der Leitung dieses Kominterngeheimsenders in Prag beauftragten Funktionäre waren ebenfalls in einem Spezialkursus in Moskau auf der Schule für Radio-Telegraphie ausgebildet. (Diese Schule wird von der Komintern beaufsichtigt und steht unter Bewachung der Roten Armee.) Die Lehrgänge werden auf breitester Basis durchgeführt und haben die Bezeichnung "Oms", d. h. Organisacia mezdunarodnowa sojedinenia (Organisation der internationalen Verbindungen).

Der funktechnische Apparat in Prag, der bis vor einigen Tagen in Tätigkeit war, bestand aus einer großen Sende- und Empfangsanlage.

Auf funkentelegraphischem Wege wurden von Prag aus Berichte über die allgemeine innenpolitische Lage, über die Anleitung und den Verlauf der durch die Partei durchgeführten Aktionen, über die Sitzungen der gesamten Zentralleitung und die dabei getroffenen Entschlüsse sowie über die Lage, Stimmung und Tätigkeit der Partei durchgegeben und entsprechende Befehle und Anweisungen des Exekutivkomitees der Komintern aus Moskau empfangen. Die sichergestellten beiderseitigen Funksprüche sind der vollendete Beweis für die unnachsichtige Revolutionsidee der Komintern, gerichtet auf die Vernichtung des Nationalsozialismus.

b) Im besetzten Teil Frankreichs.

Weiteres Augenmerk hat die Komintern besonders der französischen kommunistischen Partei geschenkt, zumal Frankreich schon nach Ansicht **Lenins** das bolschewistische Bollwerk Westeuropas werden sollte. Bei der derzeitigen Zersplitterung und inneren Schwäche Frankreichs hofft die kommunistische Internationale, die vor dem Krieg über eine zahlreiche Anhängerschaft verfügte, zum Erfolg zu gelangen.

Auch hier wieder wurde die einwandfreie Feststellung getroffen, daß die Kommunisten in Frankreich von den diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion in jeder Form mit Geld und Propagandamitteln ausgestattet werden.

Auch hier spielte der Pakt vom 23. 8. 1939 keine Rolle, höchstens insoweit, als man von diesem Zeitpunkt ab in indirekter Arbeit die Aktivität der französischen Kommunisten gegen Deutschland steigerte. Schlagkräftigster und zugleich objektivster Beweis hierfür ist ein bei der Überprüfung in Paris sichergestellter Akt der "Sureté nationale" (franz. Geheimpolizei) betr. die französische Tageszeitung "***L'Ordre***". Ausweislich der authentischen Unterlagen der französischen Polizei war an der im November 1939 durchgeführten Sanierung neben dem Chef des Pressedienstes der jugoslawischen Gesandtschaft **Vutzevitsch** und **Jacques Ebstein**, Liebhaber der Lady **Stanley**, einer Schwester des Lord Derby, der tschechische Jude **Otto Katz** alias Karl Simon, der im sowjetrussischen Dienst stand, beteiligt. Im November 1939 hat der Sowjetbotschafter **Suritz**[10] in Paris

8) 16. März 1939.

9) Vgl. auch unten S. 179.

10) **Jakob Sacharjewitsch Suritz** war bis zum 26. März 1940 Botschafter der UdSSR. in Paris.

zusammen mit dem ehemaligen rot-spanischen Minister **Negrin**[11] und im Januar/Februar 1940 mit dem Sekretär der Botschaft **Biriukoff** den Hauptschriftleiter der Zeitung "*Büré*" in seiner Villa in Saint Cloud besucht. Bei dieser Gelegenheit wurde vereinbart, daß ein gewisser **Etevenont** als offizieller Beauftragter der sowjetrussischen Botschaft in der Verwaltung des "*L'Ordre*" beschäftigt wird. Die hierfür gewährte Unterstützung wurde Ende März auf 800 000 Frcs. monatlich erhöht. Den kommunistischen Führern wurde nach der Auflösung ihrer Partei in Frankreich[12] der ausdrückliche Befehl gegeben, ihren Anhängern Weisung zu erteilen, den "*L'Ordre*" als deutschfeindlich-zuverlässig zu lesen.

c) In den übrigen besetzten Gebieten.

In Norwegen ist es ebenfalls die Sowjetgesandtschaft in Oslo, die den Mittelpunkt der Komintern-Zersetzungspropaganda darstellt. Hier konnten Angehörige der Gesandtschaft bei Ausführung der Tat ermittelt werden.

In Holland, Belgien, im ehemaligen Jugoslawien ist die gleiche Arbeitsmethode, wie gegen das Reich zum Einsatz gebracht, bewiesen.

Es würde den gestellten Rahmen dieses Kurzberichts weit überschreiten, wenn das umfangreiche, dokumentarisch belegte Zeugen- und Schriftmaterial, was über die Zersetzungs- und Ausspähungsarbeit der Komintern im einzelnen vorliegt, erschöpfend angeführt würde.

Wichtig hervorzuheben bleibt die immer wieder festzustellende Erkenntnis, daß das Verhalten der Sowjetunion gegenüber dem Reich und den von ihm besetzten Gebieten unaufrichtig und die Zersetzungsarbeit der Komintern seit 1940 fieberhaft zugenommen hat.

III. Sabotage durch die Komintern.

Bereits ein Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges war die Komintern dazu übergegangen, erprobte Kommunisten aller Sektionen nach Sowjetrußland zu beordern und sie dort auf den einschlägigen Schulen, insbesondere im Sabotage- und Sprengstoffwesen, zu unterrichten. So wurden seit dem Jahre 1930 die sogenannten militärpolitischen Schulungskurse in Moskau mit besonderer Intensität wieder aufgenommen und bis heute nicht wieder eingestellt. Da die Komintern bei Verwirklichung ihrer weltpolitischen Machtgelüste stets mit der Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung rechnete, gab sie auf ihren Weltkongressen[13] Richtlinien heraus, die eindeutig ihre Anhänger zur Durchführung von Terror- und Sabotageakten aufforderten und diese Gewaltverbrechen als politische Notwendigkeit hinstellten.

11) Der Sozialist Dr. **Juan Negrin** hatte am 18. Mai 1937 ein (dann am 6. April 1938 umgebildetes) rotspanisches Volksfrontkabinett gebildet.

12) Am 28. September 1939.

13) Vgl. unten S. 176 Anm. 1.

Die Vielzahl der von der Sicherheitspolizei (SD) im Reichsgebiet aufgedeckten Terror- und Sabotagegruppen, die auf Befehl der Komintern gegründet worden sind, ist bezeichnend für die Haltung der Sowjetunion dem Reich gegenüber. Sabotageanschlagsvorbereitungen gegen kriegswichtige Objekte, Brücken, Sprengungen wichtiger Eisenbahndurchgangsstrecken, Zerstörung und Lahmlegung bedeutender Industrieanlagen sind Angriffsziele dieser rein kommunistischen Gruppen gewesen, die bei Durchführung ihrer Aktionen auch davor nicht zurückschreckten, Menschenleben zu vernichten. Neben den Aufträgen zur Ausführung von Sabotageakten erhielten die Täter Anweisung zur Durchführung von Attentaten gegen führende Persönlichkeiten des Reiches.

Obwohl angenommen werden konnte, daß die Serie dieser von der Komintern durchgeführten bezw. in Vorbereitung befindlichen Gewaltverbrechen mit Abschluß des deutsch-russischen Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 ihren Abschluß finden würde, haben sich durch die umfassenden Ermittlungen, insbesondere auch in den von Deutschland besetzten Gebieten, Beweise ergeben, daß die Komintern nicht gewillt ist, ihre verbrecherische Tätigkeit gegen das Reich einzustellen.

Neben den von England auf Weisung des Secret Service gebildeten Schiffssabotagegruppen, deren Ziel schon im Frieden die Vernichtung deutschen Schiffsraums war[14], bestand eine noch weit verzweigtere, von der Komintern aufgezogene Terrororganisation, deren Aufgabe hauptsächlich in der Vernichtung der Schiffe derjenigen Staaten bestand, die seinerzeit im Antikominternblock zusammengeschlossen waren.

Nachweisbar waren Mitglieder dieser Organisation bis Ende 1940 tätig und versuchten, von Dänemark aus erneut ins Reichsgebiet hineinzuarbeiten. Leiter dieser Organisation war der deutsche Emigrant **Ernst Wollweber**, der 1931 Mitglied der Reichsleitung der RGO. (Rote Gewerkschafts-Opposition) war und im November 1932 als Abgeordneter der KPD in den Reichstag gewählt wurde[15]. **Wollweber** übernahm nach seiner Emigration nach Kopenhagen im Jahre 1933 die Leitung der ISH.[16], die als Berufsinternationale der Seeleute und Hafenarbeiter die Trägerin der von der Komintern angeordneten Sabotageaktionen, insbesondere gegen deutsche Schiffe, ist. Er ist maßgeblich verantwortlich für den Aufbau und aktiven Einsatz der auf Weisung Moskaus gebildeten Sabotagegruppen in Deutschland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und den ehemals baltischen Randstaaten. Im großen Maßstab überwachte er die Beschaffung und den Transport von Sprengstoffen und anderem Sabotagematerial und verfügte über die in reichem

14) Vgl. darüber Dokumente Bd. 8, S. 110 und Anm. 2.

15) **Wollweber**, der der KPD. seit ihrer Gründung angehörte, war außerdem 1928/32 Mitglied des Preußischen Landtages.

16) Internationale der Proletarischen Seeleute und Hafenarbeiter.

Maße zur Finanzierung der Organisation und zur Entlohnung der Agenten von der Komintern bereitgestellten Geldmittel. **Wollweber** floh nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Oslo im Mai 1940 nach Schweden, wo er sich bis zum heutigen Tage in Stockholm in Haft befindet. Von seiten der Sowjetregierung sind bei der schwedischen Regierung Schritte unternommen worden, **Wollweber** nach Sowjetrußland auszuliefern, zumal ihm inzwischen wegen seiner erfolgreichen Arbeit für die Komintern die sowjetische Staatsangehörigkeit zuerkannt worden ist.

Auf die Tätigkeit dieser über ganz Europa verbreiteten kommunistischen Terrorgruppen sind fortlaufend Sabotageanschläge auf 16 deutsche, 3 italienische, 2 japanische Schiffe zurückzuführen, die in zwei Fällen zum Totalverlust wertvollster Schiffe führten. Während die Täter zuerst die Vernichtung der Schiffe durch Brandsätze herbeizuführen versuchten, gingen sie, da diese Methode meist nicht zum Totalverlust der Schiffe führte, in neuester Zeit dazu über, Sprengstoffanschläge gegen die in der Ost- und Nordsee verkehrenden Schiffe durchzuführen. Ihre Hauptstützpunkte befinden sich insbesondere in den Häfen Hamburg, Bremen, Danzig, Rotterdam, Amsterdam, Kopenhagen, Oslo, Reval und Riga.

Die in Holland, Belgien und Frankreich gebildeten kommunistischen Sabotagegruppen standen unter der Leitung des holländischen Kommunisten **Josef Rimbertus Schaap**, der als Leiter des Interklubs in Rotterdam tätig war und engste Verbindung mit den Spitzenfunktionären der Gesamtorganisation in Skandinavien unterhielt. Ihm unmittelbar unterstellt war der frühere Hamburger RFB[17] -Organisationsleiter **Karl Bargstädt**, dem in der Gesamtorganisation die technische Durchführung der Sprengstoffanschläge oblag. Das für die Sabotageakte notwendige Sprengmaterial stammte aus nordskandinavischen Erzminen und wurde den kommunistischen Sabotagegruppen in Holland, Belgien und Frankreich durch holländische Seeleute über den norwegischen Erzhafen Narvik und den schwedischen Erzhafen Lulea zugeführt. Als einer der markantesten Sprengstoffkuriere konnte der holländische Kommunist **Willem van Vreeswijk** in Rotterdam festgenommen werden.

Sowohl die holländische als auch die belgische Gruppe unterhielten einige Laboratorien, in denen sie Brand- und Sprengbomben herstellten. Die Sabotageanschläge auf den italienischen Dampfer "Boccaccio" und den japanischen Dampfer "Kasij Maru" sind auf die Tätigkeit dieser Gruppen zurückzuführen. Vorbereitete Sabotageaktionen gegen deutsche Schiffe in den Häfen von Amsterdam und Rotterdam konnten rechtzeitig entdeckt und verhindert werden.

Im Zuge der weiteren Ermittlungen gelang es der Sicherheitspolizei (SD), 24 kommunistische Terroristen festzunehmen, unter denen sich auch der Leiter der holländischen Sabotagegruppe Achille Beguin und der Leiter der belgischen Sabotagegruppe **Alfons Fictels** befinden.

Schaap selbst konnte am 1. 8 1940 von der dänischen Polizei in Kopenhagen festgenommen werden, als er im Begriff war, die schon in Dänemark bestehende Schiffssabotageorganisation erneut in Aktion zu setzen.

Wie sehr die Komintern bestrebt ist, auch im Ostseeraum die deutsche Schiffahrt durch Sabotageakte vernichtend zu treffen, geht daraus hervor, daß es in den Monaten Februar bis April der Sicherheitspolizei (SD) zusammen mit der dänischen Polizei gelang, führende Funktionäre der Kommunistischen Partei Dänemarks festzunehmen, die kommunistische Sabotagegruppen aktiv handelnd unterstützt haben. Unter ihnen befinden sich u. a. das Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Dänemarks und der Generalsekretär der ISH **Richard Jensen**, der Redakteur der dänischen kommunistischen Zeitung "***Arbeiterblatt***" in Kopenhagen **Thöger Thögersen** und das Vorstandsmitglied des Bundes der Freunde der Sowjetunion Dänemarks, der Halbjude **Otto Melchior**.

Auf das Konto der kommunistischen Sabotagegruppen in Dänemark sind insbesondere die Anschläge auf den deutschen Dampfer "Saar" im Hafen von Reval und den deutschen Frachtdampfer "Phila" im Hafen von Königsberg zurückzuführen, wobei bei letzterem durch eine heftige Explosion ein großes Leck in der Schiffswand des Vorderschiffes in Höhe der Wasserlinie entstand. Die Anbordbringung der chemischen Zeitzünderpackung erfolgte im Hafen von Riga.

Von der dänisch-kommunistischen Organisation verwandte chemisch-mechanische Zündsprengstoffe und Zündschnüre kamen aus Schweden und wurden jeweils durch besonderen Kurier aus einem Herrenbekleidungsgeschäft in Malmö, wo sie lagerten, nach Kopenhagen transportiert.

Wichtigste Hinweise für die Arbeit der Komintern gegen Deutschland haben sich auch durch die Aussagen weiterer kommunistischer Terroristen in Dänemark ergeben.

So wurde von der Komintern besonderer Wert auf die Gewinnung skandinavischer Seeleute als Mitarbeiter gelegt, da man die Ansicht vertrat, daß in einem kommenden Kriege die skandinavischen Staaten allein neutral bleiben würden und nur die Angehörigen dieser Länder dann die Möglichkeit besäßen, in deutschen Häfen bezw. auf deutschen Schiffen Terrorakte durchzuführen. Darüber hinaus bestand die dringende Anweisung, die Ladung ihrer eigenen Schiffe durch Brand- und Sprengsätze zu vernichten, falls dies den Interessen der Sowjetunion dienlich sei. **Wollweber** selbst hatte an die einzelnen Sabotagegruppen in den Ostseestaaten und den deutschen Nordseehäfen die Anweisung erteilt, auf allen in diesem Raum fahrenden Schiffen mindestens einen zuverlässigen Mitarbeiter zu werben, der für seine künftige Arbeit im Sinne der 3. Internatio-

17) Rotfrontkämpferbund.

nale bestens geschult werden sollte.

Auf seine Anordnung ist auch der Versuch einer Gründung einer Sabotagegruppe in Danzig zurückzuführen

Führende ISH-Funktionäre dieser Gruppen, unter ihnen der aus Oslo stammende norwegische Staatsangehörige **Arthur Samsing,** der längere Zeit in der Sowjetunion aufhältlich war, konnten inzwischen festgenommen werden und haben ausführliche Angaben über ihre im Auftrage **Wollwebers** gegen das Reich gerichteten Sabotageaktionen gemacht.

Im Auftrage der Komintern errichtete **Wollweber** gleichfalls Stützpunkte auf den Ostseeinseln Dagö und Ösel. Die auf diesen Inseln angeworbenen Mitarbeiter sollten jedoch erst in Aktion treten, falls in einem Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion diese Inseln von deutschen Truppen bezw. von der Kriegsmarine in Besitz genommen würden. Die Sabotageakte sollten sich dann in erster Linie gegen U-Boot-Basen, Flugplätze und Öllager richten.

Wie sehr der Bolschewismus auch im Reich selbst eine Tätigkeit zu entfalten versuchte, geht aus der Tatsache hervor, daß seit März 1941 Feststellungen in Oberschlesien und im Generalgouvernement durch die Sicherheitspolizei (SD.) getroffen werden konnten, wonach als Leiter polnischer Sabotage- und Terrororganisationen in vermehrtem Umfange kommunistische Elemente eingesetzt worden sind. Auch hier zeigt die Organisierung von in letzter Zeit durchgeführten Gewaltverbrechen typisch kommunistische Ausführungsmethoden, wie sie von der Komintern bei Aufstellung der "Kriegsthesen" auf dem VI. und VII. Weltkongreß in Moskau[18] an alle Sektionen herausgegeben worden sind.

IV. Die sowjetrussische Spionage (wirtschaftlicher, militärischer und politischer Nachrichtendienst) gegen das Reich.

1. GPU.-Methoden gegen volksdeutsche Umsiedler.

Als durch den deutsch-russischen Grenzvertrag vom 28. 9. 39[19] Rußland die Früchte des deutschen Sieges über Polen durch einen erheblichen Gebietszuwachs in einem großen Umfange auch für sich verbuchen konnte, hat es die Aufrichtung der deutsch-russischen Interessengrenze dazu benutzt, die erstmalig wieder in Erscheinung getretene Landberührung mit dem Großdeutschen Reiche zum Einfallstor für zahllose Spionageagenten im Gebiet seines Nichtangriffspartners auszubauen.

Die großzügige Aktion des Führers zur Heimführung der auf russischem Territorium lebenden Volksdeutschen wurde in schmählicher Weise zu obengenannten Zwecken ausgenutzt.

Als die Volksdeutschen, dem Rufe des Führers folgend, sich in Massen zur Umsiedlung[20] meldeten, trat die berüchtigte GPU. -- die seit dem 3. 2. 41 Teil des vereinigten Volkskommissariats für innere Angelegenheiten geworden ist mit dem Titel "Volkskommissariat für Staatssicherheit" -- auf den Plan, und zwar um viele dieser deutschen Menschen unter Anwendung verwerflichster Mittel sich für eine Spionagetätigkeit gegen das Land, in das sie, von Heimatliebe getrieben, zurückzukehren sich anschickten, zu verpflichten. Wenn auch die GPU. kaum praktische Erfolge zu verzeichnen hatte, weil die meisten dieser so mit Gewalt zu Spionageverpflichtungen Gepreßten auf deutschem Boden hiervon sofort Mitteilung machten, so bleibt trotzdem diese Tatsache als ein Schandmal für die Arbeitsmethoden der GPU. und damit der sowjetrussischen Machthaber bestehen.

Die deutschen Umsiedler wurden in solchen Fällen von der GPU. vorgeladen, stundenlang verhört, und es wurde ihnen angedroht, daß sie von der Umsiedlung ausgeschlossen würden, wenn sie sich dem Ansinnen der GPU. nicht gefügig zeigten. Beliebt war auch die Methode, den angegangenen Umsiedlern zu erklären, daß man sich an zurückbleibenden Angehörigen schadlos halten und diese als Geiseln behandeln würde, wenn sie den unter Zwang übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen oder es wagen sollten, in Deutschland Anzeige zu erstatten. Man drohte ihnen weiter, daß der lange Arm der GPU. sie auch in Deutschland erreichen würde, eine Drohung, die auf den einzelnen -- kleinen -- Umsiedler ihren Eindruck nicht verfehlte. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen wurden in dieser schamlosen Weise zu Verpflichtungserklärungen gepreßt. Nachstehend sollen aus den in die Hunderte gehenden Fällen einige angeführt werden, die ein bezeichnendes Beispiel darstellen, wie man mit deutschen Menschen verfahren hat.

a) Im Zuge der Umsiedlung von Bessarabiendeutschen[21] ins Reich erschien die Frau **Maria Baumann** aus Tschernowitz, die, durch andere Zeugeneide erhärtet, angab, daß der russische Geheimdienst sie für Spionagezwecke in Deutschland pressen wollte. Sie sei wiederholt zu maßgebenden Dienststellen der GPU. bestellt worden, wo man mit allen Mitteln auf sie einwirkte, sich dem Ansinnen der Spionagearbeit gefügig zu zeigen. Da sie Mutter von fünf unversorgten Kindern ist (Witwe), versprach man ihr hohe Verdienstmöglichkeiten, wobei man äußerte, daß auch Summen von 10 000 RM. und höher keine Rolle spielten. Sie war für eine Spionagetätigkeit in Prag eingeteilt. Sie führte bereits Material und Unterlagen mit sich, die den Umfang der spezialisierten Schulung erkennen ließen.

b) Die Ehefrau **Elisabeth Kreutel**, deren Mann in

18) Der VI. Weltkongreß fand in der Zeit vom 17. Juli bis 2. September 1928, der VII. Weltkongreß in der Zeit vom 25. Juli bis 20. August 1935 statt.

19) Dokumente Bd. 7, Dok. 60a.

20) Vgl. unten S. 194 Anm. 4.

21) Auf Grund des Umsiedlungsvertrages vom 5. September 1940 (Dokumente Bd. 8, Dok. 110).

Tschernowitz ein Bandagengeschäft betrieb, wurde gelegentlich der Vorlage der Reisepässe gleichfalls von der GPU. angegangen. Sie sollte in Sachsen russischen Spionagedienst ausüben. Auch sie brachte wichtiges Schulungsmaterial zur Kenntnis der deutschen Abwehr.

Diese Anführung von begründeten Einzelbeispielen könnte auf Hunderte von Fällen ausgedehnt werden, da es feststeht, daß die GPU. nach vorsichtiger Schätzung an etwa 50% der Umsiedler herangetreten ist, um sie durch erpresserische Drohungen oder riesenhafte Geldversprechungen zur Mitarbeit zu zwingen.

Aber nicht genug damit, daß die GPU. diese deutschen Menschen unter Anwendung verwerflichster Mittel zu Verrätern an ihrer Heimat zu machen versuchte, haben es ihre Organe sogar fertiggebracht, diese Leute in vielen Fällen auszufleddern, ihnen Ausweispapiere, Geld und Wertsachen zu stehlen. In 16 Fällen liegen Beweise dafür vor, daß der Diebstahl von Ausweispapieren zu dem Zweck geschehen ist, um damit russische Spionageagenten auszustatten. In sechs weiteren Fällen besteht sogar der dringende Verdacht, daß die GPU. für diesen Zweck Volksdeutsche gemordet hat, um deren Papiere für den unauffälligen Agentenschmuggel ins Reich zu benutzen.

2. Sowjetrussische diplomatische Vertretungen als Zentren der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Nachrichtendienste gegen das Reich mit der eindeutigen Zielsetzung, einer Kriegsvorbereitung zu dienen.

Seit dem Paktabschluß hat sich der russische Spezial-Spionagedienst in einer fast provozierend wirkenden Form in seiner Arbeitsweise gezeigt. Er ging bei seinen bereits üblichen rücksichtslosen Methoden nunmehr auch dazu über, die russischen Vertretungen im Reich -- und hier an der Spitze die Russische Botschaft in Berlin -- für seine Ausspähungszwecke weitgehendst einzuschalten. Als vor einiger Zeit der damalige russische Botschafter **Schkwarzew** in Berlin abberufen und durch den Botschafter **Dekanasow** ersetzt wurde[22], war dieser Wechsel auf dem Botschafterposten das Signal zu noch stärkerer Intensivierung der Ausspähung in Form der politischen, wirtschaftlichen und militärischen nachrichtendienstlichen Tätigkeit. **Dekanasow**, ein Vertrauter **Stalins**, war in Rußland Leiter der Nachrichtenabteilung des NKWD. (des russischen Volkskommissariats des Innern), dem die GPU. als Spionage-Spezialabteilung angehört. Seine Aufgabe, die er aus Moskau mitbrachte, war dahin festgelegt, durch ein auszubauendes Vertrauensmännernetz in die Reichsbehörden Eingang zu finden und vor allem Berichte über militärische Stärke und die operativen Pläne des Reiches zu beschaffen. Sein getreuer Gehilfe war der GPU.-Angehörige und sogenannte "Botschaftsrat" **Kobulow**, der eine intensive Tätigkeit auf dem Spionagegebiet entwickelte unter rücksichtsloser Ausnutzung seiner exterritorialen Stellung. Das Ziel der russischen Spionage im Reich ging dahin, neben der rein militärischen Nachrichtengewinnung die politische Planung des Reiches zu erfahren und durch Ausbau geheimer Schwarzsendeanlagen an vielen Stellen Deutschlands Meldeköpfe bereit zu haben, die nach einem ausgeklügelten Chiffriersystem alle für Rußland wichtigen Meldungen durchgeben sollten. Es war also seit 1940 eine großangelegte Mobilisationsvorbereitung auf dem Spionagegebiet im Gange, die unter Einsatz unvorstellbarer Geldmittel in Szene gesetzt wurde. (Der deutsche Abwehrdienst konnte sich rechtzeitig einschalten.)

Die Erfahrung, daß der wachsende Druck der russischen Spionage vor allem in den deutschen Ostgebieten -- und hier an erster Stelle im Generalgouvernement und im Protektorat -- in Erscheinung trat, war die Veranlassung, gerade diesen gefährdeten Gebieten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es wurde dabei festgestellt, daß der Angehörige des russischen Generalkonsulats in Prag **Leonid Mochow** der Kopf eines russischen Spionagenetzes war, das die GPU. im Protektorat aufgezogen hatte. Man hatte ehemalige Angehörige der tschechischen Legion, die im Krieg gegen Polen auf polnischer Seite kämpften und sich hauptsächlich aus Kreisen von Anhängern der ehemaligen kommunistischen Partei in der Tschecho-Slowakei zusammensetzten und die nach dem Niederbruch Polens in russische Kriegsgefangenschaft kamen, zum russischen Spionagedienst gepreßt und vor allem in der Bedienung von Schwarzsendern geschult. Man sandte diese Leute mit gefälschten Ausweispapieren in das Protektorat, wo sie unter Leitung des erwähnten russischen Konsulatsmitgliedes **Mochow** tätig wurden. Als der Zugriff erfolgte, konnten weit über 60 Personen dieses russischen Spionagenetzes festgenommen und ein Dutzend in Betrieb befindliche Schwarzsendeanlagen beschlagnahmt werden. (Hinweis: Dieses Netz arbeitete völlig unabhängig von dem durch die Komintern im Protektorat aufgezogenen illegalen Apparat[23].)

In Berlin war inzwischen der russische Botschaftsrat und GPU-Beamte **Kobulow** auch nicht untätig. Es ist nicht ohne Interesse, hier die Aussage eines der Deutschfreundlichkeit nicht verdächtigen ehemaligen jugoslawischen Diplomaten, des früheren jugoslawischen Militärattachés in Berlin Oberst **Vauhnik** anzuführen, der mit Bezug auf den Gehilfen des russischen Militärattachés in Berlin Oberst **Korniakow** erklärt hat, daß dieser sich ausschließlich mit dem Nachrichtendienst -- mit soviel Geld als irgendwie notwendig -- abgebe. Ziel des **Kobulow** an der Spitze gemeinsam mit dem russischen Militärattaché **Tupikow**[24] und seinem Gehilfen Kornia-

22) Am 19. Dezember 1940 überreichte der am 24. November neuernannte sowjetrussische Botschafter **Wladimir Georgiewitsch Dekanasow**, der daneben sein Amt als stellvertretender Volkskommissar des Äußeren beibehielt, dem Führer sein Beglaubigungsschreiben.

23) Über diesen vgl. oben S. 170 f.

24) Generalmajor **Tupikow** wurde am 9. Januar 1941 zum Militär- und Luftfahrtattaché der Sowjetunion in Berlin ernannt.

kow war, in der Reichshauptstadt sowie allen wichtigen Städten des Großdeutschen Reiches Schwarzsendeanlagen zur Nachrichtenübermittlung aufzubauen.

Aus dem umfangreichen vorliegenden Material über die Tätigkeit dieser Herren und ihres weiteren Mitarbeiterstabes sollen als Beispiel nur folgende zwei Fälle angeführt werden:

a) Der Bäckermeister **Wietold Pakulat** aus Mariampol im Litauischen, der Mitglied des Deutschen Kulturbundes in Litauen war und im Reich -- vor allem in Berlin -- Verwandte besaß, wurde eines Tages nach Kowno vor die GPU. zitiert. Hier drohte man ihm, einen Spionageprozeß gegen ihn anzustrengen. Die Tatsache, daß er Angehöriger des Kulturbundes war und zwecks Besuch seines Bruders in Memel einige Male von Litauen nach Deutschland gegangen war, war der GPU genug, gegen ihn ein Polizeiverfahren wegen Spionage einzuleiten. Dem verängstigten Manne versprach man Straffreiheit nur dann, wenn er sich bereit erklärte, unter der Maske eines volksdeutschen Flüchtlings nach Berlin umzusiedeln und dort nach bestimmten Weisungen für Rußland zu arbeiten. Unter Zurücklassung von Frau und Kind, die als Geiseln in den Händen der GPU. blieben, wurde er ins Reich geschickt. Auch ihm gab man die Drohung mit auf den Weg, daß der Arm der GPU. lang sei und ihn in Berlin bei Verrat sicher treffen würde. Trotz dieser Drohung und obgleich er Angehörige in der Macht der GPU. zurücklassen mußte, hat auch dieser Volksdeutsche seine Pflicht erkannt und sich mit der Sicherheitspolizei (SD.) in Verbindung gesetzt. So gelang es, in dem den Russen unbekannt gebliebenen Gegenspiel alle ihre Absichten zu durchkreuzen und ihre Tätigkeit von Anfang an unter Kontrolle zu halten. In Berlin wurde **Pakulat** durch einen Mittelsmann der GPU. aus der russischen Botschaft mit laufenden Weisungen und Befehlen versehen. Er mußte hier eine Wohnung mieten, in die die GPU. eine große Schwarzsendeanlage einbaute. Er mußte weiter auf russischen Befehl ein kleines Hotel mit Bierlokal übernehmen, um dessen Räume als Quartier für durchreisende russische Agenten und Kuriere bereitzustellen. Er bekam fortlaufend Aufträge, sich an Spezialarbeiter der Rüstungsindustrie heranzumachen, um Verratsmaterial zu erlangen. Der russische Spionagedienst zielte mit Vorbedacht auf eine kriegsmäßige Vorbereitung ab, die neben der Bezeichnung von Zielpunkten für künftige Luftbombardements auch unauffällige Verstecks auf öffentlichen Plätzen und Anlagen, an denen Verratsmaterial und Sabotagegegenstände zur Abholung im geeigneten Augenblick bereit gelegt werden konnten, sich erstreckte.

Allein in diesem Fall zahlte die GPU. rund 100 000 RM, um alle die oben nur kurz skizzierten Vorbereitungen in die Wege zu leiten. Für seine Schwarzsendeanlage hat der russische Nachrichtendienst über **Pakulat** einen deutschen Funker von der Fa. Siemens geworben, den ihm die Sicherheitspolizei (SD.) -- im Gegenspiel -- zur Verfügung gestellt hat. Der russische Nachrichtendienst rechnete fest damit, daß **Pakulat** inzwischen ein zuverlässiges Vertrauensmännernetz von 60 Deutschen geworben hätte, die neben reichlichen Spionageaufträgen auch zersetzend wirken sollten. Das im Gegenspiel gesteuerte Netz hatte bereits eine Ausdehnung bis Königsberg, wo gerade jetzt begonnen werden sollte, kriegswichtige Betriebe im Stadtplan zu markieren.

b) Ein anderer Fall verwerflicher Erpressung eines Reichsdeutschen wurde gleichfalls in Berlin aufgegriffen. Dieser in Petersburg geborene Reichsdeutsche, dessen Name aus begreiflichen Gründen zur Zeit noch nicht genannt werden kann, kehrte nach wiederholtem Aufenthalt in Deutschland im Jahre 1936 endgültig nach Berlin zurück. Er hatte in Rußland nach russischem Recht geheiratet. Aus der Ehe war eine Tochter hervorgegangen. Da nach russischem Recht die Ehefrau russische Staatsangehörige geblieben war, wurde ihm nicht erlaubt, sie in das Reich mitzunehmen. Von Berlin aus bemühte er sich mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes wiederholt um die notwendigen Personalpapiere, um die russische Ehe nach deutschem Recht anerkannt zu bekommen. Da er schwer lungenkrank ist und daher auch schon aus diesem Grunde auf eine baldige Vereinigung mit seiner Familie Wert legte, sah er in seiner Lage keinen anderen Ausweg, als selbst noch einmal nach Petersburg zu fahren, um dort die Beschaffung der Urkunden zu betreiben und Frau und Kind endlich ins Reich zu bekommen. Er wandte sich zu diesem Zweck an das russische Reisebüro Intourist und erbat dort die notwendigen Papiere zur Einreise nach Rußland. Als der Leiter dieses Büros, der Russe **Schachanow**, aus seinen Schilderungen heraushörte, daß dieser kranke Mann in großer Sorge um seine Familie lebte, begann er mit ihm ein Spiel schmählichster Niedrigkeit. **Schachanow** stellte ihm die Einreise nach Petersburg in Aussicht unter der Voraussetzung, daß er sich als Deutscher zum Verrat gegen sein Vaterland bereitfinden würde. Immer wieder drang **Schachanow** auf den verzweifelten Menschen ein, der damit dem Selbstmord nahe gebracht wurde. **Schachanow** spielte immer wieder Frau und Kind gegen ihn aus und machte Andeutungen dahin, daß sie als Geiseln in der Hand der GPU. wären. Der in Rede stehende Reichsdeutsche offenbarte sich schließlich der deutschen Abwehr. Unter ihrer Anleitung ging er zum Schein auf die Wünsche des GPU.-Agenten **Schachanow** ein und mietete in dessen Auftrag eine große Wohnung, die gleichfalls für die Installierung eines Schwarzsenders in Angriff genommen wurde.

Zur Abrundung diene die Tatsache, daß engstes Einvernehmen zwischen **Schachanow** und dem "Botschaftsrat" **Kobulow** bestand.

c) Durch fortlaufende Beobachtung des Funkspezialisten der Berliner Russischen Botschaft, der verschiedentlich in Danzig auftauchte, konnte auch hier -- im Gegenspiel -- die Installierung eines Schwarzsenders

nebst zugehörigem politischem und wirtschaftlichem Vertrauensmännernetz in die Wege geleitet werden. Auch hier ist durch rechtzeitige Anzeige der Danziger Staatsangehörigen Gebrüder **Formella**, die in die Dienste der GPU. gepreßt werden sollten, der Erfolg des russischen Spionagevorhabens durchkreuzt worden.

Diese Serie von Beispielen könnte beliebig fortgesetzt werden, da der russische Nachrichtendienst in allen ihm wichtig erscheinenden deutschen Städten in der gleichen Weise gearbeitet hat.

V. Grenzzwischenfälle.

Abschließend muß noch darauf hingewiesen werden, daß seitens der Sowjets fortlaufend, aber seit Februar 1941 gesteigert, Grenzzwischenfälle hervorgerufen werden, die auf der deutschen Grenzbevölkerung im Osten wie ein Alpdruck liegen. Schuldhafte Erschießung deutscher Staatsangehöriger und fortlaufende Abgabe von Schüssen von russischer Seite auf deutsches Hoheitsgebiet wechseln in nichtabreißender Kette miteinander ab.

VI. Zusammenfassung.

Die gesamte gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtete Tätigkeit der Sowjetunion zeigt an den aus der Fülle des Materials herausgegriffenen, namentlich angeführten Beispielen, in welchem Umfange illegale Zersetzung, Sabotage, Terror und kriegsvorbereitende Spionage in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht betrieben wurde.

Diese feindlichen Bestrebungen haben nach dem Abschluß des Konsultativ- und Nichtangriffspaktes vom 23. 8. 1939 sich nicht vermindert, sondern sind im Gegenteil in Umfang und Stärke gesteigert worden.

gez. Heydrich[25].

Dokumentarischer Bericht des Auswärtigen Amtes über die von der Sowjetunion in Europa gegen das Deutsche Reich betriebene Agitation vom 24. Juni 1941[1)]

Das Auswärtige Amt ist im Besitz umfassender Beweise, daß von Moskau aus in dritten Ländern eine großangelegte Wühl- und Umsturzpropaganda in betont deutschfeindlichem Sinne betrieben wird. Der alte Gedanke der Weltrevolution wird unverändert weiterverfolgt. Deutschland aber wird auch nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Freundschaftsabkommens[2)] auf eine Stufe mit England und Frankreich gestellt und gilt auch weiterhin als kapitalistischer Staat, der vernichtet werden muß. Die Verträge mit Deutschland dienen hierbei lediglich als taktisches Mittel zur Ausnutzung einer günstigen politischen Konjunktur.

Diese Tendenzen zeigen sich übereinstimmend in der von Sowjetrußland in allen Ländern betriebenen Propaganda. Sie werden besonders klar definiert in den im Oktober 1939 herausgegebenen "Richtlinien für die innerparteiliche, organisatorische und ideologische Kampagne der Kommunistischen Partei der Slowakei". Diese Richtlinien knüpfen an einen Ausspruch **Lenins** an, wonach auch mit einzelnen kapitalistischen Ländern Pakte abgeschlossen werden können, wenn sie den Interessen der Sowjetunion dienen und die Möglichkeit schaffen, den Gegner unschädlich zu machen. Die taktische Zusammenarbeit mit Deutschland, so heißt es in diesen Richtlinien weiter, entspreche völlig diesen Worten **Lenins**. Das Ziel der sowjetischen Politik wird mit folgenden Worten gekennzeichnet: "*Die Sowjetunion und ihre Rote Armee können sich ohne Verluste bereithalten, im geeigneten Augenblick an geeigneter Stelle den geschwächten Feind anzugreifen.*"

Der gleiche Gedankengang kehrt in Flugblättern wieder, die in verschiedensten Ländern Europas verbreitet worden sind. So wird in einem in der Schweiz gedruckten Flugblatt die aktuelle Sowjetpolitik mit einem anderen Ausspruch **Lenins** umschrieben: "*Sobald wir stark genug sein werden, um den gesamten Kapitalismus niederzuschlagen, werden wir ihm sofort an den Kragen gehen.*"

Auch die in Moskau erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften geben den Kommunisten aller Länder immer wieder die Parole der Weltrevolution. Bezeichnend ist z. B. ein Leitartikel der Zeitschrift "***Internationalnij Majak***" (1941 Nr. 1), der unter der Überschrift "*Die Sache **Lenins** wird in der ganzen Welt siegen*" ausführt:

"*Unter der Führung des großen Fortsetzers des Werkes **Lenins**, des Genossen **Stalin**, schreitet unser Land kühn und überzeugt vorwärts zum Kommunismus. Das internationale Proletariat, die unterdrückten und verelendeten Massen der ganzen Welt wiederholen in fester Hoffnung die prophetischen **Lenin**schen Worte:*

25) Chef des Reichssicherheitshauptamtes und der Sicherheitspolizei († 4. Juni 1942).

1) DNB. vom 24. Juni 1941.
Die Veröffentlichung dieses Berichtes hatte Reichsaußenminister **von Ribbentrop** bereits am Morgen des 22. Juni 1941 angekündigt (vgl. oben S. 183 Anm. 2 sowie S. 189).

2) Vom 28. September 1939 (Dokumente Bd. 7, Dok. 60a).

»Soll die Bourgeoisie vorläufig noch wüten, soll sie ruhig Tausende von Arbeitern morden, der Sieg ist mit uns, der Sieg der kommunistischen Weltrevolution ist gewährleistet«."

Und weiter:

"Unter diesem kämpferischen revolutionären Banner, dem Banner der kommunistischen Internationale, vereinen sich die Proletarier und Werktätigen der ganzen Welt zu dem letzten und entscheidenden Schlag gegen den Kapitalismus, für den Sieg der sozialistischen Revolution, für den Kommunismus" (Jahrg. 41, Nr. 4).

Im gleichen Sinne betonen die führenden Persönlichkeiten in Moskau immer wieder die internationale Mission der Sowjetunion: So **Molotow**[3] in einer Rede vom Dezember 1939:

"Für die internationale kommunistische Bewegung Ist Stalin nicht nur der Führer des Bolschewismus und der Führer der UdSSR., sondern auch der natürliche Führer des Weltkommunismus";

und in einem Artikel vom März 1940:

"Wir werden dem Vermächtnis, daß der Kommunismus stets international bleiben muß, bis ans Ende treu bleiben".

Und **Stalin** sagt in einer Rede im Januar 1940: *"Mit **Lenins** Fahnen haben wir im Kampfe für die Oktober-Revolution gesiegt. Mit derselben Fahne werden wir bei der proletarischen Revolution in der ganzen Welt siegen."*

Hand in Hand mit dieser Aufhetzung zur Weltrevolution geht eine für das Inland bestimmte und sich ständig verschärfende Kriegs- und Rüstungspropaganda in der Sowjetunion selbst. In zahllosen Reden und Proklamationen wird das Volk zur militärischen Bereitschaft und Einsatzfreudigkeit aufgerufen. Es genügt in diesem Zusammenhange, an das Manifest des Marschalls **Budjenny**[4] zum Jahreswechsel 1940/41 zu erinnern, in dem die Jugend aufgefordert wird, immer daran zu denken, *"daß im Augenblick, in dem fast die ganze Erdkugel vom Kriege ergriffen ist, die Weisung **Stalins** heilig erfüllt werden muß, unermüdlich das ganze Land im Zustand ständiger kämpferischer mobilisierter Bereitschaft zu halten. Man muß sich täglich, stündlich der Kriegswissenschaft bemächtigen, indem man sich auf die Erfüllung des Kampfbefehles vorbereitet. Man muß beharrlich daran denken, daß nur ein Krieger, der sich in vollem Umfang der Militärwissenschaften bemächtigt hat, dem Feind den tödlichen Stoß versetzen kann".*

Ende Mai 1941 schreibt Gebietskommissar **Batanow** in der *"**Prawda**"*, es sei notwendig,

"daß die Sowjetunion sich von Tag zu Tag auf den Krieg vorbereitet".

Immer wieder bringt die gesamte Sowjetpresse das gleiche Motto:

"Unsere Rote Armee ist eine Armee der Weltrevolution und des Weltproletariats."

Diese allgemeinen, überall in Europa propagierten Gedankengänge der fortdauernden Hinarbeit auf die Weltrevolution und die innersowjetische militärische Vorbereitung darauf werden unter dem Eindruck der militärischen Erfolge der Achsenmächte in zunehmendem Maße auf Deutschland abgestellt und in den einzelnen Ländern durch eine konkrete, sich ständig verstärkende Agitation gegen das Reich ergänzt. Alle außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten der verschiedenen europäischen Staaten müssen in diesem Hetzfeldzug Argumente liefern.

In **Rumänien** ist die Hetze der Kommunisten nicht einmal in den ersten Monaten nach Abschluß des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages gemildert worden. Von amtlicher rumänischer Seite wurde dem deutschen Gesandten[5] am 15. Februar 1940 erklärt, die rumänischen Kommunisten seien in ihren Äußerungen und Rundschreiben stark antinationalsozialistisch und antideutsch; durch die offizielle Politik von Moskau und Berlin ließen sie sich in keiner Weise beeinflussen. In Übereinstimmung mit dieser Feststellung betont die kommunistische Propaganda in Rumänien, daß für die innerpolitischen Schwierigkeiten und für die wirtschaftliche Notlage lediglich Deutschland verantwortlich sei. Die durch die Lösung der siebenbürgischen Frage aufgewühlten nationalistischen Leidenschaften werden zur Hetze gegen den Wiener Schiedsspruch[6] und damit gegen die Reichsregierung ausgebeutet. Nach dem Beitritt Rumäniens zum Dreimächtepakt[7] wird – wenn auch vergeblich -- versucht, die Bevölkerung gegen die deutschen Truppen[8] aufzuhetzen. Und das alles geschieht mit Druckschriften und Flugblättern, deren Form und Drucktechnik erkennen läßt, daß sie im Ausland hergestellt wurden, und die nach Mitteilung der zuständigen rumänischen Behörden durch Kuriere der Sowjetgesandtschaft nach Bukarest gebracht worden sind.

In **Jugoslawien** läßt sich vom Spätsommer 1940 an gleichfalls eine Wendung der kommunistischen Propaganda im anti-deutschen Sinne beobachten. In einem Rundschreiben der Verwaltung des Drau-Banats in Laibach an die nachgeordneten Behörden vom 5. August 1940 heißt es, daß nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen die kommunistische Propaganda im Gegensatz zu früher darauf ausgehe,

"in Zukunft Manifestationen im feindlichen Sinne gegen Deutschland und Italien zu veranstalten".

Diese Behauptung der serbischen Behörden wird durch die besonders in Slowenien verbreiteten kommunistischen Flugblätter bestätigt. So wird in einem anläßlich des Jahrestages des deutsch-russischen Vertrages[9] am 23. August 1940 verbreiteten Flugblatt die Jugoslawische Regierung[10] angegriffen, weil sie eine Annäherungspolitik an Rom und Berlin betreibe und Jugoslawien

3) Vorsitzender des Rates der Volkskommissare und Außenkommissar.
4) Erster Stellvertreter des Kriegskommissars.

5) Dr. **Wilhelm Fabricius**.
6) Vom 30. August 1940 (Dokumente Bd. 8, S. 340 und 383 [Dok. 57]).
7) Am 23. November 1940 (Dokumente Bd. 8, S. 415 [Dok. 63 b].
8) Über die deutschen Truppen in Rumänien vgl. Dokumente Bd. 8, S. 391 Anm. 1.
9) Dokumente Bd. 7, Dok. 32.
10) Zwetkowitsch.

"vor den imperialistischen Wagen Deutschlands und Italiens spannen"

wolle. Außenpolitisch verlangt diese Propaganda die Anlehnung Jugoslawiens an Rußland. Ähnlich wird in einem im November in Agram vertriebenen kommunistischen Flugblatt **Matschek**[11] angegriffen, weil er das Land

"an die faschistischen Imperialisten in Berlin und Rom verkaufen wolle".

In einem in Slowenien zirkulierenden Flugblatt zum russischen Revolutionstag am 7. November 1940 wird zum Protest aufgerufen

"gegen das Paktieren des Regimes ***Zwetkowitsch*** *mit den imperialistischen Regierungen von Berlin und Rom".*

Dem gleichen Ziel dienten Massendemonstrationen, die von sowjetischer Seite in Szene gesetzt wurden; als gelegentlich einer solchen Kundgebung von der jugoslawischen Polizei Verhaftungen vorgenommen wurden, stellte sich heraus, daß sich unter den Verhafteten Angestellte der Belgrader Sowjetgesandtschaft befanden.

Mitunter werden in kommunistischen Kreisen offen russische Eroberungsabsichten auf dem Balkan und gegen Deutschland proklamiert. So berichtet die Deutsche Gesandtschaft in Belgrad am 13. September 1940, vor einigen Wochen sei auf einer Tagung kommunistischer Parteifunktionäre in Agram von einem Teilnehmer erklärt worden,

"daß nach den aus Rußland eingegangenen Informationen die Gebiete der Slowakei, Ungarns, Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens sowie des zurzeit von den deutschen Truppen besetzten polnischen Raumes als russisches Protektorat bezeichnet werden sollten. Die Neuregelung könne aber erst nach Eintritt der zu erwartenden militärischen Schwächung Deutschlands durchgeführt werden".

Daß derartige Parolen über ein kommendes Vorhaben Sowjetrußlands gegen Deutschland wirklich von russischer Seite den serbischen Kommunisten und Sowjetfreunden erteilt worden sind, zeigt ein nach der Besetzung Belgrads[12] in der dortigen Sowjetgesandtschaft aufgefundenes Schriftstück, in dem zusammengefaßt ist, in welcher Weise man russischerseits die Haltung der Sowjetunion nach dem Anschluß Rumäniens an die Achsenmächte den russophilen serbischen Gruppen darstellte. Es heißt in diesem in russischer Sprache abgefaßten, nach seinem Inhalt aus dem Herbst 1940 stammenden Schriftstück:

"Die UdSSR. wird erst im gegebenen Moment reagieren. Die Achsenmächte haben ihre Streitkräfte weiter verzettelt, und deshalb wird die UdSSR. plötzlich gegen Deutschland losschlagen. Dabei wird die UdSSR. die Karpathen überschreiten, was das Signal für eine Revolution in Ungarn sein wird, und durch Ungarn werden die Truppen nach Jugoslawien ziehen und an die Adria vordringen, werden den Balkan und den Nahen Osten von Deutschland trennen. Wann wird das geschehen? In dem Augenblick, den die Sowjets für einen Erfolg dieses Unternehmens am geeignetsten halten!

Gleichzeitig damit wird die Revolution in Frankreich ausbrechen. In Jugoslawien werden die Massen in dem Maße, wie sich die heutige wirtschaftliche Lage verschlechtert, immer mehr radikalisiert werden. Wenn der Winter ebenso kalt wie hungrig wird, dann wird Jugoslawien im Frühling zu einem Pulverfaß, an das man nur ein Streichholz zu halten braucht".

In **Bulgarien** wurde der deutsch-sowjetische Freundschaftspakt von der kommunistischen Propaganda als volle Kapitulation Deutschlands vor der Stärke Rußlands ausgegeben und unter ungeheuerlichen Beschimpfungen Deutschlands wurde zur Weiterführung des Kampfes gegen den Faschismus und die deutsch-italienische Aggression aufgerufen. Von bulgarischer amtlicher Seite mußte im Sommer 1940 eine allgemeine Verstärkung der bolschewistischen Propaganda in den südosteuropäischen Staaten festgestellt werden. Auch in Bulgarien suchte sich die bolschewistische Propaganda nationalistischer Parolen zu bemächtigen. So wurde in der Dobrudscha-Frage die maßvolle und verantwortungsbewußte Politik der bulgarischen Regierung als schwächlich gebrandmarkt[13] und die Unterstützung der Sowjetunion für ein weitergehendes Vorgehen in Aussicht gestellt.

In **Ungarn** konnte die bolschewistische Propaganda kaum Helfer finden, da hier die Erinnerung an die Schreckensherrschaft **Bela Kuns**[14] noch lebendig ist. Um so ungehemmter verfolgt deshalb die Sowjetunion in den im März 1939 Ungarn zurückgegebenen Gebieten mit ruthenischer Minderheit[15] ihre unterirdische Propaganda, die sie hier mit annexionistischen Zielen verbindet. So berichtet z. B. die Amsterdamer Zeitung "***Algemeen Handelsblad***" am 30. Dezember 1939, daß man in jenen Gebieten überall Sowjetsterne und Hammer- und Sichelzeichen auf den Mauern sähe. Es würden fortwährend und in großem Umfang Flugzettel verteilt, die höchstwahrscheinlich aus Rußland eingeschmuggelt seien. Die Flugzettel besagten, daß Väterchen **Stalin**, der Vater aller Russen und stammverwandten Gruppen, und Bruder **Woroschilow**[16] das arme unterdrückte ruthenische Volk von seinen ungarischen Gewaltherrschern befreien wollten. Daß die Sowjetunion tatsächlich aggressive Absichten gegen Ungarn hegte, wird in einem in Athen aufgefundenen Bericht des griechischen Gesandten in Ankara vom 3. Februar 1941 bezeugt. Danach hat der Sowjetgesandte[17] seinem griechischen Kollegen gegenüber erklärt,

"daß Ungarn noch nichts von seiten Rußlands zu befürch-

11) Der Kroatenführer Dr. **Vladko Matschek**, Vorsitzender der Kroatischen Bauernpartei, war seit dem 26. August 1939 auch stellvertretender Ministerpräsident.

12) 13. April 1941.

13) Durch den Vertrag von Craiova vom 7. September 1940 (***Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 7 [1940], S. 796 - 806) erhielt Bulgarien die Süddobrudscha von Rumänien zurück.

14) Vom 21. März bis 1. August 1919.

15) Die Karpato-Ukraine, die in den Tagen vom 14. bis 18. März 1939 von ungarischen Truppen besetzt wurde.

16) Damals sowjetrussischer Kriegskommissar.

17) Terentjew.

ten habe",

wobei er

"das Gegenteil für die Zukunft keineswegs ausschloß".

In der **Slowakei** stand die Propaganda ganz im Geiste der bereits erwähnten[18] "Richtlinien", die ins einzelne gehende Anweisungen für die Arbeit der Kommunistischen Partei enthielten. Der Kampf gegen die bestehende Regierung sollte durch Eindringen in die **Hlinka**-Garde und die staatlichen Gewerkschaften vorangetrieben werden. Tatsächlich ist eine überaus rege Agitation mit Flugblättern, Maueranschriften, Handzetteln und kommunistischen Symbolen betrieben worden, wobei die scharfe anti-deutsche Tendenz Hand in Hand ging mit Bestrebungen, die offen auf eine Angliederung des Landes an die Sowjetunion hinzielten. Die Leitung der Propaganda durch die Sowjetgesandtschaft in Preßburg ist hier besonders augenfällig in Erscheinung getreten; wie ***Havas*** Anfang März 1940 bezeugt, wurde das Agitationsmaterial im Gebäude dieser Gesandtschaft gedruckt. Besonders intensiv waren die sowjetrussischen Umtriebe in der Ostslowakei, wo die verwikkelten Volkstumsverhältnisse den Vorwand für nationalistische und panslawistische Parolen boten.

In **Schweden** ist die kommunistische Partei zwar zahlenmäßig nicht besonders groß, doch kommt ihr im Rahmen der internationalen Tätigkeit der Komintern eine besondere Bedeutung zu. Da Schweden das einzige Land Europas ist, das den Kommunismus nicht verboten hat, ist ein Teil der früher in der deutschen Ostmark, der ehemaligen Tschechoslowakei, der Schweiz und Frankreich ausgeübten kommunistischen Tätigkeit nach Schweden verlegt worden. So wird z. B. das früher in Basel erscheinende offizielle Organ der Komintern "***Die Rundschau***" nunmehr in Stockholm gedruckt. Hauptpropagandaorgan der schwedischen Kommunisten ist die Tageszeitung "***Ny Dag***", die für die Sowjetunion von besonderer Bedeutung ist, da sie wohl die einzige noch regelmäßig legal erscheinende kommunistische Tageszeitung in einem neutralen Lande Europas darstellt. Die Haltung dieses von Sowjetrußland ausgehaltenen Blattes ist zunehmend deutschfeindlich; überdies wird dafür Sorge getragen, daß die deutschfeindlichen Veröffentlichungen des "***Ny Dag***" in der ganzen Welt Verbreitung finden. So publizierte das Blatt z. B. Ende April 1941 ein angebliches Manifest der deutschen kommunistischen Jugend, in dem die deutschen Maßnahmen gegen Jugoslawien aufs schärfste verurteilt wurden. Wie für die internationale Weiterleitung dieses deutschfeindlichen Artikels Sorge getragen wurde, schildert die folgende Meldung des Berichterstatters der "***New York Times***" in Stockholm vom 29. April d. J.:

"Die heutige Ausgabe der kommunistischen schwedischen Zeitung wurde den englischen und amerikanischen Zeitungskorrespondenten in verschlossenem Umschlag zugeschickt. Das erwähnte Manifest war blau angestrichen, als legte die schwedische Sektion der kommunistischen Internationale besonderen Wert auf die Veröffentlichung des Manifestes im Ausland. Dieses ungewöhnliche Dokument mit dem heftigen Angriff auf ***Hitler*** *und dessen Politik enthält einen klaren Aufruf zum Aufstand und zum Defaitismus. Es droht mit Moskaus Mißbilligung. Das Dokument kommt in Wirklichkeit, so ist die allgemeine Auffassung hier, von der Komintern in Moskau. Beobachter in Stockholm betrachten das Manifest als ein neues und eindrucksvolles Zeichen für die schnelle Verschlechterung der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland."*

In **Finnland** war die bolschewistische Propaganda während des finnisch-russischen Krieges[19] zum Stillstand gekommen. Nach Friedensschluß ging die Sowjetgesandtschaft in Helsinki sofort an den Wiederaufbau der kommunistischen Partei, die zunächst in Form von kleinen Zellen organisiert wurde. Für die eigentliche Propaganda wurde die "Vereinigung für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion" geschaffen, unter deren Mitgliedern sich -- laut finnischem Gerichtsurteil -- zahlreiche kriminelle Elemente befanden. Für die Propaganda wurde vom russischen Staatsrundfunk in der Nähe der finnischen Grenze der Sender Petroskoi[20] errichtet, der in zahllosen Agitationssendungen das innerpolitische Leben Finnlands zu stören und die Finnische Regierung ständig unter Druck zu halten suchte. Auch hierbei wird das Ziel verfolgt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und dem Deutschen Reich zu trüben.

In **Frankreich** wurden die Bemühungen französischer Politiker, die nach der Niederlage der 3. Republik die französische Bevölkerung für eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland und der europäischen Solidarität zu gewinnen suchten, von Moskau systematisch gestört. Die Mitglieder der Regierung **Pétain** wurden als käufliche Verräter und Söldlinge kleiner hochkapitalistischer Gruppen hingestellt. Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten Frankreichs nach der Niederlage wurden ausschließlich auf die Besetzung des Landes durch Deutschland zurückgeführt. Fast alle Flugblätter und illegalen Zeitungen enden mit dem Aufruf zur bolschewistischen Revolution und zur Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, die zur Behebung aller Nöte der Gegenwart führen werde.

Auch in **Belgien** und **Holland** ist die antideutsche kommunistische Agitation im gleichen Sinne überaus rege.

Im **Generalgouvernement** hat sofort nach Abgrenzung der deutschen und russischen Interessengebiete[21] die Sowjetpropaganda eingesetzt. Sie wendet sich hier vor allem mit der panslawistischen Idee an den polnischen Nationalismus und sucht sich diesen Kreisen als zukünftiger Befreier von der deutschen Herrschaft vor-

18) Oben S. 222.

19) Vom 30. November 1939 bis 12. März 1940.

20) Hauptstadt Ostkareliens.

21) Durch den Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 (Dokumente Bd. 7, Dok. 60a).

zustellen. Andererseits verschmähen es die Russen natürlich nicht, sich besonders der Juden für Paßfälschungen und Nachrichtenübermittlung zu bedienen. Neuerdings wird auch der vergebliche Versuch unternommen, mit hetzerischer Zersetzungspropaganda an die deutschen Truppen heranzutreten.

Sogar in **Griechenland** haben nach Berichten des dortigen Bevollmächtigten des Reiches[22] in den wenigen Wochen, die seit dem deutschen Einmarsch verstrichen sind, die Bolschewiken bereits versucht, das von England im Stich gelassene griechische Volk erneut gegen Deutschland und Italien aufzuhetzen. Wie überall in den besetzten Gebieten wird auch hier für den Fall eines deutsch-russischen Krieges die Revolution vorbereitet und der Anschluß an die Sowjetunion als Allheilmittel für die Überwindung der Schwierigkeiten verkündet.

So hat die russische Propaganda in allen Ländern Europas die Schwierigkeiten und Umwälzungen, die der Krieg mit sich brachte, für ihre weltrevolutionären Umtriebe auszunutzen versucht. Überall ist diese revolutionäre Agitation mit einer von Monat zu Monat zunehmenden Hetze gegen das Reich und seine Versuche, eine neue stabile Ordnung in Europa zu schaffen, verbunden worden.

II.

In genauer Übereinstimmung mit der vorstehend geschilderten unterirdischen Propaganda stehen die sonstigen Mittel der politischen Agitation, die die Sowjetunion in den genannten Ländern verwendet. So hat Moskau immer wieder versucht, die vermittelnde Rolle Deutschlands bei der Beilegung der territorialen Streitigkeiten zwischen Rumänien, Ungarn und Bulgarien[23] zu stören und den Beitritt der Balkanstaaten zum Dreimächtepakt zu verhindern. Die deutsch-italiensche Garantie für die neuen rumänischen Grenzen[24] wurde von der kommunistischen Agitation in eine antirussische Kampfmaßnahme umgefälscht.

Gegen den Anschluß **Bulgariens** an den Dreier-Pakt[25] hat Moskau mit besonderem Nachdruck gearbeitet. Ein Sonderdelegierter der Sowjetunion[26] wurde Ende November 1940 zu König **Boris** entsand, um die Annäherung Bulgariens an die Achsenmächte zu hintertreiben und gleichzeitig Bulgarien durch das Angebot eines Garantiepaktes in das sowjetische Fahrwasser zu ziehen[27]. Die Russen versuchten, diese Mission durch Mobilisierung der bulgarischen Kommunisten zu unterstützen, die fingierte Massenpetitionen an die Regierung in Szene setzen mußten. Als wenige Monate später Bulgarien die Zustimmung zum Einmarsch deutscher Truppen[28] erteilte, machte sich die Sowjetregierung, obwohl sie vorher von der Reichsregierung über die Gründe und Ziele der deutschen Maßnahmen auf dem Balkan auf das Genaueste unterrichtet worden war, geradezu zu einem Werkzeug der britischen Propaganda, indem sie in einer gewollt feindlichen öffentlichen Erklärung[29] behauptete, daß die bulgarische Haltung zur Hineinziehung dieses Landes in den Krieg führen würde -- eine Behauptung, die inzwischen durch die Tatsachen hinreichend widerlegt worden ist.

In **Rumänien** verfolgten seit dem Herbst 1940 die russischen Bestrebungen das Ziel, die innerpolitischen Schwierigkeiten des neuen Regimes in jeder Weise zu verstärken und durch Hervorrufen von Unruhen den Bürgerkrieg vorzubereiten. Schon im November 1940 wurden Kommunisten und bezahlte Agenten in die Legionär-Bewegung eingeschmuggelt, die die inneren rumänischen Gegensätze für die trüben Zwecke Moskaus auszunutzen versuchten. Den Höhepunkt der kommunistischen Aktion, die sich bereits im November 1940 in lokalen Putschplänen, insbesondere im Erdölgebiet, angekündigt hatte, bildete der Aufstandsversuch der extremen Legionäre am 23. und 24. Januar 1941, der, wie einwandfrei feststeht, weitgehend von bolschewistischen Agenten und lokalen Kommunistenführern ins Leben gerufen worden ist[30]. Nach Scheitern des Putsches flüchteten sich einige Führer des Aufstandes in die Sowjetgesandtschaft, um so ihrer Festnahme zu entgehen. Der Deutsche Gesandte in Bukarest[31] hat am 11. Februar 1941 über die Hintergründe des Putschversuches zusammenfassend folgendes berichtet:

"Der Umsturz ist geplant von russischen Elementen, die hierdurch die Brücken bilden wollten nach Bulgarien über Rumänien sowie durch Agenten des Secret Service. Beide haben die Situation sofort erkannt und haben sie sich zunutze gemacht. Wer ihre Methoden kennt, ist sich vollkommen klar darüber, daß sie ihre Hand im Spiel gehabt haben. Plan: Mache Wirrwarr um jeden Preis, um Rumänien als Wirtschafts- und Aufmarschgebiet für Deutschland in Unruhe zu bringen."

Ebenso deutlich zeigen sich die russischen Intrigen in der Haltung Moskaus gegenüber **Jugoslawien**[32]. Aus aufgefundenen französischen Dokumenten sind der Reichsregierung Äußerungen des russischen Außenkommissars **Molotow** bekannt geworden, die dieser im Mai 1940 gegenüber dem jugoslawischen Delegierten **Georgiewitsch** getan hat und die deutlich beweisen, daß **Molotow** in den Gesprächen mit Jugoslawien von vornherein bemüht war, sich als gegen Deutschland eingestellt zu zeigen, während er über Frankreich und Eng-

---

22) Gesandter Dr. **Günther Altenburg** (seit 3. Mai 1941).
23) Vgl. dazu Dokumente Bd. 8, S. 348 und 378 (Dok. 55).
24) Vom 30. August 1940 (Dokumente Bd. 8, S. 390 [Dok. 58]); vgl. auch oben S. 209.
25) Am 1. März 1941 trat Bulgarien dem Dreimächtepakt bei (vgl. unten S. 406 - 409 [Dok. 49]).
26) **A. A. Sobolew**; vgl. oben S. 196 und Anm. 6.
27) Über den Plan einer sowjetrussischen Garantie für Bulgarien vgl. auch oben S. 196 und 211.
28) Der Einmarsch deutscher Truppen begann am 2. März 1941; vgl. unten S. 409 (Dok. 50).
29) Vgl. auch oben S. 211.
30) Vgl. auch oben S. 188 und 212 sowie unten S. 386.
31) **Manfred Freiherr von Killinger** (seit 3. Februar 1941).
32) Vgl. dazu auch oben S. 198-201 und 212-214.

land in Ausdrücken sprach, "*die kein Übelwollen zeigten*". Dabei hat **Molotow**, wie **Georgiewitsch** berichtet, offen die Möglichkeit angedeutet, daß sich Rußland jedem Vorgehen Italiens und Deutschlands im Donaugebiet widersetzen würde. Überdies hat die Sowjetregierung bei dieser Gelegenheit Jugoslawien zu beschleunigter Aufrüstung angetrieben und mitgeteilt, daß sie bereit sei, diese Aufrüstung durch Lieferung von Waffen auf Kredit zu unterstützen.

Georgiewitsch hat in Moskau den Eindruck gewonnen, daß man Deutschland dort als den Gegner von morgen ansah.

"*Schon jetzt ist Deutschland der mächtige Feind, gegen den man sich in Moskau vorbereitet*".

Auch glaubt der jugoslawische Delegierte sagen zu können, daß man in Rußland

"*mit allen Mitteln die Deutschland versprochenen Lieferungen zu verlangsamen und nicht zu erleichtern versucht*".

Von den militärischen Stellen Belgrads wurde die russische Haltung ähnlich beurteilt. In einer in den Akten des jugoslawischen Generalstabes aufgefundenen Aufzeichnung vom 24. Juni 1940 wird gesagt, daß

"*die Außenpolitik der UdSSR. völlig unabhängig von Deutschland ist und daß daher auch für Deutschland selbst Überraschungen nicht ausgeschlossen sind*".

Die Grundhaltung Rußlands zeigt sich besonders deutlich in der Frage der russischen Waffenlieferungen an Serbien[33], worüber die in Belgrad aufgefundenen Akten des serbischen Kriegsministeriums Aufschluß geben:

Entsprechend der Anregung der Sowjetregierung überreicht am 14. November 1940 der serbische Gesandte in Moskau[34] dem Gehilfen des Außenkommissars **Wyschinski**[35] ein Verzeichnis des von Serbien gewünschten Kriegsmaterials. Bereits eine Woche später, am 21. November, wurde dem serbischen Militärattaché[36] vom russischen Generalstabschef[37] die Antwort erteilt: "Wir geben alles Angeforderte, und zwar sofort". Das russische Entgegenkommen ging noch weiter: Noch mehr Material könne geliefert werden; auch könne Jugoslawien die Preise und die Zahlungsweise selbst bestimmen. Der jugoslawische Militärattaché[36] konnte melden, daß russischerseits "*die Bereitschaft zu einer umfassenden Kriegsversorgung bestehe*". Einzige Bedingung der Russen war absolute Diskretion; insbesondere sollte verhindert werden, daß Deutschland, Bulgarien oder Rumänien etwas von den Lieferungen erführe. Seitens des jugoslawischen Militärattachés in Moskau[36] ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, daß diese Verhandlungen ausschließlich über die militärischen Stellen laufen sollten, da sonst Indiskretionen zu befürchten seien. Die Befürchtungen der Militärs gingen vor allem dahin, daß die Achsenmächte von den geplanten Käufen Kenntnis erhalten könnten. Hieraus ist ersichtlich, daß die jugoslawischen Militärkreise die von Rußland angeregte Aufrüstung als eine gegen die Achse gerichtete Maßnahme verstanden. Das Drängen der Russen auf schnellen Abschluß der Verhandlungen äußerte sich weiter darin, daß bereits am folgenden Tage -- dem 22. November -- vom russischen Generalstab verlangt wurde, schon bis zum nächsten Tage Einzelangaben über den Typ der angeforderten Waffen zu geben. Die Russen betonten dabei, es läge im eigensten Interesse der Jugoslawen, sofort zu antworten. "*Jede Verzögerung sei sehr gefährlich*". Die Jugoslawen übersandten daraufhin am 23. November die angeforderten Einzelangaben. In den folgenden Wochen werden dann aber die Verhandlungen russischerseits verzögert. Als Begründung gibt man zunächst technische Umstände, später aber auch offen politische Argumente an. Offensichtlich soll der Waffenhandel als Druckmittel gegen die damals beginnende Annäherung der **Zwetkowitsch**-Regierung an die Achsenmächte[38] benutzt werden. Nachdem einige Wochen mit Versuchen der Behebung der von Rußland vorgeschobenen technischen Gründe vergangen waren, meldet der jugoslawische Militärattaché in Moskau[39] am 4. Februar 1940 wörtlich folgendes:

"*Am 4. Februar hat mir das sowjetrussische Kriegsministerium mitgeteilt, die Verhandlungen über die Lieferung des Kriegsmaterials seien durch die Unterzeichnung unseres Paktes mit Ungarn*[40] *und des Handelsvertrages mit Deutschland*[38] *verzögert worden. Diese Verträge legt man als Abkehr von Rußland aus. Hierin zeigt sich ebenso wie in der Betonung, der Preis spiele keine Rolle, daß sie unseren Wunsch für ein politisches Spiel auszunutzen versuchen.*"

Offenbar ist es unter der Regierung **Zwetkowitsch** nicht zum Abschluß dieser Verhandlungen gekommen.

Bekanntlich wurde der Belgrader Staatsstreich[41] und die Regierung **Simowitsch**[42] vom russischen Rundfunk und von der russischen Presse lebhaft begrüßt. Zweifellos sind die Putschisten bereits vor dem Umsturz durch Hoffnungen auf russische Hilfe in ihren Plänen bestärkt worden. Die Erwartungen der **Simowitsch**-Gruppe schienen sich zu erfüllen, als am 5. April 1941 der russisch-jugoslawische Freundschafts- und Nichtangriffspakt[43] in Moskau unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag

33) Vgl. dazu auch oben S. 189.

34) Dr. **Milan Gawrilowitsch** (vgl. oben. S. 188 f, Anm 6).

35) Seit 7. September 1940 erster stellvertretender Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten.

36) Oberst **Scharko Popowitsch**.

37) Armeegeneral **Merezkow**.

38) Am 19. Oktober 1940 wurde in Belgrad die Neunte Zusatzvereinbarung zum deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag vom 1. Mai 1934 sowie das Zweite Zusatzabkommen zum deutsch- jugoslawischen Verrechnungsabkommen vom 25. Oktober 1938 (RGBl. 1940 II, S. 272 und 274) unterzeichnet. Über Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt am 25. März 1941 vgl. unten S. 378 und 415 bis 420 (Dok. 52).

39) Oberst **Scharko Popowitsch**.

40) Am 12. Dezember 1940 wurde in Belgrad ein ungarisch-jugoslawischer Freundschaftsvertrag (***Monatshefte für Auswärtige Politik*** Jahrg. 8 [1941], S. 48 f.) unterzeichnet.

41) Vom 27. März 1941 (vgl. oben S. 58 Anm. 2).

42) Über diese vgl. oben S. 58 Anm. 2.

43) Über diesen vgl. auch oben S. 199 und 213.

kann nach der ganzen Lage der Umstände nur als eine direkte Provokation Deutschlands und als eine Ermutigung der antideutschen Haltung der Regierung **Simowitsch** aufgefaßt werden und hat in der ganzen Weltpresse seinerzeit ein entsprechendes Echo gefunden. Überall wird die Unvereinbarkeit dieses Vertrages mit den deutsch-russischen Abmachungen hervorgehoben. Er wird als entscheidende Wendung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen angesehen; es wird sogar von der Möglichkeit eines Kriegseintritts der Sowjetunion gegen Deutschland gesprochen.

Der Unterstaatssekretär der Vereinigten Staaten **Sumner Welles** kommentiert den russischen Schritt folgendermaßen, nachdem er vorher mehrere Besprechungen mit dem Sowjetbotschafter in Washington[44] gehabt hatte:

"Der jugoslawisch-russische Freundschaftspakt kann unter Umständen von allergrößter Bedeutung sein. Der Pakt wird auf vielseitiges Interesse stoßen. Es sind Gründe vorhanden, um anzunehmen, daß er mehr als lediglich ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt ist."

Daß der Vertragsabschluß auch von der Regierung **Simowitsch** als Aufforderung zum Kampf gegen das Reich verstanden wurde, geht aus einer urkundlich vorliegenden Feststellung des Gesandten **Nintschitsch** -- des Bruders des Außenministers der Staatsstreichregierung[45] -- einwandfrei hervor. Für die starke Verbundenheit zwischen **Simowitsch** und Sowjetrußland spricht weiter der Umstand, daß nach Ausbruch der Kampfhandlungen eine große Anzahl jugoslawischer Militärflugzeuge nach Rußland geflogen ist, um sich der Vernichtung zu entziehen[46]. Außerdem wurde nach zuverlässigen Nachrichten jugoslawischen Offizieren von der Sowjetregierung die Verwendung im Sowjetdienst angeboten.

Ferner liegen urkundliche Beweise dafür vor, daß Sowjetrußland dem jugoslawischen und griechischen Generalstab Nachrichten über Stand und Bewegung deutscher und italienischer Truppen übermittelt hat.

Aus einwandfreier Quelle ist schließlich bekanntgeworden, daß die Sowjetregierung am 10. April dem jugoslawischen Gesandten[47] die Lieferung von Kriegsmaterial durch das Schwarze Meer vorgeschlagen hat. Das Kriegsmaterial sollte zunächst nach dem Piräus gebracht werden. Diese Nachricht zeigt, daß die Sowjetregierung den jugoslawischen Kampf gegen das Reich wenigstens durch Waffenlieferungen zu unterstützen und damit dem Reich in seinem Existenzkampf in den Rücken zu fallen gewillt war.

Diese ganze Politik beruht offenkundig auf einer politischen und militärischen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit England und neuerdings auch mit Amerika. Ein weiteres Zeichen dieser Zusammenarbeit ist z. B. in der am 18. März ergangenen Verordnung des Außenhandelskommissars **Mikojan** zu erkennen, wonach der Durchtransport von Kriegsmaterial[48] durch das Gebiet der Sowjetunion verboten wird. Es ist ganz offensichtlich, daß diese Bestimmung, die in erster Linie gegen die Zufuhr Deutschlands aus Ostasien gerichtet ist, einseitig die Interessen der Gegner Deutschlands begünstigt. Sie wird von der englischen und amerikanischen Presse ganz offen in diesem Sinne kommentiert und begrüßt.

Etwa zu gleicher Zeit tritt auch die diplomatische Unterstützung, die Rußland der englischen Regierung auf dem Balkan gewährt, offen zu Tage. Bekanntlich verfolgte die Reise des englischen Außenministers **Eden** nach Istanbul[49] den Zweck, eine Balkanfront unter Einbeziehung der Türkei aufzubauen und womöglich auch die Sowjetunion in diesen Kreis einzuspannen, was durch eine Reise **Edens** nach Moskau angebahnt werden sollte. Wenn auch diese Reise nicht zustande kam, weil die Sowjetunion den Zeitpunkt noch nicht für gekommen ansah, um förmlich auf die Seite der Gegner Deutschlands zu treten, so war Moskau doch entschlossen, in engem Kontakt mit England vorzugehen, was durch die Reise des englischen Botschafters **Cripps**[50] mit einem russischen Militärflugzeug nach Ankara[51] und durch Vermittlung des dortigen Sowjetbotschafters[52] erreicht wurde. Das Ergebnis dieser Besprechung war die am 25. März 1941 veröffentlichte Erklärung, in der die Sowjetunion unter Berufung auf den bestehenden Nichtangriffspakt[53] der Türkei vollste Neutralität für den Fall etwaiger Konflikte zusicherte[54]. Welches hierbei das Ziel der Sowjetunion war, wurde von dem Korrespondenten der **Associated Preß** in Ankara mit folgenden Worten gekennzeichnet:

"Durch Ausschaltung einer möglichen russischen Gegenaktion für den Fall eines türkischen Kriegseintritts an der Seite Englands arbeitet Moskau zum ersten Male offen und eindrucksvoll gegen die deutsche Diplpomatie."

Wenn die englischen Kriegsausweitungspläne damals an der realistischen Haltung der Türkei[55] scheiterten, so ändert das nichts an der Tatsache, daß Rußland den englischen Absichten Vorschub leistete. Die gleiche Politik verfolgte Moskau mit mehr Erfolg gegenüber Jugoslawien, als es die Belgrader Putschisten in voller Übereinstimmung mit England zum Staatsstreich ermunterte und durch Abschluß des Freund-

44) **Konstantin A. Umansky.**
45) Dr. **Momtschilo Nintschitsch.**
46) Vgl. auch oben S. 201.
47) Dr. **Milan Gawrilowitsch**; über ihn vgl. oben S. 188 Anm. 6.

48) Einschließlich Flugzeuge, Munition, Werkzeugmaschinen für die Munitionsherstellung, Explosiv- und Giftstoffe.
49) Der britische Außenminister (seit 23. Dezember 1940) Eden weilte zusammen mit dem Chef des britischen Generalstabes General Sir **John Dill** vom 26. bis 28. Februar 1941 in Ankara, wo er vom türkischen Staatspräsidenten **Ismet Inönü** empfangen wurde und Besprechungen mit Ministerpräsident Dr. **Refik Saydam** und Außenminister **Sükrü Saracoglu** abhielt.
50) Vgl. oben S. 199 Anm. 3.
51) Dort traf Cripps (über ihn vgl. oben S. 195 Anm. 3) am 28. Februar 1941 ein.
52) **Terentjew.**
53) Vom 17. Dezember 1925.
54) Vgl. auch oben S. 198.
55) Über das deutsch-türkische Verhältnis vgl. oben S. 113 f. und unten S. 400 - 405.

schaftsvertrages in ihrem Kriegswillen bestärkte. Seitdem haben sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und England auf politischem und militärischem Gebiet immer enger gestaltet, wie namentlich aus den in letzter Zeit eingegangenen Nachrichten über die Reise des Botschafters **Cripps** nach London[56] hervorgeht.

Schließlich liegen noch urkundliche Beweise dafür vor, daß auch Verhandlungen zwischen Moskau und Washington im Gange sind, die eine engere politische Verbindung zwischen diesen beiden Staaten zum Ziel haben. Ein vertrauliches Zirkularschreiben, das der Sowjetgesandte in Bukarest am 8. Juni an eine Reihe von ihm politisch nahestehenden Diplomaten gerichtet hat, bezeichnet ein solches Bündnis triumphierend als die größte militärische und wirtschaftliche Macht der Welt.

Die "Rote Kapelle"

Oberstrichter der deutschen Luftwaffe, vor dem Reichskriegsgericht Ankläger gegen die »Rote Kapelle«, **Dr. Manfred Roeder:**

"Die Mehrzahl der Mitarbeiter der »Roten Kapelle« war längst schon vor dem Dritten Reich subversiv für die sowjetische Militärspionage im Rahmen des AM-Apparates tätig. Wenn auch ein Teil der Leute von ihren sowjetischen Auftraggebern zeitweise aufs Eis gelegt worden waren, wurden sie mit Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges schlagartig aktiviert. Einige von ihnen wurden sogar regelrecht als Berufsspione entlohnt. Keiner von ihnen hatte vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der Sowjetunion irgendwelchen ernstzunehmenden Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet." [57) S. 9]

Alle Angaben, die Reichsaußenminister **Joachim von Ribbentrop** am 22. Juni 1941 vor der internationalen Presse, und **Adolf Hitler** anschließend vorgetragen haben, entsprachen den Tatsachen. wenngleich der Reichsregierung viele Machenschaften **Stalins** noch unbekannt waren. So das geheime Agentennetz der Sowjets.

Erst nach Beginn des Rußlandfeldzuges wurde ermittelt, daß Stalin bereits Anfang der 30er Jahre eine über ganz Europa verteilte "Schlaforgansisation" aufgebaut hatte, deren "Solisten" erst im Falle eines Krieges der Sowjetunion spontan aus den einzelnen europäischen Ländern funktelegrafisch alle wesentlichen Meldungen über wirtschaftliche, militärische, waffentechnische, personelle und politische Einzelheiten nach Moskau in abgesprochenen Codes senden sollten und dieses auch getan haben. Unter ihren Mitarbeitern befanden sich auch Angehörige des deutschen Luftfahrt- und Wirtschaftsministeriums, der deutschen Abwehr, des deutschen Auswärtigen Amtes, freilich aus eingereisten oder eingeflogenen sowjetischen Spezialisten der Roten Armee. Der Chef dieser Organisation, **Leopold Trepper ("Grand Chef", "Gilbert")**, operierte von Paris aus; ein bedeutendes Netzwerk wurde von Brüssel gesteuert. Als Tarnung leitete er eine Import- und Exportfimra und arbeitete sogar mit der Organisation Todt zusammen, die von seiner kommunistischen Verratsarbeit nichts geahnt hatte. (**Trepper** wurde später auch ausgehoben, arbeitete dann kurzfristig als "umgedrehter Agent" für Deutschland, überlebte den Krieg und avancierte in Polen als Leiter des jüdischen Kulturbundes).

Schon ab 15. Juni 1941 -- 2 Tage nach dem bekannten **Stalin**'schen Täuschungsmanöver mit der "***TASS***"-Meldung -- wurde die deutsche Funkabwehr von einem sprunghaft verstärkten sowjetischen Funkverkehr mit geheimen Empfängern und Sendern auf dem europäischen Kontinent aufgeschreckt. Unmittelbar nach dem 22. Juni waren über 300 illegale Sender im deutschen Herrschaftsbereich ermittelt. Drei davon wurden von Berlin aus betrieben. Der Sicherheitspolizei gelangen die ersten Zugriffe zwar bereits im Dezember 1941, doch der nach einem französischen Buch aufgebaute Code konnte erst am 30. Juli 1942 in Brüssel entschlüsselt, und der Hauptschlag zur Zerschlagung der Berliner Zentrale erst am 31.8.1942 geführt werden.

Bis Kriegsende hatte die deutsche Abwehr 800 Agentengruppen dieser Organisation ausgehoben. Das rote Netzwerk in der neutralen Schweiz konnte nicht unschädlich gemacht werden. Nachgewiesenermaßen gingen die militärischen Verratsmeldungen bis Kriegsende über die Schweiz weiter, ohne daß der deutsche Hauptverräter im Oberkommando der Wehrmacht, der mit dem sowjetischen Spitzenagenten "Lucy" (Deckname des deutschen Emigranten **Rudolf Rössler**) und "Kent" in Verbindung stand, bis heute ermittelt werden konnte. [57) S. 57 ff]

56) **Cripps** wurde am 6. Juni 1941 zur Berichterstattung nach London berufen, wo er am 11. eintraf und am 12. von Außenminister **Eden** sowie am 17. von König **Georg VI**. empfangen wurde; nach seiner Ernennung zum Mitglied des Thronrates (am 25.) kehrte er am 27. zusammen mit einer britischen Militärabordnung wieder auf seinen Moskauer Posten zurück.

57) Erich Kern, "Verrat an Deutschland -- Spione und Saboteure gegen das eigene Vaterland", Göttingen 1963. -- Dort Namen und Einzelheiten +
Dr. Manfred Roeder (Generalrichter a.D.), "Die Rote Kapelle", Hamburg 1952. +
W.F. Flicke, "Agenten funken nach Moskau", Krezlingen 1954 + ders. "Spionagegruppe »Rote Kapelle«", 3. Aufl. Wels/Österreich 1958.